



# Zukunftsland Niedersachsen

Regierungsprogramm 2008 - 2013  
der CDU in Niedersachsen

Beschlossen am 21./22. September 2007  
Landesparteitag in Oldenburg



**CDU**

# **Zukunftsland Niedersachsen**

**Regierungsprogramm 2008-2013  
der CDU in Niedersachsen**

Beschlossen am 21./22. September 2007,  
Landesparteitag in Oldenburg

<b>Brücken in die Zukunft. Chancen für die Zukunft.</b>	<b>4</b>
<b>Solide Finanzen – auch für kommende Generationen</b>	<b>6</b>
<b>Lernendes Niedersachsen - von Anfang an, ein Leben lang</b>	<b>8</b>
Frühkindliche Bildung	12
Schule	13
Berufliche Bildung	18
Hochschule	19
Lernen – ein Leben lang	22
<b>Neue Arbeit im Innovationsland Niedersachsen</b>	<b>24</b>
Innovationen	28
Mittelstand	30
Industrie	33
Land- und Ernährungswirtschaft / Verbraucherschutz	34
Neue Arbeit	38
<b>Niedersachsen pulsiert – dank guter Infrastruktur</b>	<b>42</b>
Bahnverkehr	43
Straßen	44
Häfen	45
Wasserwege	45
Flugverkehr	46
Öffentlicher Personennahverkehr	47
<b>Mit neuer Energie - für Umwelt- und Klimaschutz</b>	<b>48</b>
Umwelt- und Naturschutz	50
Energie	52
Klimaschutz	54
Küstenschutz und Hochwasserschutz	55
<b>Niedersachsen menschlich und sozial - Politik für Generationen</b>	<b>58</b>
Familie	60
Frauen	62
Kinder und Jugendliche	63
Gesundheit und Pflege	65
Menschen mit Behinderungen	67
Aktiv und geachtet im Alter	69
Demographischer Wandel	70

<b>Engagiert und freiwillig – für ein gutes Miteinander in Niedersachsen</b>	<b>72</b>
<b>Starker Staat – für ein sicheres Niedersachsen</b>	<b>74</b>
Polizei	77
Verfassungsschutz und Terrorabwehr	79
Brand- und Katastrophenschutz	80
Justiz- und Rechtspolitik	81
<b>Wertebewusst und weltoffen – Integration in Niedersachsen</b>	<b>85</b>
Integration	86
Heimatvertriebene und Aussiedler	88
<b>Der Staat als Dienstleister</b>	<b>91</b>
Kommunen	93
Verwaltungsmodernisierung und Bürokratieabbau	94
Öffentlicher Dienst	95
<b>Vielfältig und liebenswert – unser schönes Niedersachsen</b>	<b>97</b>
Ländlicher Raum	100
Städte und Metropolregionen	102
Medien	103
Sport	105
Kunst und Kultur	106
Tourismus	109
Niedersachsen im Zentrum Europas	111
<b>Stichwortverzeichnis</b>	<b>115</b>

## **Brücken in die Zukunft. Chancen für die Zukunft.**

Die Niedersachsen können sich auf uns verlassen! Die Regierung unseres Ministerpräsidenten Christian Wulff und die sie tragenden Fraktionen im Niedersächsischen Landtag haben Niedersachsen auf den Erfolgskurs gebracht. Verlässlichkeit, Kreativität, Mut, Durchhaltevermögen und Ehrlichkeit sind wieder feste Größen der Politik in Niedersachsen. Wir tun, was wir sagen und wir sagen, was wir tun!

„Besser“ – unter diesem Motto stand im Wahljahr 2003 unser Angebot an die Niedersachsen für einen Regierungswechsel und für die Regierungszeit 2003 bis 2008. Niedersachsen besser zu machen, war und ist unser Versprechen an die Menschen in unserem Land. Die Herausforderungen sind enorm. Die Christlich Demokratische Union ist die größte Volkspartei in Niedersachsen. Wir sind die politische Kraft der Mitte, die gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Gruppen in unserem Land daran arbeitet, dass wir Niedersachsen die Herausforderungen erfolgreich bestehen. Christian Wulff ist als Ministerpräsident der Garant dafür, dass wir dieses Ziel erreichen.

Seit dem Regierungswechsel 2003 haben wir viel erreicht. Die Menschen blicken wieder voller Optimismus in die Zukunft. Niedersachsen ist ein Land der Innovationen, ein fortschrittliches Land. Niedersachsens Wirtschaft wächst wieder, es entstehen neue Arbeitsplätze. Wir haben die Nettoneuverschuldung um über 80 Prozent abgesenkt. Doch mit dem Erreichten geben wir uns nicht zufrieden. Vieles liegt noch vor uns: Haushaltskonsolidierung, Ausbau der Bildungschancen, Bürokratieabbau, Stärkung der Wirtschaft für mehr Arbeit sowie mehr Sicherheit für Niedersachsen. Es gibt noch viel zu tun.

Bei der Landtagswahl am 27. Januar 2008 stehen die Niedersachsen vor der Alternative: Fortschritt ins Zukunftsland Niedersachsen unter Führung der Union oder Rückschritt in Perspektivlosigkeit und Stagnation unter einem roten Linksbündnis. Wir setzen in erster Linie auf die Kraft und die Verantwortung eines jeden Einzelnen in unserem Land anstatt auf Gleichmacherei und Bevormundung. Niedersachsen ist ein schönes Land. Ein Land zwischen Tradition und Fortschritt, zwischen Harz, Heide und Hightech - sturmfest und erdverwachsen. Die Schönheit und Verschiedenheit der Landschaft sowie die kulturelle Vielfalt machen Niedersachsen lebens- und liebenswert. Die unterschiedlichen Traditionen sind wichtiger Bestandteil unserer niedersächsischen Identität. Hier werden noch Niederdeutsch und die saterfriesische Sprache gesprochen. Niedersachsen ist stolz auf seine florierende Landwirtschaft. Diese Traditionen verbinden sich mit herausragenden Innovationen. Besonders in den Technologien von morgen, angefangen von der Luft- und Raumfahrttechnik, über die Klimaforschung bis hin zur Wind- und Solarenergie, haben wir unsere Stärken.

Jeder kann die Zukunft unseres Landes mitgestalten, ob im Beruf, im Ehrenamt oder in seiner Freizeit – mit Mut und Ideen. Wir Niedersachsen werden Zukunftschancen schaffen und sie nutzen. Niedersachsen ist ein schönes, freundliches und sympathisches Land. Ein außergewöhnliches Land mit besonders engagierten Menschen, die gemeinsam für das Zukunftsland Niedersachsen arbeiten. Wir lieben Niedersachsen!

Grundlage unseres Handelns ist unser christliches Verständnis vom Menschen und von seiner Verantwortung vor Gott. Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen ist der Maßstab unserer Politik. Dem christlichen Menschenbild verpflichtet, stehen wir für Freiheit, Eigenverantwortung, Solidarität, soziale Gerechtigkeit und für die Teilhabe des Einzelnen am gesellschaftlichen Leben und wirtschaftlichen Wohlstand. Wir wollen den nachfolgenden Generationen eine Welt hinterlassen, die lebenswert ist und Zukunftschancen hat. Die Bewahrung der Schöpfung ist daher ein zentrales Anliegen unseres politischen Handelns für heute und für morgen.

Die Politik ist aufgefordert, günstige Rahmenbedingungen und damit Chancen zu eröffnen. Chancen in der Bildung, im Berufsleben, im Familienleben, im Alter. Jeder soll seine Möglichkeiten nutzen, damit wir gemeinsam zuversichtlich in die Zukunft schauen. Wir bauen Brücken innerhalb unserer Gesellschaft, um den Zusammenhalt der Menschen zu stärken und Niedersachsen in eine gute Zukunft zu führen. Wir bauen Brücken für unsere Wirtschaft, damit sie wachsen sowie Beschäftigung und Einkommen sichern kann. Brücken, um Ökologie und Ökonomie zu versöhnen. Brücken, um unsere Gesellschaft zu modernisieren und zugleich unsere Traditionen zu wahren. Wir schlagen Brücken zwischen den Kulturen, um Menschen zu integrieren und zugleich die christlich-jüdischen Wurzeln unserer deutschen Leitkultur zu stärken, die sich als Teil der europäischen Wertegemeinschaft versteht und auf der Grundlage der deutschen Geschichte, unserer föderalen und konfessionellen Traditionen und dem besonderen Verhältnis zwischen Staat und Kirche steht. Wir bauen Brücken zwischen den Generationen, um den Demografischen Wandel gemeinsam zu gestalten. Brücken für den sozialen Ausgleich, um den Menschen Sicherheit in einer sich immer schneller verändernden Welt zu geben und die Freiheit und Eigenverantwortung des Einzelnen zu stärken. Gemeinsam ergreifen wir die Chancen, die mit den Veränderungen unserer Zeit verbunden sind. Wir geben den Menschen Sicherheit, damit sie in unserem Land gemeinsam anpacken – für das Zukunftsland Niedersachsen.

## **Solide Finanzen – auch für kommende Generationen**

**Raus aus der Schuldenfalle: Der von uns eingeschlagene Weg der Haushaltskonsolidierung ist richtig. Das gilt gerade mit Blick auf die Generation unserer Kinder und Enkelkinder. Ihnen wollen wir Chancen und Freiräume zum Gestalten, nicht Schulden und Probleme hinterlassen. Daher sparen wir nicht um des Sparens willen. Wir werden verhindern, dass immer mehr Geld für Zinsen ausgegeben wird. Wir stehen für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Haushaltspolitik: Sparen und Investieren sind im Gleichgewicht. Jeden Euro, den wir nicht für Schuldzinsen ausgeben müssen, investieren wir in Bildung, Infrastruktur und soziale Projekte.**

### **Gemeinsam haben wir in den vergangenen fünf Jahren viel erreicht:**

- Wir haben die Nettokreditaufnahme von knapp 3 Milliarden Euro im Haushaltsjahr 2002 auf 600 Millionen Euro im Jahr 2008 gesenkt. Das sind 80 Prozent weniger neue Schulden als zum Regierungsantritt. Zugleich ist dieses die niedrigste Nettokreditaufnahme seit 35 Jahren.
- Basis dieses Erfolges ist die entschlossene Haushaltskonsolidierung der CDU-geführten Landesregierung. Die Konsolidierungsmaßnahmen entlasten den Landeshaushalt jährlich um insgesamt 1,5 Milliarden Euro.
- Bei Regierungsübernahme raste die Schuldenuhr im Niedersächsischen Landtag noch mit 93 Euro pro Sekunde. Nach fünf Jahren CDU-geführter Landesregierung haben wir den Lauf der Uhr in 2008 auf 19 Euro pro Sekunde gedrosselt.

### **Gemeinsam werden wir auch in Zukunft unser Land bewegen:**

Spätestens ab 2010 wollen wir keine neuen Schulden im Landeshaushalt mehr machen. Die Neuverschuldung soll auch künftig jährlich um mindestens 350 Millionen Euro sinken. Das bedeutet auch: Nicht alles Wünschenswerte ist auch machbar. Deshalb werden wir auch weiterhin alle Landesaufgaben auf ihre Notwendigkeit hin überprüfen. Haushaltsmittel werden wir für die Aufgaben bereitstellen, die sich als wichtig und für das Land zwingend notwendig erweisen und das Land voranbringen. Wir setzen uns klare Verschuldungsbegrenzungen und erschweren so die Aufnahme neuer Kredite. In einem ersten Schritt werden wir den Begriff der „öffentlichen Investitionen“ in einem strengeren Sinn definieren. Damit stellen wir sicher, dass die verfassungsrechtlichen Verschuldungsregeln die Kreditaufnahme wirksam begrenzen und eine Schuldenbremse eingeführt wird. Spätestens bis zur Mitte des nächsten Jahrzehnts wollen wir ein grundsätzliches Neuverschuldungsverbot einführen, das die Möglich-

keiten der Neuverschuldung auf unabwiesbare Ausnahmetatbestände begrenzt. Dieses soll in der Landesverfassung verankert werden.

Wir werden einen Pensionsfonds zukünftiger Landesbeamtinnen und – beamten einführen. Ein solcher Pensionsfonds schafft vor allem Transparenz, weil die Pensionsausgaben für die Beamtinnen und Beamten so besser geplant werden können. Und ein Pensionsfonds ist gerechter für kommende Generationen, weil diese in Zukunft nicht mehr durch die heute entstehenden Kosten belastet werden.

Das Haushalts- und Finanzwesen des Landes Niedersachsen soll möglichst bereits in der kommenden Legislaturperiode von der Kameralistik auf die Doppik umgestellt werden.

Trotz der Haushaltskonsolidierung werden wir investieren. Neuen Finanzierungswegen, wie zum Beispiel den Öffentlich-Privaten-Partnerschaften, stehen wir aufgeschlossen gegenüber.

Der Staat muss nicht alles regeln. Wir werden unsere staatlichen Aufgaben weiter kritisch unter die Lupe nehmen. Aufgaben, die nur vom Staat erfüllt werden können, werden wir auch in Zukunft nachkommen. Aufgaben, die in anderen Händen besser aufgehoben sind, werden wir abgeben. Dies gilt insbesondere für diejenigen Leistungen, die von der privaten Wirtschaft erbracht werden können.

Wir stehen insbesondere zu den Landesbeteiligungen an der Volkswagen AG und der Salzgitter AG. Beide Unternehmen haben für Niedersachsen als Arbeitgeber für viele tausend Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine überragende Bedeutung. Die Landesbeteiligungen sichern die Standorte in Niedersachsen und den Einfluss des Landes.

Die Verwaltung ist für die Menschen da. Das trifft auch auf die Finanzverwaltung zu. Dialog und Kooperation zwischen der Finanzverwaltung und den Steuerbürgern sollen im Mittelpunkt der Arbeit stehen. Wichtig ist uns: Der ehrliche Bürger darf nicht „der Dumme“ sein. Wir möchten, dass die Steuerehrlichkeit steigt. Deshalb werden wir die Finanzverwaltung zu einer „Serviceverwaltung“ fortentwickeln.

Der elektronische Behördengang wird in Zukunft an Bedeutung gewinnen. Auch in der Finanzverwaltung sollen diese Möglichkeiten ausgebaut werden. Das Verfahren für die Abgabe einer elektronischen Steuererklärung kann weiter vereinfacht werden. Und es muss attraktiver werden. Wir entwickeln daher intelligente Anreizsysteme, um die Abgabenquote bei der elektronischen Steuererklärung zu erhöhen.

## Lernendes Niedersachsen - von Anfang an, ein Leben lang

Auf den Anfang kommt es an! Bildung, Qualifizierung, Wissens- und Kompetenzerwerb sind heute mehr denn je elementare Standortfaktoren für unser Bundesland. Bildung ist eine lebenslange Aufgabe, Herausforderung und Lebenschance. Elternhaus und Schule müssen die Grundlagen legen. Wir wollen den Kindern und Jugendlichen die besten Startchancen mit auf den Weg geben. Nur wer eine gute Ausbildung hat, kann sich und seine Familie auf Dauer ernähren. Voraussetzung dafür ist ein guter Schulabschluss. Die weitere Verbesserung der Bildungsqualität und der Chancengerechtigkeit für unsere Schülerinnen und Schüler bleibt unser besonderes Anliegen. Dies umfasst alle Bereiche des lebenslangen Lernens von der frühkindlichen Bildung über die Schule, Hochschule bis hin zur beruflichen Weiterbildung und Erwachsenenbildung. Wir wollen, dass die durch den Rückgang der Schülerzahlen zukünftig frei werdenden Finanzmittel im Bildungssystem verbleiben, um die Qualität und die Ausstattung der Bildungseinrichtungen weiter zu verbessern. Denn beste Bildung ist unser Auftrag. Wir setzen auf Qualität der Bildungslandschaft, damit alle Niedersachsen erstklassige Bildungschancen für die Zukunft haben.

### Gemeinsam haben wir in den vergangenen fünf Jahren viel erreicht:

- Mit der Einführung des beitragsfreien dritten Schulkindergartenjahres als Brückenjahr zwischen Kindergarten und Schule im Sommer 2007 ist es uns gelungen, eine verbesserte Verzahnung von Kindergarten und Schule zu ermöglichen.
- Mit dem 100-Millionen-Programm „Familien mit Zukunft – Kinder bilden und betreuen“ setzen wir über vier Jahre je 25 Millionen Euro ein, um den Bildungs- und Betreuungsauftrag der Kindergärten und Kindertagesstätten zu garantieren und sichern so eine effektive vorschulische Bildung unserer Kinder.
- Wir haben in den vergangenen vier Jahren mehr als 2.500 Vollzeitlehrer-Stellen zusätzlich geschaffen. Damit haben wir in Niedersachsen inzwischen rund 81.000 Lehrkräfte und damit so viele wie noch nie in der Geschichte Niedersachsens.
- Wir haben die Schulreform umgesetzt: Die Orientierungsstufe wurde abgeschafft, Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien gestärkt, das Zentralabitur mit landesweit einheitlichen Aufgaben haben wir eingeführt und ebenso das Abitur nach zwölf Schuljahren, damit die Abiturientinnen und Abiturienten keine altersbedingten

Nachteile auf den europäischen Arbeitsmärkten gegenüber den Absolventen aus unseren Nachbarstaaten haben.

- Mit dem „Gesetz zur Einführung der Eigenverantwortlichen Schule“, das am 1. August 2007 in Kraft getreten ist, haben die Schulen mehr eigene Verantwortung dafür erhalten, sich selbst zu organisieren und Stärken gezielter herauszuarbeiten. Sie erhalten erheblich erweiterte Freiräume für die Organisation des Lernens und die Verbesserung der Qualität. Damit schaffen wir „aktive Schulen“, wie sie in der jüngsten PISA-Studie empfohlen wurden.
- Wir haben das Angebot an Ganztagschulen – von 152 auf heute 546 Ganztagschulen - mehr als verdreifacht.
- Wir haben kontinuierlich die Zahl der Referendarinnen und Referendare zur Sicherung des Ersatzbedarfs an Lehrkräften auf rund 5.400 erhöht.
- Wir haben die Pflichtstundenzahl an Grundschulen, Hauptschulen und Realschulen erhöht.
- Die Hauptschule haben wir mit unserem Hauptschulprofilierungsprogramm nachhaltig gestärkt. Drei wesentliche Merkmale kennzeichnen dieses Programm: Verringerung der Klassenstärke, Einführung von Betriebs- und Praxistagen zur beruflichen Orientierung sowie Begleitung und Unterstützung des Unterrichts durch sozialpädagogische Fachkräfte. In den Klassen 8 und 9 werden in Zusammenarbeit mit Betrieben vor Ort an mindestens 60 Tagen im Jahr Praxistage realisiert.
- Wir haben in den Realschulen die Möglichkeit der Schwerpunktsetzung im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich durch das Vorziehen eines Wahlpflichtunterrichtsangebotes ab dem 6. Schuljahr gestärkt.
- Wir haben die sonderpädagogische Grundversorgung in den Grundschulen und in den Mobilen Diensten aller Schulformen durch die Einstellung zusätzlicher Förderschullehrkräfte verbessert.
- Die früheren Sonderschulen haben wir zu Förderschulen weiterentwickelt. Mit dem Erlass zur sonderpädagogischen Förderung existiert zum ersten Mal in der Geschichte des Landes eine Arbeitsgrundlage für die zehn verschiedenen Formen der Förderschulen in Niedersachsen. Außerdem haben wir erhebliche Verbesserungen bei der Ausstattung sowohl mit Lehrkräften als auch mit pädagogischen Mitarbeitern, wie Erziehern und Physiotherapeuten, erreicht.

- Die Schulabbrecherquote konnte von 10,3 auf 8,2 Prozent und damit um mehr als 20 Prozent gesenkt werden. Mit dem von uns gestarteten Modellprojekt „Abschlussquote erhöhen, Berufsfähigkeit steigern“ erhalten landesweit 500 Schülerinnen und Schüler aus 88 beteiligten Hauptschulen und Förderschulen eine individuelle Förderung.
- Mit der Einführung der Schulbuchausleihe haben wir ein sozialverträgliches System geschaffen, das gewährleistet, dass die Schulbücher aktuell und modern sind.
- Durch die Einführung eines Qualitätsmanagements sorgt die von uns geschaffene Schulinspektion dafür, dass die Ergebnisse der Arbeit an den Schulen regelmäßig geprüft werden und die Entwicklung der Schulen mit Hilfe der Schulinspektion unterstützt wird. Dieses wird die Qualität des Unterrichts in Niedersachsen weiter verbessern.
- Mit dem Zukunftsvertrag haben wir eine Verlässlichkeit der Hochschulfinanzierung bis einschließlich 2010 hergestellt und Planungssicherheit geschaffen, indem wir das Gesamtbudget der Hochschulen auf der Basis des Haushaltes 2005 als Mindestbudget gesichert haben. Im Jahr 2007 haben die Hochschulen sogar rund neun Millionen Euro mehr erhalten als im Zukunftsvertrag vorgesehen.
- Mit dem Hochschuloptimierungsgesetz haben wir die Profil- und Schwerpunktbildung der Hochschulen leistungsorientiert ausgerichtet. Wir haben eine stärkere Konzentration der Hochschulen auf ihre Kernaufgaben erreicht, eine Vernetzung der Forschungs- und Ausbildungspotenziale angestoßen und den Einstieg in eine leistungsorientierte Mittelvergabe geschafft.
- Mit der Novelle des „Niedersächsischen Hochschulgesetzes“ im Jahr 2006 haben wir eines der modernsten Hochschulgesetze in Deutschland beschlossen. Durch die Einführung der internationalen Studienabschlüsse Bachelor und Master, eine verbesserte Betreuung ausländischer Studierender sowie die Optimierung rechtlicher Rahmenbedingungen haben wir unsere Hochschulen für den internationalen Wettbewerb gerüstet.
- Die Hochschulen bieten inzwischen rund 70 internationale Studiengänge an, die gezielt auf eine Berufstätigkeit im Ausland vorbereiten. Hinzu kommen ca. 30 Studiengänge, in denen ausschließlich auf Englisch gelehrt wird. Im Jahr 2006 studierten in Niedersachsen rund 16.400 ausländische Studierende.
- Im Rahmen der Stärkung der Autonomie der Hochschulen haben wir das Hochschulzulassungsgesetz novelliert: Die Hochschulen können bis

zu 90 Prozent ihrer Studenten nach eigenen Zulassungskriterien auswählen.

- Mit der Einführung moderater und bewusst sozialverträglicher Studienbeiträge in Höhe von 500 Euro pro Semester unterstützen wir die Hochschulen mit zusätzlichen zweckgebundenen Finanzmitteln zur Verbesserung der Studienbedingungen. Mit den „Niedersachsen-Studienbeitragsdarlehen“ haben wir die Basis dafür geschaffen, dass jeder die 500 Euro Studienbeitrag aufbringen kann. Die Rückzahlung beginnt in Abhängigkeit von der Höhe des Einkommens zwei Jahre nach Beendigung des Studiums.
- Wir haben ein neues Förderkonzept zum Wissens- und Technologietransfer von Wissenschaft und Wirtschaft in Niedersachsen erstellt. Dabei setzen wir auf Transferstrukturen und Netzwerke, Innovative Verbundprojekte von Wissenschaft und Wirtschaft sowie Existenzgründungen. Die Fördersumme des Landes wurde hierfür von 20 Millionen in den Jahren 2000-2007 auf nunmehr rund 50 Millionen Euro bis 2013 erhöht. In der neuen Förderperiode werden zusätzlich auch 50 Millionen Euro Strukturfondsmittel zur Verfügung stehen.
- Alleine im Bereich der öffentlichen Berufsbildenden Schulen wurden 1000 zusätzliche Lehrkräfte eingestellt. Die sozialpädagogische Betreuung wurde verbessert und durch die Einführung der Berufseinstiegsklasse haben wir die Qualifizierung von Jugendlichen in den Berufsbildenden Schulen gestärkt.
- Wir haben mit dem Modellversuch „Berufsbildende Schulen in Niedersachsen als regionale Kompetenzzentren“ (ProReKo) die beteiligten Berufsbildenden Schulen zu regional- und kundenorientierten Dienstleister der beruflichen Bildung entwickelt und die Qualität der schulischen Bildung messbar verbessert.
- Die Volkshochschulen, Heimvolkshochschulen und Landeseinrichtungen der Erwachsenen- und Weiterbildung haben wir gefördert und werden dieses auch in Zukunft tun.
- Zur Stärkung der Leistungskraft der Erwachsenenbildung wurde im November 2004 das Niedersächsische Erwachsenenbildungsgesetz unter anderem mit dem Schwerpunkt Eltern- und Familienbildung einstimmig verabschiedet.

## **Gemeinsam werden wir auch in Zukunft unser Land bewegen:**

### **Frühkindliche Bildung**

Auf den Anfang kommt es an: Wir werden die frühkindliche Bildung durch pädagogische Förderung im Kindergarten unterstützen. Damit möglichst viele Kinder gute Startchancen für die Schule haben, wollen wir sobald als möglich alle drei Kindergartenjahre beitragsfrei stellen, nachdem wir am 1. August 2007 mit dem beitragsfreien Schulkindergartenjahr begonnen haben. Es soll erreicht werden, dass möglichst alle Kinder am letzten Kindergartenjahr vor der Einschulung teilnehmen, in dem auch eine umfassende emotionale und intellektuelle Förderung einen hohen Stellenwert hat. Die gemeinsame Vereinbarung mit den Trägern über notwendige Bildungsziele werden wir im Einvernehmen umsetzen.

Vorrangig ist die Förderung unserer Kinder in den Familien. Da für viele Eltern die Bedeutung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zunimmt, werden wir eine echte Wahlfreiheit der Eltern ermöglichen. Sie sollen sich für die Betreuung der Kinder zuhause oder für die Verbindung von Kinderwunsch und Erwerbstätigkeit entscheiden können. Wir streben deshalb einen deutlichen Ausbau der Krippenplätze und der qualifizierten Tagesmütterbetreuung an. Wir unterstützen mittelständische Betriebe, die einen Kindergarten gründen wollen, um ihren Mitarbeitern bedarfsgerecht und qualitativ hochwertige Bildung und Betreuung für deren Kinder bereitzustellen. Wir werden das Niedersächsische Kindertagesstättengesetz dahingehend ergänzen, dass es auch Mitarbeitern, die in benachbarten Kommunen wohnen, möglich ist, ihre Kinder in dem betrieblichen Kindergarten außerhalb des Wohnsitzes unterzubringen. Unser Ziel ist, bis 2013 mindestens einem Drittel der unter 3jährigen Kinder einen qualifizierten Betreuungsplatz anbieten zu können.

Wir begreifen die Förderung in Tagesbetreuungseinrichtungen auch als Bildungschance. Dieses gilt insbesondere in Bezug auf die Sprach- und die Sozialkompetenzen der Kinder. Das schafft Chancengerechtigkeit für den weiteren Bildungsweg. Dazu ist eine frühzeitige Sprachförderung in den Kindertagesstätten erforderlich, die zusätzlich im letzten Kindergartenjahr nach der obligatorischen Sprachstandsfeststellung auch durch Lehrkräfte mit dem notwendigen Stundenkontingent verstärkt wird. Wir werden diesen Ansatz konsequent weiterführen. Die entsprechende Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher wird konsequent fortgeführt. Hierzu gehören auch konkreten Maßnahmen zur Prävention im Bereich von Leserechtschreibschwächen sowie Dyskalkulie.

Wir streben eine weitere Verzahnung der Kindergärten mit den Grundschulen an. Mit der Einführung des beitragsfreien Schulkindergartenjah-

res als Brückenjahr zur Grundschule haben wir bereits wesentliche Grundlagen für einen guten Start aller Kinder in die Schulzeit gelegt. Für einen möglichst einfachen Übergang vom Kindergarten in die Schulzeit sollen schon im Kindergarten verstärkt altersgerechte Lernangebote gemacht werden. Die Kinder sollen in dieser Zeit spielerisch mit einer Fremdsprache umgehen, was ihnen später das wichtige systematische Erlernen von Fremdsprachen erleichtert. Allerdings muss die Kompetenz in der deutschen Sprache Vorrang haben. Wir prüfen die Schaffung solcher altersangemessenen Bildungsangebote. Wir wollen mittelfristig das Regeleinschulungsalter auf fünf Jahre senken, wie es in vielen anderen europäischen Staaten bereits der Fall ist. Wir werden kurzfristig das durchschnittliche Einschulungsalter von heute 6,7 auf unter 6 Jahre senken. Hierzu werden wir zunächst ab 2009 den Stichtag der Schulpflicht auf den 30. September verlegen.

## Schule

Wir stehen für die Beibehaltung und die Stärkung des gegliederten Schulsystems in Niedersachsen. Wir haben in Niedersachsen seit vier Jahren ein differenziertes Schulsystem mit Haupt- und Realschulen, mit Gymnasien, Kooperativen Gesamtschulen, Integrierten Gesamtschulen und ein vielfältiges Angebot an Schulen in privater Trägerschaft. Dazu kommen zehn verschiedene Förderschulformen. Dieses moderne, differenzierte Schulangebot ist ausgerichtet auf die vielfältigen Begabungen unserer Kinder in Niedersachsen. Zur weiteren Profilierung der Hauptschulen setzen wir unsere Qualifizierungsoffensive mit einem deutlichen Praxisbezug, mit dem Einsatz von Sozialarbeitern, mit weiteren Ganztagsschulangeboten sowie intensiven Kooperationen mit der Wirtschaft und den örtlichen Berufsschulen fort.

Nur ein begabungsgerechtes, differenziertes und gegliedertes Schulwesen sichert ein qualitativ hochwertiges und wohnortnahes Schulangebot. Gerade im ländlichen Raum setzen wir uns für Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Realschule ein, das gilt auch für eine gemeinsame Schulleitung. Dabei muss das eigenständige Profil der zusammenarbeitenden Schulen bewahrt bleiben. Insbesondere die Hauptschule muss durch eine gezielte Imagekampagne gestärkt werden, mit dem Ziel einer stärkeren Hinwendung zu einer handwerklichen und berufsvorbereitenden Ausbildung. Unser Ziel bleibt es, kleine Schulstandorte zu sichern und die schulischen Angebote vor allem im ländlichen Raum zu erweitern. Die Abstimmung der Fächerkombination an Haupt-, Realschulen und Gymnasien wird verbessert, um Übergänge zwischen den Schulformen zu erleichtern. Die Fächerausrichtung wird, gerade an Haupt- und

Realschulen, noch enger mit der Wirtschaft abgestimmt, um eng an den Anforderungen des Arbeitsmarktes ausbilden zu können.

Bestehende, alternative Schulformen in Niedersachsen, die unser gegliedertes Schulsystem ergänzen, stellen wir auch weiterhin nicht in Frage.

Die Schulen in freier Trägerschaft in Niedersachsen sind ein wichtiger Bestandteil unseres Schulsystems. Sie können sich darauf verlassen, dass wir Ihnen auch zukünftig eine verlässliche und auskömmliche finanzielle Ausstattung gewährleisten.

Wir setzen die Qualitätsentwicklung der Schulen durch die „Eigenverantwortliche Schule“ fort. Wir werden den Schulen erweiterte Entscheidungsspielräume übertragen, die Budgetverantwortung ermöglichen und schrittweise dienstrechtliche Befugnisse übertragen. Dabei werden wir Lehrer, Eltern und Schüler sowie die Schulträger tatkräftig unterstützen. Angelegenheiten, die einer landesweit einheitlichen Regelung bedürfen, sollen in Landeskompentenz bleiben, damit die Mobilität von Familien mit schulpflichtigen Kindern weiterhin gewährleistet bleibt.

Im Zentrum unserer Bemühungen steht die individuelle Förderung jeder Schülerin und jedes Schülers. Wir müssen ihre persönlichen Begabungen im intellektuellen, handwerklich-technischen, musischen und sportlichen Bereich von Beginn an erkennen und bestmöglich fördern.

Diese individuelle Förderung braucht pädagogische Kompetenz und Ressourcen. Frei werdende Ressourcen aufgrund des Geburtenrückgangs werden wir für die deutliche Verbesserung der individuellen Förderung einsetzen. Wir werden die Förderstundenkontingente anheben. Die Klassengrößen sollen flexibler durch die Schulen festgelegt werden können.

Über eine weitere Verbesserung der Unterrichtsversorgung wollen wir eine faktische Verlässlichkeit für alle Schulformen erreichen. Wir werden die Einstellungsvoraussetzungen für „Feuerwehrlehrkräfte“ so modifizieren, dass sie kurzfristig und flexibel Unterrichtsausfälle verhindern können.

Wir werden dem steigenden Bedarf an sonderpädagogischer Förderung und Fördermaßnahmen der Erziehungshilfen gerecht werden. Zusätzliche regionale Konzepte, Netzwerke, mobile Dienste sowie die Zentren für Beratung und Erziehung können dabei helfen. Wir erweitern den Einsatz von Sozialpädagoginnen und -pädagogen, der sich bei den Hauptschulen hervorragend bewährt hat, auf die Förderschulen und schrittweise auch an den Grundschulen.

Wir werden das Modellprojekt „Abschlussquote erhöhen - Berufsfähigkeit steigern“ evaluieren und gegebenenfalls ausweiten. Lernschwache Schülerinnen und Schüler erhalten hier eine individuelle Förderung, Beratung und Vermittlung. Dazu kommen Angebote zur Berufsvorbereitung und zur Integration in den Arbeitsmarkt. Darüber hinaus wollen wir eine enge Verzahnung der schulischen Bildung mit der beruflichen Bildung. Kooperationen von Berufsbildenden Schulen mit Hauptschulen sollen gefördert werden.

Auf den Übergang in die berufliche Ausbildung und in die Berufswelt werden wir Schülerinnen und Schüler mit der Einführung theoretischer und praktischer Berufswahlorientierung an allen allgemeinbildenden Schulen vorbereiten.

Wir werden als weltoffenes Land die Fremdsprachenkompetenz an unseren Gymnasien erhöhen, indem wir die Anwahl einer dritten und weiteren Fremdsprache durch leistungsfähige Schüler fördern. Damit geben wir unseren Kindern erhöhte Zukunftschancen im europäischen Binnenmarkt, stärken den Wirtschaftsstandort Niedersachsen und stellen uns den Anforderungen der Globalisierung.

Möglichst viele niedersächsische Schülerinnen und Schüler sollen durch einen Auslandsaufenthalt kulturelle Vielfalt und Völkerverständigung erfahren. Wir werden deshalb die Rahmenbedingungen für kurz- und langfristigen Schüleraustausch weiter verbessern und ihn fördern.

Wir werden den flächendeckenden Ausbau des Netzes an Kooperationsverbänden zur Förderung von Hochbegabten vorantreiben und das Stipendienangebot für Hochbegabte stärken.

Unsere Gymnasiasten sollen besser auf die Anforderungen eines Hochschulstudiums vorbereitet sein. Wir streben die Einführung eines verpflichtenden Hochschulpraktikums im 10. oder 11. Jahrgang in Form von Informationsveranstaltungen und „Schnupperseminaren“ an den Hochschulen an.

Wir werden einen reibungslosen Übergang des doppelten Abiturjahrgangs 2011 in die Ausbildungs-, Berufs- und Studienwelt ermöglichen. Dafür werden wir die entsprechenden Maßnahmen ergreifen. Die Zahl der Studienanfängerplätze an unseren Hochschulen werden wir erhöhen. Außerdem werden wir gemeinsam mit den Kammern und den Unternehmerverbänden eine konzertierte Aktion für zusätzliche Ausbildungsplätze durchführen.

Selbstbewusstsein ist wichtig, um die Schülerinnen und Schüler vor dem Abgleiten in Scheinwelten, vor Gewalt und Drogenmissbrauch zu schützen. Gewalt- und Suchtprävention machen wir an den Schulen zum Thema. Schulen sollen außerdem verstärkt Mediatoren zur Streit- und Konfliktlösung einsetzen und Selbstbehauptung sowie Selbstverteidigung trainieren.

Wir werden die Medienkompetenz unserer Schülerinnen und Schüler stärken. Wir wollen, dass alle früh den verantwortungsbewussten Umgang mit Medien erlernen.

Zur Verbesserung des multimedialen Unterrichts werden wir unter dem Titel „1.000 Boards für Niedersachsen“ multimediale Tafeln für die Schulen anschaffen. Mit ihnen können verschiedenste Medien im Unterricht angewendet und kombiniert werden. Im Rahmen dieser medienpädagogischen Offensive nutzen wir auch die fachlichen und technischen Möglichkeiten des Niedersächsischen Landesamtes für Lehrerbildung und Schulentwicklung (NiLS) sowie des Vereins n-21 und bauen diese aus.

Das Kompetenzzentrum E-Learning Niedersachsen (KEN) entwickeln wir weiter, um Bildungsangebote mit modernen Lernformen multimedial aufzuarbeiten und die Medienkompetenz von Kindern, jungen Leuten und Erwachsenen zu schulen.

Wir werden den flexiblen und auf die örtlichen Verhältnisse zugeschnittenen Ausbau von Ganztagschulen fortsetzen und schrittweise auf alle allgemein bildenden Schulformen ausweiten. Unser Ziel ist es, allen niedersächsischen Schülerinnen und Schülern in erreichbarer Nähe zu ihrem Wohnort ein Ganztagsangebot zu unterbreiten. Die für Ganztagsangebote notwendigen zusätzlichen Lehrerstunden werden wir schrittweise zur Verfügung stellen.

Die Qualität und die Leistungsfähigkeit unserer Schulen hängen von der Qualität unserer Lehrerinnen und Lehrer ab. Wir brauchen hoch qualifizierte, engagierte und überzeugte Pädagogen, um als Schulland spitze zu sein. Deshalb stehen wir für eine schulformspezifische Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer an den Hochschulen und im Referendariat. Die Vergabe der Referendariatsplätze soll sich stärker nach dem fächerspezifischen Bedarf richten, um einem Mangel an Bewerberinnen und Bewerbern für bestimmte Fächer vorzubeugen. Wir reduzieren die Bürokratie an unseren Schulen und unterstützen die Lehrkräfte, indem wir eine umfangreiche Fortbildungsinitiative starten.

Wir unterstützen die Lehrkräfte, indem wir eine Fortbildungsinitiative mit fachlichen und didaktischen, schulformorientierten Inhalten starten. Außerdem wird das Land eine Kampagne für den Lehrerberuf durchführen, um für Lehrernachwuchs zu werben und um den Respekt vor und die Wertschätzung von Lehrern zu fördern.

Mit der Einführung der Eigenverantwortlichen Schule wächst auch die Verantwortung des Schulleiters. Eine Erhöhung der Schulleiterbesoldung ist daher zu prüfen. Wir werden einen Zukunftsvertrag Bildung entwickeln. Wertvolle pädagogische Erfahrungen dürfen nicht verloren gehen, sondern müssen weitergegeben werden. Wir erstellen ein Partnerschaftssystem, in dem ausscheidende oder bereits pensionierte Lehrer als Mentoren Lehramtsstudenten oder Referendaren bei dem Einstieg in das Berufsleben helfen. Wir werden eine Internet-Plattform aufbauen, auf der sich ältere und jüngere Kolleginnen und Kollegen untereinander austauschen können.

Wir schaffen ein Berufsstartprogramm für junge Lehrerinnen und Lehrer. Die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer muss den schulformspezifischen Erfordernissen entsprechen und eine mehrphasige Ausbildung in mindestens zwei Unterrichtsfächern umfassen. Weder die fachliche noch die pädagogische Ausbildung sind mit dem 2. Staatsexamen beendet. Wir werden neue Formen regionaler Lehrerfortbildungen anbieten, die sich bestimmten Schwerpunkten widmen, wie zum Beispiel Methodik und Didaktik, Lebenslanges Lernen, Zusammenarbeit mit Unternehmern/Sponsoren vor Ort oder Dienstrecht.

Mit der Einrichtung eines Elternbüros/Schulbüros Niedersachsen e.V. gehen wir neue Wege in der Qualifizierung engagierter Eltern und Schüler. Dieses landesweit agierende Elternbüro/Schulbüro ist Mittler zwischen Schülern und Eltern einerseits und Landesschulbehörde sowie Kultusministerium andererseits. Es soll den Schulvorständen bei ihrer Arbeit helfen.

Für den Umgang mit Sponsoring und für die Öffnung von Schulen in den gesellschaftlichen Nahbereich bieten wir Hilfestellung und stellen gleichzeitig sicher, dass Sponsoring auf die Unterrichtsinhalte keinen Einfluss hat. Wir setzen uns für die Einrichtung eines Fördervereins „Qualifizierung – Schule mittendrin“ ein. Dieser soll die Zusammenarbeit von Schulträgern, Eltern und Schulspensoren erleichtern.

Schulen sind – gerade im ländlichen Raum - nicht nur Bildungseinrichtungen. Sie sind kulturelle Zentren, Sport- und Freizeitstätten von Kommunen und Arbeitsstätten hoch qualifizierter Arbeitskräfte. Unser Interesse ist auf eine ortsnahe Schulversorgung und ein hinreichendes Ausbildungsangebot gerichtet. Wir werden schulische und außerschulische Angebote erhalten, verbessern und ausbauen. Damit sichern wir Schulstandorte und sorgen für gleichwertige Bildungschancen auch im ländlichen Raum.

## **Berufliche Bildung**

Basis der beruflichen Bildung bleibt das duale System der Ausbildung in Betrieben und berufsbildenden Schulen. Es ist so weiterzuentwickeln, dass jeder Jugendliche entsprechend seiner Fähigkeiten und Begabungen gefördert wird. Es ist erwiesenermaßen die beste Vorbereitung auf den Eintritt in die Erwerbsgesellschaft und damit zugleich die beste Vorbeugung gegen Jugendarbeitslosigkeit. Wir werden das duale System gemäß den Erfordernissen der ausbildenden Wirtschaft fortentwickeln. Hinsichtlich des 2009 auslaufenden Berufsgrundbildungsjahres (BGJ) werden wir eine Nachfolgeregelung durch Berufsfachschulangebote organisieren. Diese Angebote werden auf berufsspezifische und regionale Bedürfnisse zugeschnitten.

Die Anforderungen an eine Berufsausbildung werden weiter steigen. Neben der beruflichen Erstausbildung wollen wir höherwertige, berufsbezogene Abschlüsse, die auch Studienberechtigungen an Fachhochschulen vermitteln.

Jeder ausbildungswillige und -fähige Jugendliche muss einen Ausbildungsplatz erhalten. Wir wollen Betriebe motivieren, neue Ausbildungsberufe und zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen. Berufsausbildungsgänge mit einem ausgewogenen Anteil an theoretischem und praxisorientiertem Unterricht sollen in schulischer Verantwortung mit einem von der Wirtschaft anerkannten Abschluss angeboten werden. Diese vollzeitschulischen Angebote sind in Branchen notwendig, wo keine duale Ausbildung existiert bzw. das duale Ausbildungssystem nicht hinreichend Ausbildungsplätze anbietet. Der allgemeine Trend zu immer mehr vollzeitschulischen Angeboten muss gestoppt werden.

Wir werden die Abschaffung des zweiten Berufsschultages für Auszubildende in einzelnen Ausbildungsberufen prüfen. Maßgabe sind veränderte Absprachen mit den Sozialpartnern über die bundesweit gültigen Lehrinhalte des Berufsschulunterrichts. Hiermit könnte ein weiterer Anreiz zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze gegeben werden.

## Hochschule

Die niedersächsischen Hochschulen sind leistungsfähig und modern: Elf Universitäten, zwei künstlerisch-wissenschaftliche Hochschulen, fünf staatliche bzw. Stiftungs-Fachhochschulen, sieben nichtstaatliche Fachhochschulen sowie die Nachfolgeeinrichtung der Niedersächsischen Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege und elf Berufsakademien bieten den Studierenden ein umfassendes Studienangebot und eine hoch qualifizierte Ausbildung. Mit dieser Vielfalt sichern wir die Wahlmöglichkeiten und stärken die Bildungschancen der jungen Generation.

Wir werden den Zukunftsvertrag des Landes mit den Hochschulen über das Jahr 2010 hinaus um mindestens fünf Jahre verlängern. Die Studienbeiträge werden wir nicht erhöhen. Wir werden uns für die Fortsetzung des Hochschulpaktes 2020 über das Jahr 2010 hinaus einsetzen. Die Verlängerung des Zukunftsvertrages und der Finanzierung des Hochschulpaktes 2020 nutzen wir zur leistungs- und wettbewerbsorientierten Profilierung der niedersächsischen Hochschulen im Gesamtverbund der Hochschulen des Landes. Wir wollen unsere Hochschulen national und international in die Spitzengruppe bringen.

Im Rahmen des Hochschulpaktes 2020 richten wir 11.200 zusätzliche Studienplätze bis 2010 ein. Damit sichern wir die Studienchancen der kommenden Abiturjahrgänge, insbesondere des doppelten Abiturjahrgangs 2011. Gleichzeitig gewährleisten wir so die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Die Exzellenzinitiative des Bundes werden wir dafür nutzen, unser Profil als „Wissenschaftsland Niedersachsen“ zu schärfen.

Die niedersächsischen Studentenwerke haben dank unserer Politik Planungssicherheit bis 2011. Auch darüber hinaus werden wir ihre Arbeit über mehrere Jahre finanziell absichern.

Wir setzen uns für den Aufbau eines erweiterten Stipendien- und Fördernetzwerks für Schüler und Studenten ein und stärken auch das Stipendienangebot für Hochbegabte. Neben Stiftungen und anderen bisher bestehenden Fördereinrichtungen wollen wir auf diese Weise vor allem auch Unternehmen und Betriebe dazu anregen, talentierte und motivierte Studenten frühzeitig - sowohl in finanzieller wie auch in praktischer Hinsicht - zu fördern. Noch mehr begabte junge Leute sollen die Möglichkeit einer Förderung erhalten. Dabei werden wir auch die Stipendien für studienbedingte Auslandsaufenthalte ausbauen, da Auslandserfahrungen für junge Studentinnen und Studenten in ihrer Ausbildung zukünftig noch wichtiger werden. Den Weg der Internationalisierung der Hochschulen gehen wir mit einer Ausrichtung auf internationale Studiengänge weiter.

Da bereits jetzt ein Mangel an gut ausgebildeten Ingenieuren und Naturwissenschaftlern herrscht, werden wir in diesen Fächern die Anzahl der Studierenden erhöhen, indem wir zusätzliche Studienplätze schaffen und verstärkt Studierende hierfür gewinnen. Dabei wollen wir insbesondere auch junge Frauen stärker für technische Fachrichtungen begeistern. Wir planen eine Werbekampagne für Ingenieursstudiengänge, die die Attraktivität technischer Berufe unterstreicht und die junge Menschen für diese Studiengänge begeistern soll. Durch eine enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft sollen Einblicke in die Praxis der Ingenieurberufe gegeben werden.

Die Ideen-Expo in Hannover, die zukünftig alle zwei Jahre durchgeführt wird, ist ein Beispiel dafür, wie Hochschulen und Schulen bei der Vermittlung von Naturwissenschaften und Technik stärker zusammenarbeiten. Sie sollen gemeinsame Projekte entwickeln und den Erfindergeist junger Menschen wecken.

Wir werden das Frühstudium für Hochbegabte weiterentwickeln. Mit Schulfreistellungen für ein Frühstudium können „Schülerstudenten“ während der Schulpflicht an Hochschulveranstaltungen teilnehmen. Über das „Creditpoint System“ der Hochschulen können sie schon vor dem Abitur Vorlesungen und Seminare besuchen und Prüfungen ablegen.

Zum weiteren Ausbau der Niedersächsischen Technischen Hochschule (NTH) werden wir ein eigenständiges NTH-Gesetz verabschieden. Mit ihm erhöhen wir die Wettbewerbsfähigkeit, erhöhen die Querdurchlässigkeit der Hochschulen für Studierende, verbessern die Attraktivität der Hochschulstandorte und stärken die Hochschulautonomie durch die Übertragung von Kompetenzen.

Hochschulen sollen ihre Studierenden selber auswählen können. Wir wollen Hochschulen noch stärker zur Nutzung von Eingangsfeststellungen motivieren und die Studierenden noch umfassender über die Studienanforderungen informieren. Damit wollen wir erreichen, dass die Studienabbrecherquote sinkt.

Wir wollen ein attraktives Studienangebot an Bachelor- und Masterstudiengängen mit einer stärkeren Berufs- und Praxisorientierung. Die Hochschulausbildung richten wir noch gezielter am Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen aus. Ausgebaut werden die Fächerprofile und Studienrichtungen, die für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Niedersachsen von entscheidender Bedeutung sind. Dabei spielen insbesondere die Fachhochschulen eine wichtige Rolle.

Die praxis- und berufsnahe Ausbildung ist in vielen Studiengängen von großer Bedeutung. In einem Kooperationsprogramm des Landes mit Unternehmen verwirklichen wir eine praxisnahe Vernetzung von Unternehmen und Studierenden. Diese Betriebe sollen dann einen Studierenden über eine längere Zeit kennen lernen. So können die Studierenden ihre Ausbildung stärker auf die Bedürfnisse des Unternehmens ausrichten. Beide Seiten können frühzeitig eine Einstellungsvereinbarung treffen und so den Berufseinstieg planen. Dadurch entfallen lange Einarbeitungszeiten.

Wir bekennen uns ausdrücklich zur Bedeutung der Geisteswissenschaften für unsere Hochschullandschaft in Niedersachsen. Sie liefern höchst wertvolle und konkrete Erkenntnisse über geistige, soziale, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklungen, Strukturen und Prozesse. Hochschulen sind auch Stätten der Kultur.

Die Rahmenbedingungen von Wissenschaft und Forschung werden wir weiter verbessern. Dazu gehören der Aufbau weiterer Forschungsnetze an Fachhochschulen, die Stärkung der Forschung durch Schwerpunktbildung sowie die Förderung weiterer Projekte der Kooperation von Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft. Wir unterstützen die Kooperation von Instituten und die Bildung gemeinsamer Hochschuleinrichtungen.

Unsere Hochschulen müssen verstärkt Profile bilden, aber auch fachübergreifende Studienangebote zur Förderung des ganzheitlichen Studiums schaffen, um eine hohe Qualität in Lehre und Forschung zu gewährleisten. Neben der weiteren Vernetzung unterstützen wir die Kooperation der Universitäten mit außeruniversitären Instituten durch Forschungsverbünde und gemeinsame Infrastruktur.

Einen Schwerpunkt in Forschung und Lehre setzen wir im maritimen Bereich: Als Küstenland zeichnet uns hier eine besondere Kompetenz aus, die wir in einer „Initiative Maritim“ bündeln. Studien- und Ausbildungsgänge in den Bereichen Reedereiwirtschaft, Meerestechnik, Nautik, Seeschifffahrt, Schiffsmechanik und Hafengewirtschaft werden wir verstärkt aufeinander abstimmen. Um dem Mangel an qualifiziertem Personal im Bereich Seeschifffahrt zu begegnen, werden wir 100 zusätzliche Fachschul- und Fachhochschulplätze im Fach Nautik an den Standorten Elmfleth, Leer und Cuxhaven einrichten.

Der Klimawandel ist eine Herausforderung auch für den Wissenschaftsstandort Niedersachsen. In unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen haben wir herausragende Kompetenzen: Meteorologen und Klimaforscher, Wirtschaftswissenschaftler und Wasserbauer, Regionalwissenschaftler und Agraringenieure. Wir werden auf dieser Grundlage ein

Modellprojekt „Klimafolgenforschung - Szenarien für die Klimaentwicklung“ in einem Forschungsverbund fördern.

Wir sind bereits auf gutem Wege, Marktführer auf dem Wachstumsmarkt der Klimaschutz-Technologien zu werden. Das Energieforschungszentrum Niedersachsen in Goslar ist dafür bestes Beispiel. Wir nutzen Potentiale und schaffen Anreize.

## **Lernen – ein Leben lang**

Die Bedeutung der Erwachsenenbildung wächst. Vor allem durch Bildungsmaßnahmen zur beruflichen Qualifizierung und zur Vorbereitung auf Schulabschlüsse kommt ihr im präventiven Bildungsbereich eine große Bedeutung zu, denn die Bedingungen des Arbeitsmarktes verändern sich ständig. Globalisierung und Internationalisierung unserer Arbeitswelt, Strukturwandel im Wirtschafts- und Arbeitsleben durch technische Weiterentwicklung und demografischen Wandel sowie die rasend schnelle Verbreitung von Wissen sind Herausforderungen für alle Unternehmen und ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dem lebenslangen Lernen kommt daher eine immer größere Bedeutung zu.

Weil Bildung bis ins hohe Alter einen großen Stellenwert hat und die Gesellschaft die Potenziale und Kompetenzen der Älteren benötigt, wollen wir auch das Bildungsangebot für die ältere Generation ausweiten und die Hochschulen auch weiterhin für Seniorinnen und Senioren öffnen.

Wir werden die Erwachsenen- und Weiterbildung noch stärker vernetzen und erweitern. Wir schließen Kooperationen mit unseren Fach- und Hochschulen, um anteilige Studieninhalte im Rahmen der Studiengänge zu übernehmen. Zu diesem Zweck wird eine Plattform mit Namen „Offene Hochschule“ Niedersachsen errichtet, die landesweit die Fach- und Hochschulen, sowie die Träger der Erwachsenen- und Weiterbildung vernetzt, um diese Zusammenarbeit qualifiziert auf- und auszubauen.

Wir bekennen uns zur Verantwortung des Landes für die Erwachsenenbildung. Deshalb sichern wir auch zukünftig die Erwachsenen- und Weiterbildung finanziell ab und unterstützen die Volkshochschulen, Bildungsstätten und andere Träger der Erwachsenen- und Weiterbildung.

Wir werden die politischen Stiftungen und die Träger der Erwachsenenbildung im Bereich politischer Bildung stärken sowie der politischen Bildungsarbeit von Seiten des Landes Impulse geben und sie koordinieren. Außerdem treten wir dafür ein, dass politische Bildung einen besonderen Schwerpunkt in den Schulen einnimmt.

Unter dem Motto „Qualifizierung – ein Leben lang“ rufen wir in Abstimmung mit den Gewerkschaften und den Arbeitgebern eine Qualifizierungsoffensive für Arbeitnehmer ins Leben, die eine kontinuierliche Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Betrieben ermöglicht.

## Neue Arbeit im Innovationsland Niedersachsen

Gottfried Wilhelm Leibniz, Robert Koch, Carl Friedrich Gauß, Robert Wilhelm Bunsen, Hannah Arendt, Otto Hahn, Karl Jaspers und Werner von Siemens waren Niedersachsen. Sie haben die Geschichte Niedersachsens durch innovative Entwicklungen mit herausragenden wissenschaftlichen Leistungen und Forschergeist geprägt. Innovationen, technologischer und sozialer Fortschritt und die Bereitschaft neue Wege zu gehen, bieten Zukunftschancen. Sie sind die Grundlagen für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

In einer globalisierten Welt sind Innovationen der Schlüssel zu neuer Arbeit. Das gilt für den Mittelstand, für die Industrie sowie für die moderne Ernährungs- und Landwirtschaft. Forschung und Entwicklung haben hierfür eine herausragende Bedeutung. Für uns ist Innovationsförderung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wer heute Entwicklungen verpasst und nicht an ihrer Spitze steht, verbaut den nachfolgenden Generationen Chancen und Perspektiven.

Neue Perspektiven wollen wir auch für den Arbeitsmarkt eröffnen. Dabei werden wir neue Wege in der Ausbildung und Qualifizierung gehen. Wir werden den Herausforderungen des Demografischen Wandels für den Arbeitsmarkt mit einer Offensive für erfahrene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer begegnen.

Das Zukunftsland Niedersachsen bietet vielfältige Chancen für Wirtschaft und Arbeit. Diese Chancen gilt es zu nutzen. Mit Ideenreichtum, mit Leistungsbereitschaft und mit Engagement werden wir es schaffen.

### Gemeinsam haben wir in den vergangenen fünf Jahren viel erreicht:

- Der niedersächsische IHK-Konjunkturklimaindex stieg seit dem Regierungswechsel von 78 auf 116 Punkte (3. Quartal 2007) und damit um fast 50 Prozent.
- Bei der Zunahme der Existenzgründungen liegt Niedersachsen auf dem zweiten Platz unter allen Bundesländern.
- Beim Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 2004 bis 2006 liegt Niedersachsen unter allen Bundesländern auf Platz zwei.
- Nach einem stetigen Anstieg wächst unsere Wirtschaft deutlich und lag im Jahr 2006 bei plus 2,7 Prozent. Im ersten Halbjahr 2007 wuchs die Wirtschaft in Niedersachsen um 2,5 Prozent. 2002 ist die Niedersächsische Wirtschaft noch um 0,7 Prozent geschrumpft.

- Beim Mittelstandsbarometer 2007 der Beratungsgesellschaft Ernst & Young nannten 79 Prozent aller befragten niedersächsischen Unternehmen die Wirtschaftsbedingungen in Niedersachsen „sehr gut“ oder „gut“.
- Der Export niedersächsischer Unternehmen boomt: Nach dem Rekordjahr 2005 mit Exporten im Wert von über 60 Milliarden Euro wuchsen die Ausfuhren 2006 nochmals um 12 Prozent.
- Die Trendwende am Arbeitsmarkt ist geschafft: Im Jahresdurchschnitt 2006 ist die Zahl der Arbeitslosen in Niedersachsen gegenüber 2005 um 8,6 Prozent gesunken – das ist der größte Rückgang seit 15 Jahren.
- Im September 2007 waren in Niedersachsen mehr als 57.500 weniger Menschen arbeitslos als im September des Vorjahres – eine Absenkung um fast 15 Prozent. Auch die Arbeitslosenquote sank gegenüber dem Vorjahresmonat von 9,8 auf 8,4 Prozent.
- Mit 30.000 neuen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen konnten wir im Jahr 2006 erstmals wieder einen Arbeitsplatzzuwachs in Niedersachsen verzeichnen. Diese Entwicklung setzt sich im Jahr 2007 fort.
- Beim Anteil der Beschäftigten in schnell wachsenden Zukunftsbranchen steht Niedersachsen im Jahr 2006 auf Platz drei aller 16 Bundesländer.
- Mit dem von uns eingeführten Niedersachsen-Kombi konnten wir seit seiner Einführung im Juli 2006 innerhalb eines Jahres mehr als 2.500 Menschen aus der Arbeitslosigkeit herausholen.
- Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit hat das Land einen Beitrag in Höhe von 68 Millionen Euro geleistet, um 185.000 jungen Menschen mit fehlenden Schulabschlüssen, persönlichen oder sozialen Problemen eine Chance zu geben. Sie konnten in Ausbildung, Beruf oder Qualifizierungsangebote vermittelt werden.
- Beim Ausbildungsplatzangebot liegt Niedersachsen im Jahr 2006 bundesweit auf Platz drei aller 16 Länder.
- Im Ausbildungsjahr 2005/06 (Sept.'05 bis Aug.'06) wurden in Niedersachsen 5,3 Prozent mehr Ausbildungsverträge abgeschlossen als im Vorjahr. Damit liegen wir klar über dem Schnitt der westdeutschen Länder von plus 4,2 Prozent.

- Die Industrie- und Handelskammern In Niedersachsen verzeichneten zu Beginn des neuen Lehrjahres 2007 bei der Zahl der Ausbildungsverträge einen Zuwachs um 7,2 Prozent.
- Seit dem Abschluss des Niedersächsischen Paktes für Ausbildung im Jahr 2004 wurden 13 Prozent zusätzliche Ausbildungsverträge abgeschlossen. Im Interesse der jungen Menschen haben die Paktpartner den erfolgreichen Ausbildungspakt im Februar 2007 für weitere drei Jahre verlängert.
- Wir haben das Programm „2000 mal 2500“ aufgelegt, mit dem 2.000 zusätzliche Ausbildungsplätze in Niedersachsen gefördert werden. Es richtet sich an Altbewerber und Jugendliche ohne Schulabschluss. Kleine und mittlere Betriebe, die diesen jungen Berufseinsteigern einen zusätzlich geschaffenen Ausbildungsplatz anbieten, erhalten 2.500 Euro Unterstützung.
- Die vom Land Niedersachsen durchgeführte IdeenExpo 2007 in Hannover war ein großer Erfolg. Unter dem Motto „Deine Ideen verändern“ haben wir Kinder und Jugendliche für Technik begeistert. An neun Tagen besichtigten über 160.000 Besucher rund 150 Exponate von Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie Schulen aus ganz Niedersachsen.
- Niedersachsen ist ein Land mit erfolgreichen Forschern und der forschungsintensivsten Region Europas (Hannover-Braunschweig-Göttingen). Um die Stärken und die Attraktivität des Standortes Niedersachsen wirkungsvoll bekannt zu machen, hat die Landesregierung gemeinsam mit der Wirtschaft die Kampagne „Innovatives Niedersachsen“ ins Leben gerufen.
- Im Patentatlas 2006 des Deutschen Patent- und Markenamtes haben Braunschweig und Hannover auf den Rangplätzen 7 bzw. 17 auch bei der Zahl der Patentanmeldungen zwei hervorragende Plätze belegt.
- Mit den Landesinitiativen – Brennstoffzelle, Telematik, Satellitennavigation, Nano- und Materialinnovationen, Life Science, Adaptronik, Mikrosystemtechnik und Sensorik – haben wir einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Innovationskraft geleistet.
- Niedersachsen weist im Bereich der Erneuerbaren Energien eine beeindruckende Anzahl an Forschungsverbänden und -projekten auf, an denen zahlreiche niedersächsische Universitäten und Fachhochschulen, außeruniversitäre Institute und die Wirtschaft beteiligt sind.

- Die Bündelung der Kompetenz von Forschung und Entwicklung moderner Kohlefaser-Verbundstoffe (CFK) am Standort Stade ist ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des Forschungs- und Produktionsstandortes Niedersachsen.
- Niedersachsen ist Agrarland Nr. 1 - 53.000 landwirtschaftliche Betriebe werden in Niedersachsen bewirtschaftet. Mit einer durchschnittlichen Flächenausstattung von 50 Hektar verfügt Niedersachsen über eine extrem günstige Agrarstruktur. Im Jahr 2005 erzielte die Landwirtschaft eine Bruttowertschöpfung von 2,7 Mrd. Euro und gab über 120.000 Menschen Arbeit.
- Seit 2003 haben wir mit dem PROLAND-Förderprogramm nachhaltig die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit und ökologischen Funktionen ländlicher Räume gestützt. Für den Zeitraum 2000 – 2006 hat das Landwirtschaftsministerium über 1,1 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt.
- Mit dem Agrarinvestitionsförderprogramm haben wir über 4400 Betriebe mit einem Investitionsvolumen von über 650 Millionen Euro gefördert.
- Mit dem Kompetenzzentrum Ökolandbau Niedersachsen (KÖN) verfügt Niedersachsen über ein bundesweit einmaliges Dienstleistungsprojekt für den ökologischen Landbau.
- Mit dem elektronischen Kommunikationssystem „GeViN“ haben wir die Grundlage für einen schnellen und sicheren Informationsaustausch und damit schnelles Handeln von allen kommunalen Lebensmittelüberwachungs- und Veterinärbehörden und den Landesbehörden geschaffen. Die Leistungsfähigkeit des amtlichen Kontrollsystems für die Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung in Niedersachsen wird hierdurch entscheidend verbessert.
- Zur Tierseuchenbekämpfung wurde beim Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (LAVES) die „Task-Force Veterinärwesen“ eingerichtet. Sie unterstützt die kommunalen Veterinärbehörden bei der Tierseuchenbekämpfung.
- Im Rahmen der Verwaltungsreform haben wir Anfang 2006 die Fusion der beiden Kammern Hannover und Oldenburg zu einer einzigen Landwirtschaftskammer Niedersachsen unterstützt. Hier sind die ehemaligen Landwirtschaftsdezernate der Bezirksregierungen und die Ämter für Agrarstruktur vereinigt. Darüber hinaus haben wir im Januar 2005 die Niedersächsischen Landesforsten mit Sitz in Braunschweig als rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts errichtet.

- Um die heimischen Fischbestände zu schützen und wirtschaftliche Schäden in der Fischerei zu verhindern, haben wir im Oktober 2003 eine Kormoranverordnung erlassen.

## **Gemeinsam werden wir auch in Zukunft unser Land bewegen:**

### **Innovationen**

Unser wichtigstes Gut sind die Ideen und das Wissen der Menschen in diesem Land. Innovationen und Kreativität sollen hier wachsen. Die Innovationskampagne des Landes führen wir daher fort. Wir werden Menschen mehr Möglichkeiten geben, kreativ den Herausforderungen unserer Zeit und der Zukunft zu begegnen. Wir wollen Niedersachsen über die Grenzen Deutschlands hinaus dauerhaft als Innovationsstandort etablieren und ein attraktiver Anlaufpunkt für Unternehmen, Wissenschaftler und Forscher sein.

Exzellente ausgebildete Fachkräfte sind Voraussetzung für Innovationen. Von frühester Kindheit an werden wir die Neugier und Aufgeschlossenheit unserer Kinder, gerade auch der Mädchen, für Technik fördern. Naturwissenschaftliche und technische Unterrichtsinhalte werden wir stärken. Eigenverantwortung und Wettbewerb der Schulen und Hochschulen zur Steigerung der Ausbildungsqualität sind für uns eine Selbstverständlichkeit.

Wir brauchen die Zusammenarbeit und das Miteinander von Forschungsgesellschaften, Hochschulen und Wirtschaft für erfolgreiche Innovationen. Deshalb werden wir Kooperations- und Mobilitätshemmnisse abbauen. Wir unterstützen den Wissenstransfer zwischen Unternehmen und Hochschulen durch gezielte Programme und Modellprojekte. Die Realisierung von Entwicklungen im eigenen Land hat für uns oberste Priorität. So sichern wir unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit. Wir bauen die Förderung der gegründeten Innovationsinitiativen aus, um insbesondere Forschungsk Kooperationen, Innovationsnetzwerke sowie Technologiezentren und -transferstellen zu stärken.

Wir werden die Mittelausstattung für die Innovationsförderung verbessern. Die Stärkung der Innovationsinfrastruktur und Förderung von regionalen Clustern stehen dabei im Mittelpunkt. Der Zukunfts- und Innovationsfonds stellt eine wichtige Säule der Innovationsförderung dar. „Zukunftsland Niedersachsen“ heißt für uns auch immer „Innovationsland Niedersachsen“. Wir werden den Innovationsfonds auf 100 Millionen Euro erhöhen. Auch für den Wirtschaftsförderfonds stellen wir zusätzliche Mittel bereit.

Kleinere und mittlere Unternehmen verfügen oft über keine eigenen Forschungs- und Entwicklungskapazitäten. Für sie ist Technologietransfer besonders wichtig. Wir starten eine Beratungsoffensive für Innovationen in kleinen und mittelständischen Unternehmen. In Zusammenarbeit mit den Kommunen, Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern und der Niedersachsen-Bank (NBank) schaffen wir ein Programm zur technologischen Erstberatung, das mit drei Millionen Euro ausgestattet sein wird. Wir werden die Beantragung der Fördermittel weiter entbürokratisieren und vereinfachen.

Unsere erfolgreichen Messen, wie die CEBIT und die Hannover Messe, sind weltweit führend und Aushängeschilder Niedersachsens. Zahlreiche weitere wichtige Fachmessen kommen hinzu. Von ihnen profitiert Niedersachsen sehr. Wir setzen auf eine Stärkung des Messestandortes Niedersachsen. Wir bauen die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen bei ihrer Präsentation im In- und Ausland weiter aus.

Niedersachsen hat großartige Wissenschafts- und Forschungskompetenzen in der Biotechnologie, Medizintechnik, Lebensmittel- und Ernährungstechnologie Umweltechnologien und Verkehrstechnik. Das gilt insbesondere für die Umweltwissenschaften und die Energieforschung. Wir machen Niedersachsen in diesem Bereich zur „Nummer 1“ in Deutschland. Deswegen bauen wir vorhandene Verbünde mit diesem Forschungsschwerpunkt aus und schaffen neue Verbünde. Auch zusätzliche Forschungsinstitute wollen wir gründen und uns für eine Erhöhung der Forschungsförderung durch Bund und Europäische Union einsetzen. Die schnelle Markteinführung der Brennstoffzellentechnologie ist auch deswegen so wichtig, um Niedersachsen in diesem Bereich wettbewerbsfähig zu machen. Bisher haben wir die Brennstoffzellenforschung bereits mit 18 Millionen Euro gefördert. In den Jahren 2008 und 2009 werden wir erneut jeweils 6,9 Millionen Euro hierfür bereitstellen. Außerdem setzen wir auf die Entwicklung von Biokraftstoffen der zweiten Generation. Auf diesem Weg sichern wir hochwertige Arbeitsplätze und leisten einen Beitrag zum Klimaschutz.

Wir fördern die Forschung im Biotechnologiebereich und die Ansiedlung von Gen- und Biotechnologiefirmen. Im medizinischen Bereich sowie bei der Zucht und Entwicklung von pflanzlichen Rohstoffen für die Ernährungswirtschaft und für die Energiewirtschaft bietet die Gentechnologie große Chancen. Der Verbraucherschutz und die Transparenz stehen an erster Stelle.

Die Entwicklung von Schlüsseltechnologien zum Schutz der Bevölkerung und zur Sicherung kritischer Infrastruktur gewinnt im Zeichen neuer Risiken und Bedrohungen zunehmend an Bedeutung. Entsprechend setzen

wir uns dafür ein, dass die Sicherheitsforschung in niedersächsischen Einrichtungen einen festen Platz erhält. Sie ist ein wichtiger Beitrag zur Zukunftsfähigkeit des Technologiestandortes Niedersachsen.

## **Mittelstand**

Die Unternehmen - insbesondere der Mittelstand - sind Basis und Motor unserer Wirtschaftskraft. Gerade kleine und mittlere Betriebe, häufig in Familienbesitz, schaffen Arbeitsplätze. Mehr als 260.000 kleine und mittelständische Betriebe in Niedersachsen erwirtschaften über 160 Milliarden Euro Umsatz im Jahr und geben über zwei Millionen Menschen Arbeit.

Gemeinsam werden wir Niedersachsen voranbringen. Die CDU als die politisch gestaltende Kraft in Niedersachsen sorgt für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen und für eine gute Infrastruktur. Wir wünschen uns erfolgreiche Unternehmen und bieten dafür verlässliche Politik und eine serviceorientierte Verwaltung.

Wir setzen auf Kooperation: Bündnisse für Niedersachsen zwischen Landesregierung und Wirtschaft sind für uns der Weg, um die Entwicklung zum Innovations- und Investitionsland fortzusetzen. Wir werden unsere mittelstandsfreundliche Politik im Dialog mit den Unternehmen weiter ausbauen und mit ihnen passende Instrumente zur Förderung des Mittelstandes und seiner Rahmenbedingungen weiterentwickeln.

Vielen mittelständischen Unternehmen mangelt es an ausreichend qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – besonders in naturwissenschaftlichen und technischen Berufen. Hier setzen wir an: Naturwissenschaftliche und technische Fächer stärken wir schon in der Schule. Zudem wird ein erheblicher Anteil der über 11.200 zusätzlichen Studienplätze in Niedersachsen bis 2010 in den technischen und Ingenieursstudiengängen geschaffen.

Wir stehen im intensiven internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe. Um hochqualifizierte Fachkräfte nach Niedersachsen zu holen, werden wir, in Abstimmung mit der niedersächsischen Wirtschaft, ein Programm zur Fachkräfteanwerbung an ausländischen Hochschulen initiieren.

Gebraucht werden auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für leichte manuelle Tätigkeiten. Wir unterstützen ein Modellprojekt, in dem in einem zeitlich flexiblen Rahmen deren Ausbildung und Einarbeitung besonders gefördert wird.

Durch gezielte Nachschulungsprogramme für lernschwache Schülerinnen und Schüler werden wir die Abschlussquoten unserer Schulen weiter erhöhen und so die Ausbildungsfähigkeit der Schulabgänger weiter verbessern.

Viele kleine und mittlere Unternehmen verfügen nicht über die Strukturen und Möglichkeiten für eine betriebliche Weiterbildung von Mitarbeitern. Sie werden wir unterstützen und die betriebsübergreifende Weiterbildungsinfrastruktur verbessern.

Die Vernetzung von Hochschulen und Unternehmen in Niedersachsen ist ein entscheidender Faktor für die Innovationskraft unseres Wirtschaftsstandortes und seine Attraktivität für hochqualifizierte Mitarbeiter. Fächerprofile und Studienrichtungen mit hoher Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Wirtschaft müssen ausgebaut, Existenzgründung aus den Hochschulen heraus begleitet und unterstützt werden.

Der Wissenstransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen und der Austausch von Know-how zwischen Unternehmen führen zu einer Situation, von der beide Seiten profitieren. Wir fördern neue Forschungsnetze und Kooperationsprojekte zwischen Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft. Möglichst viele Niedersachsen sollen vorhandenes Wissen nutzen können, damit das ganze Land von innovativen Ideen und Entwicklungen profitiert. Damit verbunden sein muss ein Anreiz für Forscher, Entwickler und Tüftler, ihre Ideen und Entwicklungen zu kommunizieren. In einem „Niedersächsischen Ideenportal Mittelstand“ im Internet sollen sich kleinere Unternehmen Ideen und Anregungen holen und vielfältige Kontakte knüpfen können.

Die Unterstützung von Existenzgründern bleibt ein vorrangiges Anliegen. Betreuung und Qualifizierung von Existenzgründern werden wir gemeinsam mit den Industrie- und Handelskammern sowie den Handwerkskammern weiter verbessern. In den ersten drei Jahren der Unternehmertätigkeit wollen wir die Existenzgründer besonders schulen und betreuen. Mentorenprogramme können echte Hilfestellungen bieten und sollen deswegen ausgebaut werden. Wir wollen außerdem, dass Existenzgründer von bürokratischen Anforderungen befreit werden.

Der Generationswechsel in Handwerk, Handel und Gewerbe stellt eine enorme Herausforderung für die Wirtschaft dar. In rund jedem dritten Unternehmen ist die Nachfolge offen. Es drohen Unternehmensschließungen und der Verlust von Arbeitsplätzen. Im Niedersächsischen Wirtschaftsministerium werden wir daher eine Kontaktbörse zur Vermittlung

von Unternehmensnachfolgern und für die Beratung von Unternehmern ohne Nachfolgelösung aufbauen.

Wir werden uns gemeinsam mit den Kammern für ein Schulungsprogramm für Führungskräfte stark machen. In Unternehmen mit Führungsvakanzen durch plötzlichen Ausfall des Inhabers oder bei ungelösten Unternehmensnachfolgen können geschulte Mitarbeiter einspringen und - vorübergehend oder dauerhaft das Unternehmen leiten.

Wir werden die Bürokratiekosten weiter senken. Ein Bürokratie-TÜV soll die Kosten ermitteln, die durch neue Regelungen für Unternehmen entstehen würden. Bestehende Regelungen werden wir dieser Überprüfung ebenfalls unterziehen. So werden wir die Bürokratiekosten in Niedersachsen weiter senken. Darüber hinaus setzen wir uns auf Bundes- und Europaebene für eine Begrenzung der Statistikpflichten der Unternehmen ein.

Mittelständische Unternehmen können durch ihr Engagement auf internationalen Märkten zusätzliche Umsätze erwirtschaften. Für viele kleine Betriebe ist dies ein Schritt mit großen Risiken. Deswegen werden wir in Zusammenarbeit mit den Kammern in Niedersachsen, den Außenhandelskammern, der Ansiedlungsagentur für Niedersachsen und der Investment Promotion Agency (IPA) eine Veranstaltungsreihe „Fit für den Export“ starten. So können sich Unternehmen praxisnah über erfolgreiche Exportstrategien informieren.

Zudem brauchen mittelständische Unternehmen kompetente Ansprechpartner in den Exportregionen. Wir werden die Zahl und die Ausstattung der Auslandsrepräsentanzen weiter ausbauen. Nachdem Niedersachsen Ende 2006 eine Repräsentanz in Shanghai eröffnen konnte, stehen nun die Wachstumsmärkte Indien und Naher Osten auf der Agenda. Wir streben hier eine enge Zusammenarbeit mit der Nord/LB und der Deutschen Messe AG an.

Wir sorgen durch die von uns geplanten Projekte im Hafen- und Straßenbau für eine gute Infrastruktur. Unsere Energiepolitik berücksichtigt die hohe Bedeutung einer zuverlässigen und preisgünstigen Energieversorgung. Weil die Kommunikation per Internet immer weiter zunimmt, wirken wir auf eine flächendeckende Breitbandversorgung in Niedersachsen hin.

Die so genannten „Ratings“ der Banken, also die Einschätzung und Klassifizierung von Kunden durch ihre Banken, haben die Kreditvergabepraxis grundlegend verändert. Da die Bereitstellung von Bürgschaften, Wagniskapital und zinsvergünstigten Krediten oftmals entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit und den Fortbestand kleiner und mittlerer Unter-

nehmen ist, richten wir den erfolgreichen Niedersachsen-Kredit noch zielgerichteter auf kleine Unternehmen aus.

Nachdem wir erfolgreich die NBank als Mittelstands-Förderbank in Niedersachsen etabliert und die Förderprogramme des Landes neu strukturiert haben, wollen wir nun ein verbessertes Fördercontrolling einführen. Dadurch lassen sich die einzelnen Programme besser überprüfen.

Wirtschaftsförderung findet auch in den Kommunen statt. Die Maßnahmen des Landes werden wir darauf besser abstimmen, in dem wir die Vernetzung der kommunalen Wirtschaftsförderung mit der Landesverwaltung und der NBank weiter verbessern. Zudem werden wir die Gewerbeflächenstrategien von Kommunen besser miteinander koordinieren. Gleichzeitig unterstützen wir die Umsetzung abgestimmter Gewerbeflächenentwicklungskonzepte vor Ort. Wir werden die Förderung durch Mittel der Europäischen Union und der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) zielgenau und effizient ergänzen.

Das Drei-Säulen-Modell der deutschen Bankenlandschaft, bestehend aus den Privatbanken, genossenschaftlichen Volksbanken und den Sparkassen, hat sich bewährt. Wir wollen dieses Modell erhalten.

## **Industrie**

Die Industrie in Niedersachsen leistet einen wichtigen Beitrag für unseren Wohlstand. Bereiche wie die Automobilindustrie, die maritime Wirtschaft, die Luftfahrtindustrie, die Stahl- und Elektroindustrie oder der Energiesektor machen Niedersachsen zu einem bedeutenden Industriestandort. Wir werden dafür sorgen, dass Niedersachsen auch in Zukunft Standort für moderne Industrieproduktion bleibt.

Grundlage für den langfristigen Erfolg der niedersächsischen Industrieunternehmen sind Innovation und Forschung sowie gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Industrieunternehmen müssen neue Felder für die Herstellung von Industriegütern von höchster Qualität besetzen. Hierfür brauchen wir die enge Verbindung von Entwicklung und Produktion. Wir werden daher den Aufbau von Forschungsnetzen an Hochschulen, die Stärkung der Forschung durch Schwerpunktbildung sowie die Förderung weiterer Kooperationsprojekte zwischen Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft weiter forcieren.

Im Zeichen der Internationalisierung der Absatzmärkte ist eine leistungsfähige Infrastruktur, die insbesondere auch den Zugang zu Märkten auf anderen Kontinenten gewährleistet, dringend erforderlich. Mit der Fer-

tigstellung des Jade-Weser-Ports werden wir eine wichtige zusätzliche Anbindung Niedersachsens an den Welthandel schaffen.

Wir werden die geplanten Investitionen für die niedersächsischen Häfen so nutzen, dass die Wettbewerbsfähigkeit des maritimen Standorts Niedersachsens nachhaltig gestärkt wird. Wir werden die Ansiedlung hafengebundener Industrie und Unternehmen vorantreiben.

Das VW-Gesetz hat eine für Volkswagen günstige Entwicklung gewährleistet. Mit dem 2007 vorgenommenen Zukauf von Aktien der Volkswagen AG sichert sich das Land Niedersachsen auch weiterhin die wichtige Beteiligung von mehr als einem Fünftel und gibt damit ein klares Bekenntnis zu unserem wichtigsten Arbeitgeber im Lande ab.

Unser Engagement beim Airbus-Mutterkonzern EADS (European Aeronautic Defence and Space Company) als weltweit führendes Luft- und Raumfahrtunternehmen zeigt, dass wir niedersächsische Interessen innerhalb des europäischen Konzerns mit Nachdruck vertreten und so Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Niedersachsen sichern. Varel, Nordenham, Stade und Buxtehude müssen als Standorte der zivilen Luftfahrtindustrie gesichert werden. Niedersachsen wird zudem aktiv dazu beitragen, das deutsch-französische Gleichgewicht bei EADS zu erhalten.

Auch die wehrtechnische Industrie sichert hochwertige und wertvolle Arbeitsplätze in Niedersachsen. Wir setzen uns daher für den Erhalt von Kernfähigkeiten der wehrtechnischen Industrie ein, um ihre Position im nationalen und europäischen Rahmen zu festigen.

## **Land- und Ernährungswirtschaft / Verbraucherschutz**

Für die Niedersächsische Land- und Ernährungswirtschaft entstehen neue Chancen und Perspektiven. Die Märkte für Milchprodukte wachsen wieder, die Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Lebensmitteln steigt und bei den erneuerbaren Energien gibt es neue Absatzmärkte für landwirtschaftliche Produkte. Unsere Erzeugerbetriebe und verarbeitenden Unternehmen gehören zu den modernsten in Europa. Sie sind ein wesentlicher Faktor des Wirtschaftsstandortes Niedersachsen.

Wir entwickeln die herausragende Position der niedersächsischen Land- und Ernährungswirtschaft weiter. Nach der Agrarreform 2003 treten wir für eine Agrarpolitik ein, die für die Land- und Ernährungswirtschaft kalkulierbar, planbar und nachvollziehbar ist. Die Landwirtschaft braucht Verlässlichkeit und Perspektive. Niedersachsen wird daher für eine angemessene Finanzausstattung der gemeinsamen Agrarpolitik der EU und für den Erhalt der Direktzahlungen auch über 2013 hinaus kämpfen. Darüber hinaus unterstützen wir die Verbreiterung der Einkommensgrundlagen

der Landwirte - etwa durch Tourismusangebote oder den Anbau nachwachsender Rohstoffe.

Wir setzen uns auf europäischer Ebene für eine effektive Landwirtschaftspolitik ein. Der „Gesundheitscheck der Gemeinsamen Agrarpolitik“ (GAP) 2008/2009, bei dem die EU-Agrarpolitik kritisch auf ihre Ergebnisse geprüft wird, bedeutet für uns lediglich eine Bestandsaufnahme. Eine neue Reformwelle wollen wir nicht. Dazu gehört unsere Ablehnung der freiwilligen Modulation, bei der Mittel nach Ermessen eines EU-Mitgliedslandes bis zu 20 Prozent aus der 1. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik, also der EU-Direktzahlungen an die Landwirte, in die 2. Säule, der Säule der ländlichen Entwicklung, umgeschichtet werden können. Wir werden uns für die Abschaffung der Sonderzahlungsansprüche für Obst, Gemüse und Speisekartoffeln einsetzen. Genauso treten wir für die Abschaffung der obligatorischen Flächenstilllegung ein. Cross-Compliance Kontrollen müssen gebündelt werden, Abläufe vereinfacht und Sanktionen auf relevante Fälle beschränkt werden. Im Rahmen der anstehenden Reform der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) Obst und Gemüse setzen wir uns für das Einbeziehen von produktgebundenen Beihilfen einschließlich der Exporterstattungen im europäischen Obst- und Gemüse-sektor in die Betriebsprämienregelung ein. Das stärkt die Wettbewerbsfähigkeit und sichert den Obst- und Gemüseerzeuger verlässliche Einkommen. Der Gartenbau ist bei uns in Niedersachsen ein vielseitiger und moderner Wirtschaftszweig. Er braucht gleiche Wettbewerbschancen in Europa. Wir streben die Harmonisierung wettbewerbsrelevanter rechtlicher Regelungen an.

Wir werden uns weiterhin für eine generelle 1:1 Umsetzung von EU-Vorgaben einsetzen. Wir wenden uns gegen jede zusätzliche Bürokratisierung. Unsere europäischen Sozial- und Umweltstandards sind führend in der Welt. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass sie im Rahmen der WTO-Verhandlungen auch von anderen Staaten übernommen werden.

Bei der Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik 2005 (GAP) unterstützen wir unsere niedersächsischen Landwirtinnen und Landwirte. Die praktische Bewirtschaftung des Betriebes steht für jeden Landwirt im Vordergrund. Er kann nicht ständig alle vorgeschriebenen Dokumentationen über seine Betriebsführung für Prüfungen im Rahmen des so genannten Cross Compliance bereithalten. Wir werden Kontrollen auf ein Mindestmaß beschränken und wir werden sicherstellen, dass sich jede im Auftrag der Landesregierung handelnde Behörde rechtzeitig vor einer Kontrolle anmelden muss. Das verbessert die Kontrolleffizienz nachhaltig.

Wir bekennen uns zur Gleichberechtigung von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft. Eine ausgewogene Förderung beider Landwirt-

schaftszweige ist mittlerweile Praxis in Niedersachsen. Den Besonderheiten des ökologischen Landbaus werden wir weiter Rechnung tragen. Unsere Politik umfasst in den kommenden fünf Jahren das Flankieren von Agrarreformen und die Belohnung spezieller ökologischer Leistungen - über individuell zugeschnittene Agrarumweltprogramme.

Wir werden unnötige Erschwernisse für die Küstenfischerei in der Küstenfischereiordnung beseitigen und weiter in die Infrastruktur unserer Fischereihäfen investieren. Außerdem werden wir die Rolle der Fischerei im Tourismusbereich stärken. Auf europäischer Ebene werden wir die Interessen der niedersächsischen Küstenfischerei konsequent vertreten.

Wir setzen auf angepasste EU-Förderprogramme für eine integrierte Agrar- und Strukturpolitik. Im Landeshaushalt werden wir wie bisher Kofinanzierungsmittel bereitstellen, um EU-Mittel zu binden und gegenfinanzieren zu können. So gelingt uns das optimale Ausschöpfen der EU-Fördermöglichkeiten.

Mit dem Programm PROFIL werden wir in den kommenden sieben Jahren mit über 1,4 Milliarden Euro Gesamtvolumen die Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft sichern und ausbauen, die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und die Lebensqualität in den Dörfern verbessern. Mit dem Agrarinvestitionsförderprogramm bietet Niedersachsen umfassende Möglichkeiten für die Umstellung und Neuausrichtung der landwirtschaftlichen Betriebe, damit sie den Strukturwandel meistern können. Dabei gilt den Milchviehbetrieben und den Grünlandbereichen unser besonderes Augenmerk.

Leistungsfähige Erzeugerzusammenschlüsse sind eine wichtige Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Agrarprodukte. Wir werden weiterhin Erzeugerorganisationen, Verarbeitungs- und Vermarktungseinrichtungen fördern. Unsere Ernährungswirtschaft ist auf leistungsfähige Strukturen bei Vermarktung und Verarbeitung sowie ein positives Image heimischer Produkte angewiesen. Qualitätsorientierung und die Entwicklung innovativer Vermarktungsstrategien kommen dem Qualitätsbewusstsein der Verbraucherinnen und Verbraucher entgegen. Qualität hat ihren Preis. Darum setzen wir uns gegen Dumpingpreise bei Nahrungsmitteln ein und fördern die Vermarktung qualitativ hochwertiger niedersächsischer Agrarprodukte.

Es ist im Interesse von Landwirten und Verbrauchern, die Potentiale der Biotechnologie mit großem Verantwortungsbewusstsein weiterzuentwickeln und ethisch verantwortbare Nutzungen zuzulassen. Wir fördern die Forschung im Biotechnologiebereich und die Ansiedlung von Biotechnologieunternehmen als innovative Zukunftsbranche in Niedersachsen. Wir

setzen auf eine verstärkte Aufklärung der Verbraucher über Stand und Chancen von Biotechnik. Die Wahlfreiheit der Verbraucher wollen wir durch strikte Kennzeichnung gewährleisten.

Wir stärken den Schutz der Verbraucher vor gesundheitlichen Risiken und Täuschung bei Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs. Mit einem Aktionsplan „Sichere Lebensmittel aus Niedersachsen“ verbessern wir den gesundheitlichen Verbraucherschutz kontinuierlich weiter. Wir werden für eine stärkere Überwachung risikoreicher Betriebe sorgen und die Kontrollsysteme durch eine zentrale EDV-Erfassung lebensmittelrelevanter Daten verbessern. Maßnahmen zum Qualitätsmanagement bei allen zuständigen Behörden sowie die Überwachung artgerechter Haltingsbedingungen für Nutztiere tragen zur Lebensmittelsicherheit bei.

Transparenz ist ein bedeutender Faktor des Verbraucherschutzes. Wir werden im Internet ein „Ernährungsportal Niedersachsen“ aufbauen, in dem neben Fragen der Ernährung auch Informationen zur Lebensmittelsicherheit und zum Verbraucherschutz beantwortet werden. Zu einem modernen Verbraucherschutz zählt zudem die Vermittlung notwendiger Gesundheits- und Ernährungskompetenz, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Diese sollen auch in den Schulen stärker vermittelt werden.

Die Gewinnung von Bioenergie und die Produktion nachwachsender Rohstoffe sind Wachstumsmärkte, die neue Einkommensmöglichkeiten im ländlichen Raum schaffen. Gleichzeitig bietet der gezielte Anbau von Energie- und Rohstoffpflanzen erhebliche Chancen beim Klimaschutz. Jeder zehnte landwirtschaftlich genutzte Hektar wird Experten zufolge in den kommenden Jahren für den Anbau nachwachsender Rohstoffe genutzt. Wir unterstützen die Gewinnung erneuerbarer Energien durch gezielte Förderung innovativer Projekte und günstige Rahmenbedingungen. Denn wir wollen unsere Spitzenposition im Bereich der Bioenergie ausbauen. Um den Wirkungsgrad von Biogasanlagen zu erhöhen, setzen wir uns für die Direkteinspeisung von Biogas ins Erdgasnetz ein. Gemeinsam mit bestehenden Netzwerken, Hochschulen und Forschungseinrichtungen werden wir die Erforschung erneuerbarer Energien intensiv fortsetzen. Die Gewinnung von Biokraftstoffen der zweiten Generation für Ottomotoren und Dieselfahrzeuge werden wir vorantreiben.

Wir tragen dafür Sorge, konkurrierende Flächen-Nutzungsinteressen zwischen Nahrungsmittel- und Energieproduzenten für alle Seiten verträglich zu gestalten. Den zusätzlichen Flächenverbrauch, den die Bioenergie verursacht, werden wir strukturverträglich gestalten. Die Auswirkungen des zunehmenden Anbaus energieintensiver Pflanzen auf Ökologie und Landschaftsbild müssen beachtet werden.

Wir werden die Agrar- und Ernährungswissenschaften auch weiterhin unterstützen und fördern. Forschungsschwerpunkte der Zukunft sind u. a. die Biotechnologie und funktionelle Futtermittel. Unser Ziel ist, die Wettbewerbsfähigkeit der Agrar- und Ernährungswirtschaft auszubauen und den Wirtschaftsstandort Niedersachsen zu stärken.

In Niedersachsen gibt es etwa 1,2 Millionen Hektar Waldfläche. Davon sind fast 60 Prozent in privatem Eigentum. Bisher werden rund 30 Prozent des Zuwachses in diesen Wäldern trotz steigender Holznachfrage und Holzpreise nicht entnommen. Wir wollen deshalb die Holzreserven aus kleinen und mittleren Privatwäldern mobilisieren. Forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

Wir setzen auch in Zukunft auf eine naturnahe Waldwirtschaft (LÖWE – Langfristige ökologische Waldentwicklung) des Landeswaldes in Niedersachsen. Den Klimawandel müssen wir besonders berücksichtigen. Die Nutzung von Holz zur effektiven Energiegewinnung entwickeln wir weiter. Und wir tragen dafür Sorge, den Wald in seinem Bestand zu sichern. Privaten und kommunalen Waldbesitzern möchten wir eine wirtschaftlich nachhaltige Nutzung ermöglichen, ohne andere Nutzungen des Waldes, beispielsweise als Erholungsraum, zu beschränken.

Aus Respekt vor der Schöpfung treten wir für ein verantwortungsvolles Handeln gegenüber Tieren ein. Die artgerechte Haltung und der schonende Transport von Tieren ist für uns dabei ein wichtiges Anliegen. Tierversuche müssen soweit wie möglich begrenzt werden. Wir stehen für die konsequente Durchsetzung bestehender Tierschutzstandards und die empfindliche Bestrafung von Verstößen gegen das Tierschutzgesetz. Tierschutz ist eine grenzüberschreitende Aufgabe. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen in der Europäischen Union harmonisiert und international abgestimmt werden.

Im Sinne einer zeitgemäßen Tierseuchenbekämpfung wird künftig der Schwerpunkt noch stärker im Bereich der Prävention liegen. Von höchster Priorität sind die Optimierung der Betriebshygiene sowie der Schutz vor Erregereinschleppung.

## **Neue Arbeit**

Die deutliche Belegung des Arbeitsmarktes, die sinkende Arbeitslosenzahlen und der wirtschaftliche Aufschwung sind auch ein Ergebnis unserer Politik. Der derzeitige Aufschwung muss alle erreichen: ältere Arbeitnehmer, Jugendliche, die noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, und Langzeitarbeitslose. Jeder muss die Chance haben, vom wirtschaftlichen Aufschwung zu profitieren. Dazu werden wir unseren Beitrag leisten.

Mit dem Niedersächsischen Pakt für Ausbildung wollen wir jedem jungen Menschen eine faire Chance für eine berufliche Perspektive bieten. Wer ausbildungsfähig und ausbildungswillig ist, muss ein Ausbildungsangebot erhalten. Wir werden das duale System so weiterentwickeln, dass wir jeden Jugendlichen nach seinen Begabungen fördern können. Eine Arbeits- und Ausbildungsplatzbörse soll suchende Jugendliche und Unternehmen schneller zusammenbringen.

Betriebe, die von Migrantinnen und Migranten geführt werden, sind wichtige Arbeitgeber, die auch ausbilden können. Die Hemmnisse, die solche Unternehmer jedoch vor der Schaffung von Ausbildungsplätzen haben, werden wir mit einer Initiative für Betriebsinhaber mit Migrationshintergrund abbauen. Dafür setzen wir bei den Kammern und/oder kommunalen Verbänden auch spezielle „Ausbildungsplatzvermittler“ ein, die in diesen Betrieben für das duale System werben und Unterstützung anbieten.

Der Wettbewerb um die besten Köpfe lässt sich nur bestehen, wenn wir für Berufe der Zukunft ausbilden und qualifizieren. Im naturwissenschaftlich-technischen Bereich wollen wir zusätzliche Fachkräfte gewinnen und setzen dabei auch auf die Begeisterung von Frauen für diese Zukunftsbranchen.

Wir wollen eine Kultur des lebenslangen Lernens. Neben betrieblichen und verstärkten öffentlichen Angeboten bleibt die Fort- und Weiterbildung eine zentrale Aufgabe jedes Einzelnen. Nur so lässt sich die persönliche Qualifikation erhalten und verbessern.

Die demografische Entwicklung wird fundamentale Änderungen auch in der Arbeitswelt verursachen, auf die wir uns einstellen müssen. Der Altersdurchschnitt der Beschäftigten wird in den nächsten Jahren erheblich steigen. Wir wollen die Menschen frühzeitig auf ein längeres Erwerbsleben vorbereiten. Lebenslange und regelmäßige Fortbildung ist entscheidend, um mit modernen Entwicklungen Schritt halten zu können. Deshalb werden wir für mehr Fortbildungsbereitschaft bei Betrieben sowie Mitarbeitern werben. Gleichzeitig werden wir unterstützende Fort- und Weiterbildungsangebote an Universitäten, Fachhochschulen, Fachschulen und Volkshochschulen ausbauen.

Unser Ziel ist ein „Pakt für Qualifizierung“ in Niedersachsen, in dem alle Akteure ihre Aktivitäten bündeln, eine gemeinsame Kampagne planen und Ziele formulieren. Dazu gehört auch ein „Qualifizierungsgipfel für erfahrene Beschäftigte“, der die Hauptakteure Regionaldirektion der Arbeitsagentur, Kommunen, Unternehmerverbände, die Kammern und den Deutschen Gewerkschaftsbund zusammenbringt. So können wir beste-

hende Hemmnisse abbauen und neue Impulse zur besseren Nutzung der vorhandenen Angebote geben.

Nach dem Motto „Erfahrung kann man nicht studieren“ werden wir die ökonomischen Potentiale älterer Beschäftigter nutzen. Unternehmen müssen stärker erkennen, dass erfahrene Arbeitnehmer mit ihren Kompetenzen großen Nutzen für den Betrieb bringen. Gleichzeitig machen wir älteren Arbeitslosen Mut, sich bei Qualifikationsmaßnahmen, Fort- und Weiterbildung zu engagieren oder auch Ortswechselln als Chance zu begreifen.

Gemeinsam mit Unternehmen, Tarifpartnern und Beschäftigten starten wir eine Initiative „Arbeitsschutz plus“, die unter Aspekten des Arbeitsschutzes und der Gesundheitsförderung altersgerechte Arbeitsbedingungen forciert. Gleichzeitig gehört mehr Eigenverantwortung für die Gesundheit dazu. Wir suchen diesen Schulterschluss mit den Tarifpartnern, um gemeinsam und öffentlichkeitswirksam für innerbetriebliche Veränderungen zu werben.

Die arbeitsmarktpolitischen Programme in Niedersachsen werden wir stärker auf ältere Arbeitslose und Beschäftigte konzentrieren. Die Programme ergänzen wir mit zusätzlichen Qualifizierungselementen und längerer Förderdauer. Frauen sollen hier besonders berücksichtigt werden.

Die Behörden und Einrichtungen des Landes werden als „Vorreiter“ die Vorschläge zur Arbeitsmarktpolitik für Ältere umsetzen, um so ein Signal an andere Einrichtungen und Betriebe zu geben.

Wir haben den Niedersachsen-Kombi eingeführt. Wer arbeitslos ist und eine gering entlohnte sozialversicherungspflichtige Tätigkeit annimmt, erhält zusätzlich zum Arbeitslohn einen Zuschuss. Arbeitgeber, die zusätzliche Arbeitsplätze bereitstellen, erhalten ebenfalls einen Zuschuss. So werden wir den sich verändernden Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt begegnen. Regelungen von Entgelten und sonstigen Arbeitsbedingungen müssen ortsüblich sein bzw. den Tarifverträgen in den jeweiligen Branchen entsprechen.

Die Belegung auf dem Arbeitsmarkt bietet auch Langzeitarbeitslosen neue Chancen. Da dennoch nicht jeder sofort ein Angebot auf dem ersten Arbeitsmarkt erhält, werden wir mit der Bürgerarbeit im gemeinnützigen Sektor eine weitere Perspektive eröffnen. Zunächst soll in mehreren Modellkommunen jedem Langzeitarbeitslosen ein Beschäftigungsangebot unterbreitet werden. Neben den bereits bestehenden Stufen der Arbeitsmarktpolitik (Erstgespräch, Profiling, Qualifizierung etc.) wird Bür-

gerarbeit im Rahmen einer gemeinnützigen, zusätzlichen sowie sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung für Langzeitarbeitslose angeboten.

Wir wollen beim Arbeitslosengeld II (ALG II) das Prinzip „Leistung und Gegenleistung“ stärker betonen. Wir erwarten von allen arbeitsfähigen ALG II-Empfängerinnen und Empfängern, dass sie eine Arbeit im öffentlichen Interesse übernehmen. Die Inanspruchnahme von Leistungen nach Sozialgesetzbuches II (SGB II) kann kein Dauerzustand sein, sondern ist eine Brücke zu einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung.

Die konsequente Umsetzung der Aktivierungsmöglichkeiten des SGB II kann zu einer weiteren Senkung der Langzeitarbeitslosigkeit führen. Das SGB II bietet heute schon Instrumente, um die Arbeitsfähigkeit von Langzeitarbeitslosen bzw. arbeitslos gemeldeten ALG II-Empfängern umfassend überprüfen zu können. Es unterstützt eine Vermittlung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Wir wollen daher unter Stärkung der Kommunen vor Ort die Betreuung der Langzeitarbeitslosen weiter intensivieren und die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Bundesagentur für Arbeit optimieren. Ziel ist es, die umfassende Überprüfung der Arbeitsbereitschaft und die Durchsetzung der Mitwirkungspflicht Arbeitssuchender zu gewährleisten.

## Niedersachsen pulsiert – dank guter Infrastruktur

Mobilität ist Ausdruck persönlicher Freiheit sowie Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum. Niedersachsen ist Drehscheibe für internationale Handels- und Verkehrsströme und profitiert vom zunehmenden internationalen Warenumsatz. Daraus ergeben sich zusätzliche Chancen für unser Land, sich als internationaler Logistikstandort dauerhaft zu etablieren. Im Standortwettbewerb und für die wachsende Mobilität der Menschen spielt die Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur eine bedeutende Rolle. Vom See- und vom Flughafen auf Schiene und Straße - die Anbindung aller Wirtschaftsräume des Nordens über Häfen, Bundesfernstraßen und Bundesautobahnen, regionale Straßennetze, Schienennetz, Wasserstraßen und Flughäfen ist ein wichtiger Schlüssel für die Entwicklung Niedersachsens.

### Gemeinsam haben wir in den vergangenen fünf Jahren viel erreicht:

- Wir haben das Großprojekt „Jade-Weser-Port“ als wichtigstes Infrastrukturprojekt Niedersachsen auf den Weg gebracht und damit den Grundstein für die Schaffung tausender neuer Arbeitsplätze gelegt.
- Auf Betreiben der CDU-geführten Landesregierung wurde die Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG gegründet, die die Aufgaben der früheren Häfen- und Schifffahrtsverwaltung bündelt. Sie unterhält mit modernem Management die Hafeninfrastrukturen und überlässt sie der Hafenvirtschaft zur Nutzung gegen Entgelt.
- Wir haben uns in den vergangenen Jahren für einen konsequenten Ausbau des Verkehrsnetzes bei gleichzeitiger Beachtung des Umweltschutzes eingesetzt und die Planung zentraler Verkehrsprojekte vorangetrieben. Insgesamt wurden Investitionen in Höhe von 500 Millionen Euro pro Jahr in Bundesstraßen und Autobahnen getätigt. Die Emslandautobahn A 31 wurde in Rekordzeit fertig gestellt; die Planungen für die Küstenautobahn A22 vorangebracht und die Linienplanung für die wichtige Weiterführung Wolfsburg-Lüneburg (A39) abgeschlossen.
- Nachdem die Vorgängerregierung den Radwegebau des Landes Niedersachsen eingestellt hatte, haben wir seit dem Regierungswechsel rund 27 Millionen Euro zur Verfügung gestellt und so neue Radwegebaumaßnahmen ermöglicht.
- Durch den Verzicht auf die bislang notwendige Schaffung von Ausgleichsflächen für Radweg-Trassen haben wir in vielen Fällen den Radwegneubau erheblich erleichtert und vorangetrieben.
- Das von uns eingeführte „Begleitete Fahren mit 17“ ist ein Erfolgsmodell, das inzwischen von fast allen Bundesländern übernommen wurde.

- Mit dem Programm „Niedersachsen ist am Zug“ hat die Landesregierung viel für den Ausbau und die Modernisierung der Niedersächsischen Bahnhöfe getan. Sie sind moderner, sicherer, komfortabler und serviceorientierter geworden.
- Mit dem neuen Niedersächsischen Nahverkehrsgesetz sichert die CDU geführte Landesregierung das hohe Niveau des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) auf Schienen und Straßen. Die kommunalen Aufgabenträger sind damit in der Lage, positive Impulse für ein qualitativ hochwertiges ÖPNV-Gesamtsystem in Niedersachsen zu setzen. Ihnen stehen durch die jährliche Pauschalförderung rund 21,5 Millionen Euro zur Verfügung.

## **Gemeinsam werden wir auch in Zukunft unser Land bewegen:**

### **Bahnverkehr**

Das tragische Unglück auf der Versuchsstrecke im Emsland stellt uns vor die Aufgabe, die Sicherheit so zu optimieren, dass menschliches Versagen ausgeschlossen werden kann. Die Magnetschwebetechnik sehen wir nach wie vor als Lösung für schnellste Verkehrsverbindungen an. Deswegen setzen wir uns weiterhin für eine Transrapidstrecke in Niedersachsen als Referenzstrecke für innovative Verkehrstechnik ein. Die Transrapid-Teststrecke im Emsland bleibt mit einem Sicherheitskonzept auf technisch neuestem Stand als Forschungsstelle erhalten.

Um den starken Zuwachs des Güterverkehrs, insbesondere auch aus und zu den niedersächsischen Häfen, bewältigen zu können, muss das Bahnnetz in Niedersachsen, stärker als bisher geplant, erweitert werden.

Die wichtige Schienentrasse Hannover – Hamburg – Bremen - Hannover (Y-Trasse) ist notwendig, um die insbesondere für den Güterverkehr benötigte Zugverbindung rasch zu realisieren. Unsere Seehäfen, allen voran der Jade-Weser-Port, machen die Y-Trasse als leistungsfähige Schienenverbindung unverzichtbar. Zudem wird so die Fahrtzeit im Personenverkehr auf der Strecke Hamburg – Hannover kürzer. Ferner ist bei der Realisierung der Y-Trasse eine geeignete Anbindung des ländlichen Raumes zu berücksichtigen. Außerdem wollen wir den Zugstreckenausbau der so genannten „Amerika-Linie“ Wilhelmshaven – Oldenburg – Bremen – Langwedel – Uelzen – Berlin sowie eine bessere Anbindung zum Ruhrgebiet über Oldenburg und Osnabrück. Die Strecke Amsterdam – Rheine – Osnabrück – Hannover – Berlin soll aufgewertet werden.

Wir setzen uns für den weiteren Ausbau privater Angebote im Bereich des Schienenverkehrs ein. Unsere Erfahrungen mit dem Metronom und der Nord-West-Bahn haben gezeigt, dass die Privatisierung von Strecken im

Regionalverkehr ein Erfolgsmodell ist. Vor allem viele Pendler profitieren von diesen Angeboten.

## **Straßen**

Wir verbessern unsere Verkehrsinfrastruktur weiter. Im Bereich der Bundesfernstraßen setzen wir uns beim Bund für die zentralen Straßenprojekte in Niedersachsen ein: Die Küstenautobahn A 22, die auch für die Erschließung des Jade-Weser-Ports von großer Bedeutung ist, soll zügig geplant und gebaut werden. Sie ist als Magistrale Stockholm - Norddeutschland - Amsterdam ein Verkehrsprojekt mit europäischer Dimension. Wir werden die wichtigen Autobahnprojekte der A 39 zwischen Lüneburg und Wolfsburg und den Lückenschluss der A 33 bei Osnabrück mit Nachdruck vorantreiben. Dem durchgehend sechsspurigen Ausbau der A7 und der A1 zwischen Osnabrück und Hamburg, der A 21 Kiel – Winsen (Luhe), der A26 von Stade nach Hamburg sowie dem Projekt A 39 geben wir hohe Priorität. Wir setzen uns für einen zügigen, vierspurigen Ausbau der Europastraße E 233 von den Niederlanden über Meppen, Cloppenburg bis zum Anschluss an die A 1 als Verkehrsachse von Holland in Richtung Bremen ein. Für die damit besser erschlossenen Regionen erwarten wir zusätzliche wirtschaftliche Dynamik.

Um Staus in Stoßzeiten zu vermeiden, prüfen wir die Ausweitung der flexiblen Freigabe des Seitenstreifens auf Autobahnen. Die kurzfristige Freigabe kann ein bedarfsgerechtes Reagieren auf besonders hohes Verkehrsaufkommen ermöglichen und helfen, Staus zu vermeiden oder zügig aufzulösen.

Die Bundesstraßen erfüllen ebenfalls eine wichtige Verbindungsfunktion. Für den Bau und den Unterhalt der großen Verkehrswege brauchen wir zusätzliche Mittel. Beim Bund werden wir uns für eine bedarfsgerechte Berücksichtigung Niedersachsens bei der Zuteilung der Bundesmittel für die wichtigen Bundesstraßenprojekte einsetzen. Wir wollen eine Vorrangstellung für unsere notwendigen Bundesstraßenprojekte im Bundesverkehrswegeplan.

Angesichts des hohen Investitionsbedarfs bei den Verkehrswegen, insbesondere beim Straßenbau, werden wir die vorhandenen Möglichkeiten der projektbezogenen privaten Finanzierung (Öffentlich Private Partnerschaft - ÖPP) und die Zusammenarbeit mit den Kommunen als Straßenbaulastträgern intensiver nutzen.

Wir werden unser Landesstraßennetz als wichtige Verbindungen zwischen den Hauptverkehrsadern in Niedersachsen weiter verbessern. Insbesondere die Fläche Niedersachsens ist auf einen guten Ausbauzustand der Landesstraßen angewiesen.

Den Ausbau des Radwegenetzes an den Landestraßen in Niedersachsen werden wir weiter vorantreiben. Hierzu werden wir auch in der nächsten Legislaturperiode wieder ein Radwegebauprogramm des Landes auf den Weg bringen.

## **Häfen**

Unsere Häfen profitieren von der Globalisierung des Welthandels. Mit ihnen entstehen zukunftsfähige Arbeitsplätze nicht nur in den Küstenregionen. Der Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven ist das größte Zukunftsprojekt der Länder Niedersachsen und Bremen. Dieser wird neue Impulse für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt im Nordwesten des Landes bringen. Wir stellen dieses Großhafenprojekt bis 2010 zügig fertig. Unser Tiefwasserhafen soll im internationalen Wettbewerb der Containerhäfen eine Spitzenposition einnehmen.

Die landeseigenen Häfen repräsentieren die zweitstärkste Hafengruppe Deutschlands. Wir streben eine Vernetzung unserer See- und Binnenhäfen, auch der kommunalen Häfen in Niedersachsen, mit Nachdruck an. Nur im Verbund werden wir die Chancen der Globalisierung als Logistikkette mit leistungsfähiger Infrastruktur nutzen können.

Wir werden die Norderweiterung des Seehafens in Brake mit Nachdruck vorantreiben, um die Abfertigung größerer Umschlagmengen zu ermöglichen. Wir setzen uns für den Bau eines vierten Liegeplatzes in östlicher Anbindung an den Europakai im Cuxport in Cuxhaven ein. In Stade-Bützfleth forcieren wir den Ausbau des Nordwest-Kais. Für den Umschlag von Importkohle in Wilhelmshaven werden wir die Niedersachsenbrücke umbauen. In Emden ist die Errichtung eines weiteren Liegeplatzes für den Umschlag von Kraftfahrzeugen vorgesehen.

## **Wasserwege**

Wir setzen uns für die verkehrliche Hinterlandanbindung der Häfen ein. So stellen wir einen reibungslosen Übergang von der See auf Straße und Schiene sicher.

Wir machen uns stark für einen weiteren Ausbau unserer wichtigen Wasserstraßen und prüfen die Finanzierung neuer Projekte in der Binnenschifffahrt auf Flüssen und Kanälen. Die Vertiefung der Fahrrinnen von Ems und Weser unter zwingender Gewährleistung der Deichsicherheit und ökologischer Belange werden wir vorantreiben.

Die Nordstrecke des Dortmund-Ems-Kanals zwischen Lingen und Rheine muss zügig ausgebaut werden. Die Strecke soll als wichtige Verbindung aus dem Ruhrgebiet nach Niedersachsen auch für große Frachtbinnenschiffe befahrbar sein. Die Sanierung der Schleusen am Dortmund-Ems-

Kanal ist dafür Voraussetzung. Den Ausbau der Mittelweser von Bremen bis Minden und die damit verbundenen Schleusen Anpassungen werden wir mit Nachdruck verfolgen und vorantreiben. Auf Dauer müssen auch ein Ausbau der Anbindung Osnabrücks über den Mittellandkanal und ein Ausbau des Küstenkanals von Oldenburg bis Dörpen erfolgen.

Für eine Verbesserung der Wasserstraßenverbindung zwischen der Elbe und dem Mittellandkanal ist auch die Anpassung des Schiffshebewerkes in Scharnebeck bei Lüneburg erforderlich.

Gegen die geplante Vertiefung der Elbe haben wir aus Gründen der Deichsicherheit sowie der Folgen für Natur und Landschaft schwerwiegende Bedenken. Ohne verlässliche Bewertung früherer Elbvertiefungsmaßnahmen und Ausräumung aller berechtigten Einwände kann das Land kein Einvernehmen zur Vertiefung der Elbe herstellen.

## **Flugverkehr**

Zu unserem leistungsfähigen Verkehrssystem gehören der Flughafen Hannover und die außerhalb Niedersachsens gelegenen Flughäfen Münster/Osnabrück in Greven (Nordrhein-Westfalen), Bremen und Hamburg. Sie sind wichtig wegen der internationalen Ausrichtung, aber auch als Regionalflughäfen. Für uns steht die intelligente Vernetzung der Verkehrssysteme unter Beachtung der jeweiligen Stärken der Verkehrsträger im Vordergrund. Die Frage der Umweltbedingungen hat wachsende Bedeutung, ebenso wie ein effektiver Lärmschutz, für den wir uns verstärkt einsetzen werden. Wir wollen, dass unsere Infrastruktur auch zukünftig national und international wettbewerbsfähig bleibt. In diesem Zusammenhang werden wir uns für direkte transatlantische Verbindung zwischen unseren Flughäfen und den Airports in Übersee einsetzen.

Für die Entwicklung des Flugverkehrs ist die Verlängerung der Startbahn des Forschungsflughafens in Braunschweig von großer Bedeutung. Den Forschungsflugbetrieb werden wir auch künftigen Generationen von Flugzeugen ermöglichen und die Forschungskompetenzen in Braunschweig ausweiten. Langfristig können wir so die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Flughafens Braunschweig/Wolfsburg als Forschungsstandort steigern. Insbesondere der Bereich der Satellitennavigation im Rahmen des europäischen Projekts GALILEO bietet dafür hervorragende Chancen.

Wir werden den Auf- und Ausbau eines Kompetenzzentrums für numerische Flugphysikalische Simulation am Forschungsflughafen Braunschweig unterstützen. Im Rahmen des CASE-Projektes (Center for Computer Applications in AeroSpace Science and Engineering), das das Land gemeinsam mit Airbus und dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt

(DLR) für die Entwicklung von Hochpräzisions-Flugsimulation angeschoben hat, ist dafür ein wichtiger Schritt. Wir werden dafür sorgen, dass Niedersachsen Vorreiter bei Flugsimulation in Spitzentechnologie wird.

### **Öffentlicher Personennahverkehr**

Wir werden den Niedersachsen auch in Zukunft einen leistungsfähigen und effizienten Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) bieten. Über 2009 hinaus setzen wir uns für eine solide Finanzausstattung des ÖPNV ein. Und wir stehen für den Erhalt des schienengebundenen Personennahverkehrs in der Fläche ein. Nach Bedarf soll er weiterentwickelt werden. Dazu fordern wir eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel des Bundes. Mit einer Verpflichtungsermächtigung über 30 Millionen Euro für die Jahre 2008 und 2009 aus Mitteln des Landes kompensieren wir im Rahmen der haushaltspolitischen Möglichkeiten die deutlich gekürzten Regionalisierungsmittel des Bundes, ohne ihn aus der Verantwortung zu entlassen.

So geben wir Nahverkehrsunternehmen kurzfristig eine höhere Planungssicherheit. Wichtige Verkehrsverbindungen für Busse und Bahnen können so aufrechterhalten werden.

## Mit neuer Energie - für Umwelt- und Klimaschutz

Die Bewahrung der Schöpfung ist zentrales Ziel christlich demokratischer Politik. Wir wollen unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte Welt erhalten. Wir stehen für den sorgsamsten Umgang mit begrenzten Ressourcen. Nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik sind für uns keine Schlagworte. Die Optimierung der Energiedienstleistungen, das Einsparen von Energie, die Erhöhung der Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien sind tragende Säulen unserer Politik für den Klimaschutz. Für die Folgen des zu erwartenden Klimawandels müssen wir uns rüsten und in den Deich- und Küstenschutz investieren. Ein zukunftsorientierter Umwelt- und Klimaschutz schafft zudem neue Chancen für die Wirtschaft.

### Gemeinsam haben wir in den vergangenen fünf Jahren viel erreicht:

- Die Landesregierung hat im Jahr 2006 einen Nachhaltigkeitsbericht mit dem Titel "Umweltgerechter Wohlstand für Generationen" vorgelegt. Die CDU in Niedersachsen verfolgt eine umfassende Nachhaltigkeitsstrategie, die Ökologie, Ökonomie sowie auch Öffentliche Finanzen und Soziales umfasst. So wird eine Rahmenvereinbarung zur „Niedersachsen-Allianz für Nachhaltigkeit“ zusammen mit den Organisationen der niedersächsischen Wirtschaft erarbeitet. Sie knüpft an die Erfolge der bisher fünf Regierungskommissionen an und behandelt hauptsächlich Themen des Umwelt- und Klimaschutzes.
- Wir haben den „Nationalpark Harz“ in Niedersachsen mit dem „Nationalpark Hochharz“ in Sachsen-Anhalt im neuen „Nationalpark Harz“ zusammengeführt und damit den ersten Landesgrenzen überschreitenden Nationalpark Deutschlands geschaffen.
- Mit der Novelle des Niedersächsischen Wassergesetzes haben wir den Bürokratieabbau und die Modernisierung der Wasserwirtschaft vorangetrieben und die Wasserverbände gestärkt.
- Im Umweltschutz werden nun mehr Entscheidungen vor Ort und damit bürgernäher getroffen. Die Landkreise und Städte nehmen in Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips nun viele Aufgaben wahr, die zuvor beim Land angesiedelt waren (z.B. Ausweisung von Wasserschutz-, Überschwemmungs- und Naturschutzgebieten bei Sicherung von Natura 2000-Gebieten ab 2008).
- Niedersachsen ist innerhalb Deutschlands Spitzenreiter bei den Erneuerbaren Energien.
- Mit rund 5.300 Megawatt installierter Leistung hat die Windkraft einen beachtlichen Anteil an der niedersächsischen Energieerzeugung. Der

Interessenausgleich ist uns wichtig. Daher haben wir die Rechte der Anwohner von Windenergieanlagen und haben ihre Rechte gestärkt.

- Wir haben die Planungen für den Norderney-Leitungskorridor mit acht Offshore-Windparkprojekten vorangetrieben und damit Investitionen in Höhe von rund sechs Milliarden Euro für rund 3000 Megawatt Windenergie-Leistung ermöglicht. Dadurch werden Unternehmen an der Küste gestärkt und neben Strom aus erneuerbaren Energiequellen auch neue Arbeitsplätze geschaffen.
- Seit 2004 wurden in Niedersachsen Biogasanlagen, Biomassekraftwerke und Biomasseheizungen mit einem Investitionsvolumen von rund 1 Mrd. Euro errichtet. Zum Jahresende 2007 werden in Niedersachsen etwa 700 Biogasanlagen mit einer elektrischen Leistung von mindestens 300 MW in Betrieb sein. Bis 2010 könnten etwa weitere 400 Anlagen dazukommen. Mit 37,6 Prozent der in Deutschland beim Biogas installierten elektrischen Leistung ist Niedersachsen Spitzenreiter beim Biogas in Deutschland und Europa.
- Die Landesregierung hat im Jahr 2007 im Rahmen des Innovationsförderprogramms ca. 8,1 Millionen Euro für die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben auf den Gebieten erneuerbare Energien, neue Technologien zur Energiegewinnung, Energieeffizienz und Energieeinsparung bereit gestellt.
- Die Brennstoffzellentechnologie ist eine Schlüsseltechnologie. Daher haben wir im April 2004 die „Landesinitiative Brennstoffzelle“ gestartet. Rund 18 Millionen Euro stellen die Landesregierung (9,5 Millionen Euro) und die Wirtschaft (8,5 Millionen Euro) in einem Entwicklungsverbund Brennstoffzellen Niedersachsen (1,2 Millionen Euro) und für Forschungs- und Entwicklungsprojekte (16,8 Millionen Euro) zur Verfügung. Erst kürzlich wurde die Fortsetzung der Landesinitiative unter Einsatz von weiteren 6,5 Millionen Euro auf weitere zwei Jahre vom Landeskabinett beschlossen.
- In den Bereichen Klimaschutz und erneuerbare Energien haben wir Forschungsverbände und -projekte auf den Weg gebracht: Forschungsverbund Klimafolgenforschung, Forschungsverbund Windenergie (ForWind), Forschungsverbund Energie Niedersachsen, Energieforschungszentrum Niedersachsen (EFZN) und das Geothermieforum Niedersachsen.
- Über das Agrarinvestitionsförderprogramm werden landwirtschaftliche Betriebe bei Investitionen im Bereich der Energieeinsparung und -umstellung unterstützt.

- Um den Küsten-, Insel- und Hochwasserschutz zu stärken und die Deichsicherheit zu erhöhen, haben wir das Niedersächsische Deichgesetz geändert und den notwendigen Küsten- und Hochwasserschutz im Binnenland durch Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von über 200 Millionen Euro gesichert.
- Für eine zusätzliche Verbesserung des Küstenschutzes haben wir im Jahr 2007 weitere 2,75 Millionen Euro für den Küstenschutz auf den ostfriesischen Inseln in den Haushalt eingestellt. Diese Mittel fließen in Sofort-Maßnahmen, mit denen die Schäden der Herbst- und Frühjahrsstürme 2006/2007 an den niedersächsischen Küsten reguliert werden. Insbesondere die Inseln Norderney, Juist, Wangerooge und Langeoog werden davon profitieren.
- 2007 haben wir den Generalplan Küstenschutz veröffentlicht. Damit haben wir nachdrücklich die Grundlagen für den Investitionsbedarf und die Prioritäten im Küstenschutz festgelegt. Er zeigt auf, in welchen Bereichen die Deiche, Sperrwerke und sonstige Küstenschutzanlagen nicht den Anforderungen der zu erwartenden Sturmfluten entsprechen.
- Zu einem umfassenden Hochwasserschutz gehört auch die Ausweisung von Überflutungsgebieten. Mit dem im Jahr 2007 novellierten Niedersächsischen Wassergesetz haben wir die Ausweisung dieser Gebiete in Absprache mit den Kommunen gesichert.

### **Gemeinsam werden wir auch in Zukunft unser Land bewegen:**

#### **Umwelt- und Naturschutz**

Nur wer die Natur kennt, kann sie lieben und bewahren. Wir setzen auf Umweltbildung und streben eine intensivere Vernetzung der Umwelteinrichtungen vor Ort an. Wir werden neue Lehrprogramme im Bereich Biologie, Umwelt und Naturschutz gestalten und für alle Grundschulen verbindlich machen. Wir werden die „Nachhaltigen Schülerfirmen Niedersachsen“ weiter stärken und regionale Umweltzentren im Bereich der Umweltbildung ausbauen. Am Projekt „Klimaschule Deutschland“ beteiligen wir uns umfassend.

Das Gebiet des Landesprogramms „Natur erleben“ weiten wir aus. Gemeinsam mit privaten Trägern, mit Vereinen und Kommunen unterstützen wir bereits heute vielfältige Vorhaben von Naturerfahrungsstätten bis hin zu Erlebnis- und Naturlehrpfaden. Derzeit erstreckt sich das Gebiet vom Dollart über die küstennahen Landkreise, weiter entlang der Elbe („Grünes Band“) über den Harz bis in den Landkreis Göttingen. Wir wollen alle niedersächsischen Naturparks, beispielsweise den in Niedersachsen

ersten internationalen Naturpark „Bourtanger Moor“, in dieses Projekt einbeziehen.

Mit dem künftigen Naturpark Lüneburger Heide, dem UNESCO-Biosphärenreservat Niedersächsisches Wattenmeer und dem Biosphärenreservat Niedersächsische Elbtalau werden wir Modellregionen zum Aufbau von Infrastrukturen für nachhaltige Entwicklung schaffen. Im Mittelpunkt steht für uns die Förderung naturnaher Tourismusangebote. Sie sind ein wichtiger Faktor nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung. Zur Finanzierung wollen wir in der kommenden Förderperiode EU-Mittel in Höhe von rund 40 Millionen Euro einsetzen.

Wir setzen die Europäische Wasserrahmenrichtlinie zum Schutz des Grundwassers und der Oberflächengewässer bis 2015 um. Bei der Aufstellung der Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme werden wir uns an den Ausgleich zwischen den Nutzinteressen der betroffenen Flächen und den Zielen der Wasserrahmenrichtlinie bemühen. Trinkwasser ist lebenswichtig. Wir machen die Wasserversorgung zu einem zentralen Thema der Umweltgestaltung. Wir werden deswegen Wassersparprogramme auflegen und eine Grundwasser schonende Landnutzung fördern.

Wir wollen Programme wie das Modellprojekt „Umnutzung landwirtschaftlicher Altgebäude und Hofflächen“ für den ländlichen Raum ausbauen. Und wir unterstützen Kommunen, wenn sie der Entwicklung ihrer Ortskerne Vorrang vor einer Ausweisung von Neubaugebieten geben. Dies reduziert den Flächenverbrauch.

Bei der Europäischen Union setzen wir uns für eine Novellierung der zum Teil veralteten Richtlinien bei Flora-Fauna-Habitat (FFH) und Vogelschutz ein. Sie sollen aktuellen Entwicklungen im Naturschutz angeglichen werden. Für alle Natura-2000-Gebiete wollen wir die Schaffung einheitlicher Bewertungsmaßstäbe, um Bürokratie abzubauen und Vorschriften zu vereinfachen.

Die anerkannten Naturschutzverbände sind Partner des Landes im Natur- und Umweltschutz. Sie leisten, auf gesetzlicher Grundlage, flächendeckend einen wichtigen Beitrag zum Schutz, zur Erhaltung, Pflege und Wiederherstellung von Natur, Umwelt und Landschaft.

Wir haben vor, einen niedersächsischen Umwelt- und Naturschutztag ins Leben zu rufen. So werden wir die vielfältigen Leistungen der Niedersachsen im Bereich des Naturschutzes würdigen und auszeichnen.

## Energie

Unser Land Niedersachsen hat aufgrund seiner Lage nationale Bedeutung für Erzeugung und Transport von Energie. Hinsichtlich der Stromübertragungstechnik benötigen wir den Einstieg in neue Technologien. Beim Bau von Höchstspannungsleitungen ziehen wir grundsätzlich die Erdverkabelung vor. An ihrer Erprobung haben wir besonderes Interesse. Wir engagieren uns daher für modellhafte Forschungs- und Pilotprojekte.

Wir setzen auf einen technologieoffenen und vernünftigen Energiemix. Eine ideologisch motivierte Bevorzugung einzelner Energieträger lehnen wir ab. Deshalb machen wir uns für ein nationales Energiekonzept stark, das den Zielen Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit gleichermaßen Rechnung trägt.

Neben dem Erhalt bestehender Kraftwerke unterstützen wir die Ansiedlung von Kraftwerken unterschiedlicher Technologien. Wir werben auch um die Ansiedlung von neuen, hocheffizienten und umweltfreundlicheren Kohlekraftwerken, die ältere Anlagen in Deutschland ersetzen können. Als ressortübergreifende Aufgabe fördern wir hierfür die Forschung und Entwicklung der Abscheidung sowie der Deponierung und Endlagerung von Kohlenstoffdioxid. Wir unterstützen den Einsatz neuer Technologien zur dezentralen Energiegewinnung.

Wir werden den Bau von Offshore-Windparks in der Nordsee nutzen, um die Stellung Niedersachsens als Windenergieland auszubauen. An Land ist das so genannte Repowering, also der Ersatz älterer Windenergieanlagen durch neue leistungsfähigere, wesentlicher Faktor für die intensivere Gewinnung von Windenergie. Auf die Sicherheit des Seeverkehrs in der Nähe von Offshore-Anlagen achten wir dabei genauso wie auf die Vereinbarkeit und Verträglichkeit von Windenergieanlagen mit Siedlungsstrukturen und Landschaftsschutz.

Wir setzen uns dafür ein, ein Wellenkraftwerk an unserer Niedersächsischen Nordseeküste zu realisieren.

Niedersachsen bietet vielfältige Ressourcen zur Biomassenutzung, die wir als wichtigen Baustein zur Gewinnung erneuerbarer Energien fördern, insbesondere wenn ein Wärmenutzungskonzept vorliegt oder das Biogas direkt Erdgas als Energieträger ersetzt (z.B. Biogastankstelle).

Die Potentiale der Geothermie werden wir in Modellprojekten auch in Zukunft untersuchen. In einer Studienreihe Geothermie werden wir die Möglichkeiten der Energieerzeugung aus Erdwärme und deren praktischer Umsetzung weiter erkunden.

Die Nutzung der Solarenergie werden wir ebenfalls weiter stärken. Auf Dächern landeseigener Gebäude wollen wir, beispielsweise in Zusammenarbeit mit privaten Investoren, Solaranlagen installieren.

Wir unterstützen unsere Energieversorger bei der Einführung eines dezentralen Energie-Management-Systems. Hierdurch wird die Effizienz eingesetzter Ressourcen mit Hilfe vorhandener Kommunikationstechniken erheblich gesteigert.

Gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft haben wir vor, Modellprojekte zu initiieren, um ausgewählte größere Wohnanlagen energetisch zu sanieren. Dazu werden wir bereits in den Haushalt 2008 fünf Millionen Euro einstellen, damit diese Projekte Anstoß geben für weitere Maßnahmen im Land. Ergebnisse und Erfahrungen werden wir veröffentlichen.

Auf dem Weg zum vermehrten und wirtschaftlichen Einsatz regenerativer Energieträger setzen wir auf die Nutzung der Kernenergie als notwendige Übergangstechnologie. Sie leistet auch einen Beitrag zur Begrenzung des Ausstoßes von Kohlenstoffdioxid. Wir unterstützen Initiativen von Hochschulen und anderen Institutionen, die das kerntechnische Know-how erhalten und fortentwickeln. Dabei bleibt unser Ziel die Gewinnung von Strom aus Kernenergie auf der Basis der hohen deutschen Sicherheitsstandards zu gewährleisten.

Wir sind verpflichtet, Lösungen zur Endlagerung radioaktiver Abfälle zu finden. Die Endlagerung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, die gemeinsam gelöst werden muss. Weil der Ausbau von Schacht Konrad zum Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle jetzt gerichtsfest ist, muss mit den vorbereitenden Arbeiten zum Ausbau eines sicheren Lagers zügig begonnen werden. Wir setzen uns gleichzeitig für einen angemessenen Interessensausgleich für die Standortgemeinden um das Endlager ein. Bei der Schließung des Schachtes Asse II hat die höchstmögliche Sicherheit der Bevölkerung für uns absoluten Vorrang. Dabei müssen alle sicherheitsrelevanten Aspekte und die erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden, um den radioaktiven Abfall von der Biosphäre so abzuschließen, dass Schädigungen für Menschen und Umwelt auf Dauer ausgeschlossen sind.

Wir sprechen uns für die Aufhebung des Moratoriums zur ergebnisoffenen Erkundung des Salzstockes Gorleben aus. Ziel der Erkundung soll eine klare und wissenschaftlich untermauerte Aussage zur Eignung oder Nichteignung als Endlager für hochradioaktive Abfälle sein. Bei einer Eignung des Standortes würde unser Land für Deutschland die Lasten der Endlagerung übernehmen. Für die Übernahme dieser nationalen Verantwortung wollen wir einen gerechten Ausgleich. Zur finanziellen Absiche-

rung drängen wir deshalb auf eine verbindliche Vereinbarung zwischen Bund, Ländern und den Energieversorgern.

Die Energieversorgung muss sicher sein. Eine solide Netzstabilität ist unerlässlich. Für die Verbraucher und für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen ist zudem echte Preisstabilität von hoher Bedeutung. Energie muss zuverlässig und bezahlbar sein. Leistungsfähige Stadtwerke und regionale niedersächsische Unternehmen sind hierfür eine wichtige Voraussetzung. Wichtig für uns ist, dass sie in das kommunale Umfeld und das Selbstverständnis der Städte und Gemeinden eingebettet sind. Wettbewerb im Energiebereich gibt es nur mit vielen Unternehmen.

Von der Energieversorgung hängen in Niedersachsen zahlreiche Arbeitsplätze ab. Im Rahmen von Technologieinitiativen in Forschung, Bildung und Ausbildung und durch Innovationsanstrengungen sorgen wir dafür, den technologischen Vorsprung Niedersachsens bei konventionellen und regenerativen Energieträgern auszubauen, und Arbeitsplätze im Energiebereich zu sichern.

## **Klimaschutz**

Wir werden in Niedersachsen einen Beitrag zum Klimaschutz leisten und die Folgen des Klimawandels abmildern. Wir bauen den Anteil der Erneuerbaren Energien aus. Ihren Anteil am Gesamtenergieverbrauch in Niedersachsen wollen wir bis 2020 auf 25 Prozent erhöhen. Zudem werden wir ein „Klimaschutzkonzept Niedersachsen“ erarbeiten, in dem wir ehrgeizige Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen um zwei bis drei Millionen Tonnen jährlich formulieren. Unsere Schwerpunkte konzentrieren sich auf Gebäudesanierung, Energieeffizienz und Energieeinsparung, umweltfreundliche Mobilität, Ausbau erneuerbarer Energien sowie Kraft-Wärme-Kopplung. Wir werden gleichzeitig die Klimafolgenforschung für Niedersachsen fördern.

Bestandteil des Klimaschutzkonzeptes wird ein „Umweltpakt mit der Wirtschaft“ sein. In vielen Bereichen des Klimaschutzes können und wollen wir auf der Basis freiwilliger Vereinbarungen eine deutliche Verminderung von Treibhausgasen erreichen. Dazu wird auch eine Vereinbarung mit der Automobilindustrie gehören. Ziel muss es sein, endlich ein Drei-Liter-Auto am Markt zu etablieren. Wir setzen uns für eine Änderung der Kfz-Steuer ein, die sich an den Schadstoffemissionen und damit am Verursacherprinzip orientiert.

Wir sind für eine vermehrte Verwendung des natürlichen Bau- und Werkstoffes Holz. Im Vergleich zu allen Konkurrenzprodukten hat Holz die beste Energie- und CO<sub>2</sub>-Bilanz.

Das Land Niedersachsen soll auch im Hinblick auf die Mobilität eine Vorreiterrolle spielen. Wir setzen uns dafür ein, dass auch in der öffentlichen Verwaltung des Landes Dienstfahrzeuge mit alternativen Antriebsarten bzw. sehr geringem CO<sub>2</sub>-Ausstoss genutzt werden. Dies ist gleichzeitig ein weiterer Beitrag zur Profilierung des Innovationslandes Niedersachsen.

Niedersachsen soll Marktführer auf dem Wachstumsmarkt der Klima- und Umweltschutz-Technologien werden. Um Anreize zu schaffen und vorbildliche Produkte auszuzeichnen, werden wir ein Gütesiegel „Umwelt-Modell-Niedersachsen“ entwerfen. Wir initiieren einen Niedersächsischen „Klimaschutz-Preis“ mit dem wir niedersächsische Innovationen und Ideen auszeichnen werden.

Wir richten ein Umwelt- und Klimaschutzzentrum Niedersachsen zur Vernetzung aller Klimaschutz-Maßnahmen und Anpassungsstrategien ein.

Wir werden als Energiesparland einen Fördertopf „EnerSparN“ (Energie Sparen in Niedersachsen) einrichten. Aus ihm sollen in Zusammenarbeit mit der N-Bank zinsverbilligte Darlehen an Gebäudeeigentümer zur Modernisierung und energieeffizienten Sanierung vergeben werden. Wir werden private und gewerbliche Gebäudeeigentümer bei der Erlangung des seit dem 1. Januar 2006 verpflichtenden Energiepasses unterstützen. Gemeinsam mit Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Unternehmerverbänden und Spitzenverbänden der Immobilienwirtschaft starten wir eine entsprechende Offensive.

Niedersachsen wird das energiesparende Gebäudemanagement für die Landesliegenschaften einführen. In diesem Zusammenhang setzen wir im Rahmen so genannter „Contracting“-Modelle verstärkt auf eine energetische Sanierung durch privatwirtschaftliche Unternehmen.

Auf Bundesebene werben wir für eine Kennzeichnung aller Elektrogeräte mit Energieklasse und Stromverbrauch. Der neueste technische Stand muss Maßstab sein. Wir wollen eine Kennzeichnungspflicht für Elektrogeräte mit energieintensiven Standby-Systemen.

## **Küstenschutz und Hochwasserschutz**

„Well nich will dieken, de mutt wieken!“ Dieser Grundsatz aus Theodor Storms „Schimmelreiter“ gilt für die Bewohnerinnen und Bewohner der Küsten seit Jahrhunderten. Der prognostizierte Anstieg des Meeresspiegels stellt den Küstenschutz vor neue Herausforderungen. Gleiches gilt

für die Folgen des Klimawandels im Binnenland. Denn auch dort kann es zu einer Häufung von Hochwassern kommen.

Wir stellen den Küstenschutz im Sinne eines integrierten Küstenzonenmanagements in den Dienst der Gesellschaft. Beim Insel-, Deich- und Küstenschutz setzen wir auch künftig die Mittel für den Ausbau der Schutzanlagen den Anforderungen entsprechend und effizient ein. Unsere Deiche, die große Teile unseres Landes schützen und deren Sicherheit daher unerlässlich ist, müssen vor den Gefahren der Ablagerung von Treibsel (Teek) geschützt sein. Vorausschauend und zur Sicherheit der Menschen werden wir unsere Seedeiche höher bauen als es heute notwendig ist. Bei Deichbaumaßnahmen werden wir dort, wo ökologisch verantwortbar und ökonomisch sinnvoll, die Kleieentnahme aus Pütten auch im Vordeichsgelände ermöglichen. Das Land wird den Generalplan Küstenschutz laufend fortschreiben und ihn den aktuellen Erkenntnissen der Klimafolgenforschung anpassen. Wir setzen uns für die zuverlässige Sicherung der Schutzsysteme auf den Inseln ein. Wir weisen Vorrangflächen für Deichbau- und Küstenschutzmaßnahmen in der Raumordnung in Niedersachsen aus.

Die Mittel für Deich- und Küstensicherung werden wir deutlich aufstocken. Der Küstenschutz ist eine wichtige gesamtstaatliche, nationale Aufgabe. Der Bund darf sich hier nicht aus der Verantwortung ziehen. Er muss sich deutlicher als bisher für den Küstenschutz finanziell engagieren.

Beim vorbeugenden Hochwasserschutz werden wir die Ausweisung von Überschwemmungsgebieten und die Wiederherstellung von Retentionsflächen weiterverfolgen. Diese Gebiete sollen bei der Raumplanung höchste Priorität genießen. Deshalb setzen wir beim Hochwasserschutz auf die Zusammenarbeit mit den Kommunen. Sowohl beim vorbeugenden als auch beim technischen Hochwasserschutz setzen wir auf einen Dialog mit den Nachbarländern. Weil Hilfe für betroffene Menschen eine zentrale Säule des Hochwasserschutzes ist, prüfen wir die Einrichtung eines Hochwasserfonds für eine unbürokratische und gerechte Schadensregulierung. Er soll vom Land Niedersachsen, dem Bund, der Europäischen Union und der Versicherungswirtschaft getragen werden.

Wir werden die noch ausstehenden Baumaßnahmen im Rahmen des Hochwasserschutzplans Untere Mittelelbe genau prüfen und treten für eine rasche Umsetzung auf höchstem sicherheitstechnischem Niveau ein.

Wir werden im Havarieschutz die Ausbildung und Schulung des Personals bei der küstennahen Schadstoffunfallbekämpfung als Schwerpunktaufgabe weiter betreiben. Die Kartierung der Empfindlichkeit von Uferberei-

chen gegen Ölverschmutzungen werden wir ergänzen durch eine Kartierung der seeseitigen Flächen. Das geschieht im Rahmen eines neuen Schwerpunkts „Meeresforschung“ der niedersächsischen Forschungsförderung. Wir machen uns für ein nationales Katastrophenschutz-Konzept stark, das alle koordinierenden Maßnahmen berücksichtigt und das Havariekommando in Cuxhaven einbeziehen wird. Bei der „International Maritime Organisation“ (IMO) in London drängen wir auf eine nördliche Verlegung der Seehauptverkehrswege. Wir setzen uns dafür ein, auf internationaler Ebene das Recht des Reeders zu ändern, die Aufgabe eines havarierten Schiffes zu erklären. Transportschiffe mit nur einer Schutzwand sollen endlich der Vergangenheit angehören. Wir wollen ein internationales Konzept zur Aufrüstung der Schiffslotten.

## Niedersachsen menschlich und sozial - Politik für Generationen

Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Subsidiarität sind für uns zentrale Werte und Prinzipien unserer gesellschaftlichen Ordnung. Solidarität bedeutet die Bereitschaft, Verantwortung für sich selbst und andere zu übernehmen. Subsidiarität bedeutet erst die Verantwortung des Einzelnen. Jeder Einzelne und jede gesellschaftliche Gruppe muss zuerst das tun, was ihr in Eigenverantwortung möglich ist.

Im Miteinander sowie in der Gleichberechtigung der Geschlechter und Generationen sehen wir die Stärke und die Chance unseres Landes. Der Dialog mit den gesellschaftlichen Gruppen ist für uns Maßstab unseres Handelns. Das gilt für die Familienpolitik genauso wie für unsere Initiativen für Menschen mit Behinderungen. Eine generationenübergreifende Sichtweise für ein soziales Niedersachsen ist die gedankliche Klammer, mit der wir uns für ein faires und teilhabegerechtes Gemeinwesen einsetzen. Nur im Miteinander der Generationen kann es uns gelingen, eine faire Gesellschaft mit Chancen für alle zu schaffen. Menschlich und sozial gestalten wir die Zukunftschancen für alle Generationen. Unser gemeinsames Anliegen ist das Verhindern sozialer Verwerfungen und die Bekämpfung von Armut in unserer Gesellschaft.

### Gemeinsam haben wir in den vergangenen fünf Jahren viel erreicht:

- Mit der Einführung des beitragsfreien letzten Kindergartenjahres haben wir den Grundstein für eine massive finanzielle Entlastung der Familien in Niedersachsen gelegt. Dafür haben wir Finanzmittel im Jahr 2007 von 50 Millionen Euro zur Verfügung gestellt und investieren in den Folgejahren 120 Millionen Euro jährlich in die Familien.
- Mit dem Landesprogramm „Familien mit Zukunft – Kinder bilden und betreuen“ haben wir auch eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Vernetzung des Kinderbetreuungsangebots geschafft. Hierfür stellen wir über einen Zeitraum von vier Jahren 100 Millionen Euro bereit.
- Wir haben für einen flächendeckenden Ausbau des Projektes Familienhebammen mit dem Einsatz von landesweit 200 qualifizierten Familienhebammen gesorgt. Sie helfen Schwangeren und jungen Müttern in schwierigen Lebensverhältnissen mit konkreten Hilfen für den Alltag.
- Wir haben ein ganzheitliches Arbeitsmarktprogramm speziell für Frauen erstellt.

- Wir haben die Verankerung der Kinderrechte in die Niedersächsische Landesverfassung auf den Weg gebracht. Den Kindern in unserer Verfassung einen besonderen Platz einzuräumen, unterstreicht die besondere Stellung, aber auch die besondere Schutzbedürftigkeit, die Kindern in unserem Land zukommen muss.
- Zur Verbesserung des Schutzes unserer Kinder vor Gewalt und Vernachlässigung haben wir mit den beiden vom Land durchgeführten Kinderschutzkonferenzen einen regelmäßigen und breiten Dialog mit zahlreichen Expertenverbänden begonnen. Wir haben ein effizientes Netz an Schutzmaßnahmen aufgebaut.
- Mit vier neuen Koordinierungszentren „Kinderschutz“ in Hannover, Oldenburg, Lüneburg und Braunschweig haben wir den Schutz von Kindern vor Gewalt, Vernachlässigung und Misshandlung gestärkt.
- Als einziges Bundesland neben Hessen haben wir die Mittel für Krankenhausinvestitionen aufgestockt und haben bis Ende 2007 insgesamt 480 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um unsere Krankenhäuser zu modernisieren.
- Eine Schlüsselstellung in unserem Rahmenkonzept zur Weiterentwicklung der Palliativversorgung in Niedersachsen nehmen die flächendeckend eingerichteten Palliativstützpunkte ein. In Niedersachsen sind in den vergangenen Jahren rund 120 ambulante Hospizdienste und 14 stationäre Hospize sowie 20 ambulante und stationäre Palliativeinrichtungen an Krankenhäusern entstanden.
- Um Menschen mit Behinderungen in unserer Gesellschaft ohne besondere Erschwernisse die gleichen Chancen auf Teilhabe am täglichen Leben zu ermöglichen, haben wir das Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen verabschiedet. Dieses Gesetz stellt sicher, dass in Niedersachsen die Barrierefreiheit auf allen Ebenen der Gesellschaft verwirklicht wird.
- Wir haben das Persönliche Budget für Menschen mit Behinderungen eingeführt.
- Mit dem Sonderprogramm „Job 4000“ fördern wir Arbeitgeber, die zusätzlich einen schwer behinderten Menschen einstellen. Darüber hinaus erhalten Beschäftigte aus Werkstätten für behinderte Menschen über Modelle zur Arbeitserprobung die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten in der Arbeitswelt unter Beweis zu stellen.
- Mit der Einrichtung von Mehrgenerationenhäusern in Niedersachsen haben wir eine echte Vorreiterfunktion für generationenübergreifendes

Zusammenleben übernommen. Alt und Jung unterstützen sich gegenseitig in vielen Dingen des Alltags unter einem Dach.

- Wir haben die „Landesinitiative Niedersachsen generationengerechter Alltag“ (LINGA) ins Leben gerufen, die Senioren mit dem Portal [www.linga-online.de](http://www.linga-online.de) einen neuen Online-Service für die ältere Generation bietet und über altersgerechte Produkte, Dienstleistungen und Veranstaltungen informiert.
- Die auf Initiative der CDU-Landtagsfraktion eingesetzte „Enquete-Kommission Demographischer Wandel“ des Niedersächsischen Landtages hat Handlungsempfehlungen und Strategien zur Bewältigung der Herausforderungen des demographischen Wandels erarbeitet.

### **Gemeinsam werden wir auch in Zukunft unser Land bewegen:**

#### **Familie**

Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung übernehmen. Sie ist und sie bleibt, gemeinsam mit dem von der Verfassung geschützten Institut der Ehe, die Keimzelle unserer Gesellschaft.

Wir werden alle familienpolitischen Leistungen des Landes Niedersachsen in einem familienpolitisches Gesamtkonzept „Familien Plus“ zusammenfassen. Mit Blick auf die großen Bemühungen für Familien bei Kindertagesbetreuung und frühkindlicher Bildung planen wir eine „Familienpolitische Offensive“. Sie soll einen Ratgeber für Familien „Informationen für Eltern und Kinder von A-Z“ einschließen. Dieser soll alle gesetzlichen Regelungen, staatlichen Leistungen, steuerlichen Entlastungen sowie Betreuungs- und Hilfsangebote für Familien auf Landes- und Bundesebene zusammenfassen.

Wir wollen den Eltern echte Wahlfreiheit ermöglichen, ob sie die Kinder zu Hause erziehen oder eine qualifizierte Betreuung nutzen, um Familie und Beruf miteinander verbinden zu können. Wir beabsichtigen gemeinsam mit dem Bund einen deutlichen und bedarfsgerechten Ausbau der Krippen- und Tagespflegeplätze in Niedersachsen bis 2013. Denn wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern.

Bei der Betreuung von Kindern streben wir eine Abstimmung der Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen mit familiären sowie betrieblichen Erfordernissen an. Wir wollen flexible und passgenaue Öffnungszeiten anbieten und die Möglichkeiten, dass mehrere Kinder einen Kindergruppenplatz zeitweilig gemeinsam nutzen können („Platzsharing“), ausweiten.

Wir werben dafür, Familienphasen stärker als bisher als Zeiten des Erwerbs von Kompetenzen, die auch dem Betrieb nützen, anzuerkennen. Auch bei der Einstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Landesdienst werden wir dies berücksichtigen.

Vor dem Hintergrund des Ergebnisses der Diskussion auf Bundesebene um Elterngeld, Tagesbetreuung und Betreuungsgeld mit der Zielsetzung einer deutlichen Entlastung der Familien in Deutschland werden wir die Zahlung eines einkommensabhängigen Landeserziehungsgeldes im Anschluss an das Bundeselterngeld prüfen.

Manche Eltern sind mit ihren Erziehungsaufgaben überfordert und brauchen Bildungs- und Beratungsangebote, um die Erziehung ihrer Kinder zu bewältigen. Sie werden wir mit dem Programm „Erziehungslotse“ unterstützen. Dabei werden wir die lokale Erziehungs- und Familienhilfe weiter stärken, indem wir beispielsweise mit Familienhebammen einen regelmäßigen Kontakt zwischen jungen Eltern und Erziehungsfachleuten ermöglichen.

Kindergarten und Schule können das Elternhaus nicht ersetzen. Erwachsene, die als Kinder Vernachlässigung, mangelnde Förderung oder zu wenig Zuwendung erfahren haben, bekommen als Eltern oft gravierende Probleme mit den eigenen Kindern. Einen liebevollen und kindgerechten Umgang müssen sie in vielen Fällen systematisch erlernen. Ihnen werden wir Hilfe zur Selbsthilfe anbieten, um so ihre elterliche Erziehungskompetenz zu stärken.

Unser Ziel für Niedersachsen ist ein bedarfsgerechtes, flexibles, qualitativ hochwertiges und bezahlbares Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Altersstufen. Durch Bereitstellung von Mitteln im Rahmen des Programms „Familie mit Zukunft“ werden wir das Leistungsangebot für Kinder unter drei Jahren weiter verbessern. Das kommunale Angebot soll vor allem von freien Trägern, Unternehmen, qualifizierten Tagesmüttern, Privatinitiativen und Netzwerken ergänzt werden. Tagesmüttermodelle, andere individuelle Betreuungsformen sowie flexible Öffnungszeiten in den Kindertagesstätten sollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Wir werden insbesondere die unterschiedlichen Modelle für Tagesmütter ausbauen und ihre Qualifizierung stärken, indem wir landesweite Qualifizierungsprogramme für Tagesmütter anbieten. Wir werden einheitliche Qualitätsstandards definieren und so die Tagespflege deutlich verbessern und ausbauen.

Unsere Ministerien und die öffentliche Verwaltung unterziehen sich dem Familien-Check-up: Alle Entscheidungen werden auf ihre Familienfreundlichkeit hin untersucht. Unser Land kann auch als Arbeitgeber sein fami-

lienfreundliches Profil schärfen. Wir stehen für die Familienfreundlichkeit der Verwaltung und wollen für möglichst alle Behörden ein Zertifikat erwerben, dass von der gemeinnützigen GmbH „Beruf und Familie“ der Hertie-Stiftung vergeben wird (Audit Beruf & Familie). Wir wollen die Landesverwaltung für private Unternehmen zum Vorbild und Vorreiter in Sachen Familienpolitik machen. Ein weiterer Baustein ist der Ausbau von Heimarbeitsplätzen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung. Dieses kann für Eltern und Pflegende bessere Bedingungen schaffen, um Familie und Beruf besser miteinander zu verbinden.

Vielen jungen Menschen erschwert das schmale Zeitfenster zwischen Abschluss der Ausbildung, Berufseinstieg und Partnersuche die Familiengründung. Wir setzen uns für die Entzerrung dieser „Rush hour“ des Lebens durch eine lebenslaufbezogene Familienpolitik ein. Die klassische Dreiteilung des Lebens in Kinder- und Jugendzeit als Bildungsphase, des Erwachsenenalters als Berufs- und Familienphase und des Rentenalters als Freizeitphase wollen wir hinter uns lassen. Wir wollen es den jungen Menschen leichter machen sich auch während des Studiums und der Berufsausbildung für ein Kind zu entscheiden. Hierfür brauchen wir zielgerichtete Betreuungsangebote für junge Eltern in der Ausbildungsphase, wie Berufsschul- und Hochschulkindergärten. Zudem werden wir uns für eine Flexibilisierung von Wochen- und Lebensarbeitszeit einsetzen, um die Herausforderungen in Beruf und Familie gestalten zu können.

## **Frauen**

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist zentraler und anerkannter Bestandteil unserer Werteordnung. Dennoch gibt es immer noch Bereiche, in denen Frauen benachteiligt sind. Die Wahlmöglichkeit von Frauen zwischen verschiedenen Lebensentwürfen ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Wir stehen für eine Politik, die Chancengleichheit für Frauen als Querschnittsaufgabe ansieht.

Frauen sind heute hervorragend ausgebildet, sehr flexibel und hoch motiviert. Die noch stärkere Einbeziehung von Frauen in das Erwerbsleben ist ein wichtiger Schlüssel zu mehr Wachstum und Wohlstand in unserem Land. Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist hierfür unbedingt erforderlich. Wir wollen die Erwerbchancen der Frauen weiter stärken und die berufliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern verbessern. Mütter, die sich vollzeitlich für die Erziehung ihrer Kinder in der Familie entscheiden, verdienen die gleiche Anerkennung wie Mütter, die neben der verantwortungsvollen Arbeit in der Familie zusätzlich erwerbstätig sind. Frauen, die nach einer längeren, intensiven Familienphase wieder in die Berufstätigkeit wechseln, bedürfen entsprechender Qua-

lifizierung und staatlicher Unterstützung für den beruflichen Wiedereinstieg.

Wir wollen Chancengleichheit in allen Bereichen des Wirtschaftslebens. Wir setzen uns für die umfassende Teilhabe von Frauen in Führungspositionen ein. Noch immer bestehende, ungerechtfertigte Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern müssen abgebaut werden.

Wir werden den Schutz von Frauen vor Gewalttaten – gerade auch vor häuslicher Gewalt – weiter verbessern. Jede vierte Frau in Deutschland wird in ihrem Leben zumindest einmal das Opfer von Gewalt durch ihren Lebenspartner. Daher werden wir im Bereich der polizeilichen Eingriffsbefugnisse die Möglichkeiten des Platzverweises forcieren, um so den Schutz und das Sicherheitsgefühl des Opfers zu verbessern. Außerdem werden wir die Interventions- und Präventionsarbeit der kommunalen Gremien und Netzwerke gegen häusliche Gewalt unterstützen.

Für uns haben die Rechte von Frauen Vorrang vor religiösen Erwägungen. Zusammen mit den Frauenorganisationen werden wir die gleichberechtigte Teilhabe von Zuwanderinnen vorantreiben. Wir verurteilen Verbrechen gegen Frauen wie Zwangsheirat und Zwangsverstümmelung auf das Schärfste. Gegen jegliche Art von Ehrenverbrechen werden wir konsequent vorgehen. Die Stärkung von Frühwarnsystemen in diesem Bereich ist uns ein besonderes Anliegen.

## **Kinder und Jugendliche**

Politik für Kinder ist eine Querschnittsaufgabe. Neben frühkindlicher Betreuung und Erziehung, Schule, Gewaltprävention und Jugendschutz umfasst sie insbesondere bildungspolitische und soziale Aspekte. In diesem Zusammenhang wollen wir ein besonderes Augenmerk auf die Integration und Förderung von Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund richten.

Wir setzen uns intensiv für Kinder ein und schaffen als Anlaufstelle eine Koordinierungsstelle Kindeswohl. Hier werden Maßnahmen für die Belange der Kinder gebündelt und ein wichtiges Zeichen für ein kinderfreundliches Niedersachsen gesetzt.

Effektiver Kinderschutz gelingt uns nur mit einer besseren Koordination und Vernetzung der unterschiedlichen Einrichtungen und Dienste auf kommunaler Ebene. Wir unterstützen an vier ausgewählten Standorten in einem Modell über drei Jahre die Kommunen beim Aufbau von Kinderschutz-Koordinierungszentren.

Wir setzen auf eine stärkere Vernetzung der freien Träger der Jugendarbeit, des Sports und der Kultur mit schulischen Angeboten, um sie im Umfeld von Ganztagschulen in die Verantwortung einzubinden.

Die Gesundheitsvorsorge für Kinder und Jugendliche werden wir mit dem Präventionsprogramm „Vorsorge Kindergesundheit“ weiter verbessern. Es zielt darauf ab, bestehende Projekte stärker zu vernetzen, inhaltlich zu verbessern und bekannter zu machen. Wir wollen so zur Vorbeugung von Erkrankungen im Säuglings-, Kleinkind- und Schulalter beitragen. Wir unterstützen bundeseinheitliche Bemühungen zur Verbesserung der Vorsorgeuntersuchung für Kleinkinder. Das niedersächsische Präventionsprogramm sieht vor, die Eltern zur Vorsorgeuntersuchung für Kleinkinder aufzufordern. Dieses soll mit Hilfe der Frauen- und Kinderärzte sowie Hebammen, während der Geburtsvorbereitung, bei Elternseminaren sowie durch ein verbindlicheres Einladungssystem erreicht werden. Das Netz von Familienhebammen wird landesweit ausgebaut, um die Eltern in den ersten Lebensjahren ihrer Kinder zu unterstützen. Wir wollen eine bessere Vernetzung aller Stellen, die für das Kindeswohl Verantwortung tragen.

Aktuelle Studien haben gezeigt, dass Kinder sich häufig falsch ernähren und zu wenig bewegen. Übergewicht ist häufig die Folge. Insbesondere Eltern können und sollen dazu beitragen, dieser Entwicklung vorzubeugen. Als Hilfestellung werden wir im Internet eine Plattform einrichten, die über gesunde Ernährung und Spaß an der Bewegung informiert und Anreize zu einem gesünderen Leben schafft. Dieses Informationsangebot soll sowohl für Eltern als auch für Kinder, die in verstärkter Weise das Internet nutzen, attraktiv gestaltet sein.

Ergänzend zu diesem präventiven Angebot soll Betroffenen hier die Möglichkeit geboten werden, einen bewerteten Überblick über Programme und Initiativen unterschiedlicher Träger zur Übergewichtsreduktion und zur Bewegungsförderung für Kinder und Jugendliche zu erhalten.

Wichtig sind uns jugendgerechte Formen der politischen Bildung und Beteiligung wie Kinder- und Jugendräte. Jugendliche sollen selbst Entscheidungsprozesse kennenlernen. Wir wollen ihr Interesse an der Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben wecken. Wir haben vor, sie durch Qualifizierung, Organisationsworkshops und Info-Materialien zu unterstützen.

Wir werden ein „Kinder- und Jugendbarometer für Niedersachsen“ anregen. Wünsche, Hoffnungen, Vorstellungen und Befürchtungen junger Menschen sollen hier wissenschaftlich fundiert abgefragt und zusammengetragen werden.

## **Gesundheit und Pflege**

Gesundheitspolitik ist für uns vor allem die Gesundheitsprävention und die Sicherung eines modernen medizinischen Standards in der ambulanten und stationären Versorgung.

Niedersachsen hat seit 2003 wie kaum ein anderes Bundesland zu Gunsten einer ausgewogenen, flächendeckenden Krankenhausversorgung Investitionen getätigt. Zur Zukunftssicherung der Krankenhäuser legen wir erneut ein mehrjähriges Krankenhausinvestitionsprogramm auf.

Kranke, Pflege- und Betreuungsbedürftige sollen ein möglichst selbstbestimmtes Leben unter Achtung ihrer Menschenwürde führen können. Den Ausbau ambulanter Pflegestrukturen bringen wir weiter voran, um landesweit Pflegebedürftigen ein Leben in vertrauter Umgebung zu gewährleisten und Heimunterbringung zu vermeiden. Wir wollen durch einen Ausbau der Qualitätssicherung, durch die Erhöhung der Transparenz und durch die Förderung von Wirtschaftlichkeit und Entbürokratisierung die Pflegesituation in Niedersachsen weiter verbessern, damit werden wir für die zeitweilige Entlastung pflegender Angehöriger sorgen.

Wir bekennen uns nachdrücklich zur Sicherung der Qualität der Altenpflege-Ausbildung mit einem hohen Praxisanteil. Die Ausbildungskapazitäten müssen dem deutlich steigenden Bedarf angepasst werden.

Pflege und Betreuung Demenzkranker räumen wir ebenfalls einen großen Stellenwert ein. Sie brauchen in besonderer Weise Zuwendung und Unterstützung. Flächendeckend werden wir Beratungszentren für Betroffene und deren Angehörige einrichten.

Im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung steigt der Bedarf für geriatrische Prävention, Behandlung und Rehabilitation. Der weitere Ausbau eines differenzierten Versorgungssystems, das neben der Akutbehandlung vor allem die ambulante und stationäre Rehabilitation sowie ein Netz aus Selbsthilfe und Beratungsangeboten umfasst, ist ein wesentliches gesundheitspolitisches Ziel. Wir setzen uns dafür ein, dass die ärztliche Weiterbildungsordnung dem Aufgabengebiet Geriatrie gerecht wird.

Ein besonderes Anliegen ist uns die Kurzzeitpflege für schwerstkranke Kinder, um betroffene Eltern zu entlasten. Wir geben den Eltern die Möglichkeit, dass ihre Kinder in besonderen Pflegeeinrichtungen für vier Wochen im Jahr umfassend gepflegt und betreut werden. Wir wollen einen niedersächsischen Aktionsplan zur Förderung der Kindergesundheit, der die Prävention und Gesundheitsförderung stärkt und die notwendigen Koordinierungsstrukturen schafft.

Ein umfassender Impfschutz ist für alle Menschen von herausragender Bedeutung. In einer landesweiten Aktion werden wir den Impfschutz verbessern und bei besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen mit geschwächtem Immunsystem einen Schwerpunkt setzen. Zudem sorgen wir für eine ausreichende Impfstoffbevorratung gegen Seuchen.

Die Angebote des Zentrums für Gesundheits- und Infektionsschutz (ZGI) beim Niedersächsischen Landesgesundheitsamt werden wir ausbauen. Es berät die Institutionen des öffentlichen Gesundheitsdienstes auf kommunaler und Landesebene in Fällen epidemischen Auftretens schwerer Infektionen oder sonstiger gesundheitlicher Bedrohungen.

Wir setzen das Gesundheitsmanagement in der niedersächsischen Landesverwaltung fort. Zahlreiche Dienststellen haben schon Projekte zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen und Förderung der Gesundheit durchgeführt. Wir tragen auf diesem Weg dazu bei, Motivation, Gesundheit und Zufriedenheit der Mitarbeiter zu erhöhen und krankheitsbedingte Fehlzeiten zu verringern.

Die Vermeidung von Sucht ist eine wichtige Aufgabe. Besonders jungen Menschen muss auf dem Weg zu einem drogenfreien Leben geholfen werden. Zu unserer Präventionspolitik gehören eine wirksame Aufklärung und Suchtprävention in der Kinder- und Jugendarbeit und in der Schule. Gerade im Bereich des Zigaretten- und Alkoholkonsums muss die Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen stärker kontrolliert werden. Das Glücksspielwesen in Niedersachsen bedarf auch zukünftig eines sachgerechten ordnungsrechtlichen Rahmens, der die Anforderungen an Jugendschutz und Suchtprävention beachtet. Wir sorgen dafür, dass bei Drogenabhängigen ausstiegsorientierte gesundheitliche Maßnahmen mit Therapie, Beratung und Rehabilitation durchgeführt werden. Die Legalisierung von Drogen werden wir verhindern.

Wir setzen uns für die Eingliederung chronisch Kranker in das Erwerbsleben ein. Vorbildcharakter hat beispielsweise das Modellprojekt „Sozialer Dialog für AIDS und Arbeit“, das die Teilhabe HIV-Infizierter am Arbeitsleben fördert. Modellprojekte dieser Art werden wir ausbauen und fördern.

Der Tod und das verlängerte Leiden vieler Menschen wegen fehlender Spendenorgane muss zu einer neuen Organspende-Regelung führen, die eine höhere Spendenbereitschaft zum Ziel hat.

Wir wollen eine menschliche Sterbebegleitung. Todkranke unterstützen wir durch den Ausbau der Palliativmedizin. Wir streben eine noch engere Zusammenarbeit mit den Handelnden im Hospizbereich an. Sterbenden in den schwersten Stunden zu helfen und zur Seite zu stehen, braucht die

Kraft und Unterstützung aller. Wir brauchen Rechtssicherheit bei der Patientenverfügung. Sie ist in Verantwortung eines jeden Menschen auf Selbstbestimmung und Sterben in Würde zu beachten. Der Bund ist gefordert, für die dringend notwendige Klarheit zu sorgen. Jeder soll sich verbindlich festlegen können, welche Behandlungsmaßnahmen ihm im Sterben zu teil werden, bevor er nicht mehr selbst entscheiden kann. Wir wollen die Verunsicherung vieler Menschen beenden und die rechtliche Grauzone abschaffen, in der Ärztinnen und Ärzte oft handeln müssen. Eine aktive Sterbehilfe lehnen wir ab. Wir wollen keine Beratungsorganisationen, die Wege zum schnellen Tod aufzeigen.

## **Menschen mit Behinderungen**

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben muss für Menschen mit Behinderungen eine Selbstverständlichkeit sein. Wir wollen ihnen Selbstbestimmung und Eigenständigkeit ermöglichen. Wir setzen uns für ihre Gleichstellung ein und sehen in ihrer Integration ein wichtiges gesellschaftliches und politisches Anliegen.

Wir stehen für eine passgenaue Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe: Unsere guten Erfahrungen mit den kommunalen Fachstellen für Bedarfsermittlung und Hilfeplanung werden wir zum Ausbau dieses Instrumentes einsetzen.

Wir unterstützen Kommunen beim Ausbau tagesstrukturierender Angebote innerhalb und außerhalb stationärer Einrichtungen. Die Tagesbetreuung oder Kurzzeitbetreuung für Menschen mit Behinderung ähnlich dem Pflegebereich ist dabei eine der wesentlichen Herausforderungen. Ebenso werden wir neue Wohnformen für Menschen mit Behinderung, die aufgrund ihres Alters, nachlassender Kräfte oder beginnender Demenz nicht mehr in einer Werkstatt für behinderte Menschen oder in einer Fördergruppe beschäftigt werden können, entwickeln.

Die Förderung von Tagespflege und Tageseinrichtungen muss als Bildungschance begriffen und genutzt werden. Vereinbarungen mit Trägern über Bildungsziele, die wir schon getroffen haben, werden wir konsequent umsetzen.

Die praktischen Erfahrungen mit dem neu eingeführten Persönlichen Budget sind positiv. Menschen mit Behinderungen erhalten dabei einen bestimmten Geldbetrag anstelle von Sachleistungen, um damit passgenaue Hilfen verschiedener Anbieter auszuwählen. Wir werden das Persönliche Budget auf der Basis dieser Praxiserfahrungen weiter ausbauen. Dazu gehört die Beratung von Menschen mit Behinderungen und ihrer Angehörigen bei der Umsetzung ihrer Wohnwünsche.

Darüber hinaus werden wir auch die Integration von Kindern mit Behinderungen in den Schulen fördern und stärken.

Wir stehen für eine Weiterentwicklung von Ausbildungs-, Beschäftigungs- und Wohnangeboten für Menschen mit hohem und sehr hohem Hilfebedarf, die nicht mehr in ihren Familien leben können.

Wir fördern Partnerschaften zwischen Betrieben und Förderschulen, um die Integrationsfähigkeit benachteiligter Jugendlicher auf dem ersten Arbeitsmarkt zu verbessern.

Wir verfolgen den Ausbau des Angebots an behindertengerechten Ausbildungsberufen, um Jugendlichen mit Behinderungen größere Chancen auf eine abgeschlossene Berufsausbildung zu bieten.

Wir werden uns für mehr Arbeitsplätze in den Behindertenwerkstätten stark machen. In den kommenden Jahren werden mindestens 400 zusätzliche Plätze pro Jahr benötigt. Wir unterstützen zudem Projekte, die Behindertenwerkstätten und Betriebe der freien Wirtschaft besser verzahnen. Wir wollen so den Weg zwischen Werkstatt und erstem Arbeitsmarkt leichter gestalten. Dafür kommen beispielsweise Maßnahmen wie eine Probeintegration im Rahmen von Praktika oder Projekten in Betracht.

Die Betreuung von Menschen mit geistigen Behinderungen im Alter ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir begleiten die Gründung von Altagestätten für Menschen mit geistiger Behinderung und fördern Projekte, die die Teilhabe im Alter ermöglichen. Dazu gehört eine Initiative zum altengerecht betreuten Wohnen geistig Behinderter. Wir werden die Beratungsangebote für Familien mit Angehörigen mit Behinderung im Alter verbessern.

Um bei Kleinkindern Behinderungen frühzeitig zu erkennen, werden schon in der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern die Fähigkeit zur Früherkennung von Behinderungen stärken – ergänzend zu den Tätigkeiten der Heilerziehungspfleger. Ebenso wollen wir die Beratungskompetenz der Erzieherinnen und Erzieher verbessern, damit schon früh Fördermaßnahmen eingeleitet werden können. Wir sehen die Frühförderung von Menschen mit Behinderungen und von Behinderung bedrohter Kleinkinder als wichtige Aufgabe an. Die interdisziplinären Ansätze in Niedersachsen sind weiterzuentwickeln.

Wir werden die Vereinbarkeit der beruflichen Tätigkeit mit der Betreuung von Menschen mit Behinderungen durch geeignete Unterstützungssysteme und Beratungsangebote ermöglichen. Wir wollen insbesondere einen Ausbau von Beratungsangeboten für Familien, die Angehörige mit Behinderungen nach dem Ausstieg aus dem Berufsleben betreuen.

## Aktiv und geachtet im Alter

Das vorherrschende Bild von älteren Menschen hat vielfach nichts mehr mit dem wahren Leben zu tun. Die Angehörigen der älteren Generation sind aktiv, vielfach ehrenamtlich engagiert und verwirklichen sich in sinnstiftenden Aktivitäten. Wir werden mehr Freiräume für eine aktive, selbstbestimmte Lebensgestaltung der Senioren-Generation schaffen.

Wir werden zur Verbesserung des Dialoges zwischen den Generationen ein Programm „Generationen-Tandem“ für ein verlässliches Miteinander der Generationen auflegen. Dieses Angebot will das Engagement Älterer und die Bedürfnisse von Familien und Alleinerziehenden in den unterschiedlichen Lebensbereichen zusammenbringen. In den Kommunen wollen wir regionale Patennetzwerke. Ältere Menschen können als Paten Eltern bei der Erziehung unterstützen und entlasten. Sie können als „Job-Mentoren“ Jugendlichen den Weg in die Berufswelt ebnen oder ihnen bei ihren Alltagsproblemen helfen. Wir begrüßen und unterstützen den Einsatz älterer Menschen in Kindergärten und Schulen, z.B. als Lesepaten und Hausaufgabenhilfe.

Immer mehr Menschen wollen nach dem Ende der Berufs- oder Familienphase nicht einfach in den „Ruhestand“ wechseln. Sie wollen teilhaben, sich einbringen und ihre Erfahrungen und Kompetenzen sinnvoll anbieten. Die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement steigt gerade in der Gruppe der über 60jährigen stark an. Viele suchen nach geeigneten Einsatzfeldern. Um ihnen „passgenaue“ Angebote zu machen, werden wir in ganz Niedersachsen ein „Freiwilliges Jahr für Seniorinnen und Senioren“ ermöglichen. Dabei engagieren sich Ältere eine vereinbarte Wochenstundenzahl im sozialen, kulturellen oder im Umweltbereich.

Das erfolgreich gestartete Programm „Engagement-Lotsen für Ehrenamtliche Niedersachsen – ELFEN“ werden wir deutlich erweitern, um so die Förderung des Ehrenamtes in den Kommunen zu unterstützen. Die vom Land qualifizierten Lotsen entwickeln, identifizieren und begleiten neue Formen des ehrenamtlichen Engagements.

Auch Unternehmerinnen und Unternehmer im Ruhestand verfügen oft über einen reichen Fundus an wirtschaftlichen Erfahrungen. Diese fehlt jungen Existenzgründern häufig beim Aufbau eines Betriebes. Mit einem Mentorenprogramm „Unternehmer a.D. / Unternehmer in spe“ führen wir Alt und Jung zusammen. Wir bauen eine Mentorenbörse auf, um Kontakte herzustellen und zu vernetzen.

Unser Hauptaugenmerk liegt auf der Schaffung von Voraussetzungen, um eine möglichst lange eigenständige Lebensführung zu ermöglichen. Wir

sprechen uns für eine fachübergreifende Altersforschung und Prävention zur Verhinderung körperlicher und geistiger Behinderungen im Alter aus.

Neue Wohnformen im Alter finden wachsendes Interesse. Um die Wohnberatung vor Ort zu verbessern, werden wir ein „Niedersachsenbüro Neues Wohnen im Alter“ einrichten. Aufgabe des Büros wird die flächendeckende Beratung für alternative Wohnformen im Alter sowie die Begleitung von Projekten des Gemeinschaftlichen Wohnens sein. In den nächsten Jahren werden wir das Mehrgenerationenwohnen durch die gezielte Förderung von Modellprojekten unterstützen.

In Zusammenarbeit mit den Kommunen und freien Trägern werden wir flächendeckend mit Servicebüros Anlaufstellen schaffen, an die sich alte Menschen mit ihren Fragen zur Alltagsbewältigung wenden können. Die Servicebüros werden für ganz Niedersachsen eine einheitliche Rufnummer erhalten. Sie sollen Vermittler für Hilfe- und Unterstützungsleistungen sein.

Die Mehrgenerationenhäuser werden wir gemeinsam mit dem Bund weiterentwickeln. Gerade ältere Menschen sollen dort zusätzliche Beratungsangebote finden. Dadurch können Mehrgenerationenhäuser auch als Servicebüros dienen.

Die Einrichtung von Seniorenvertretungen (-beiräten) in den Kommunen kann einen Beitrag dazu leisten, die Lebens- und Berufserfahrung sowie das ehrenamtliche Potenzial dieser „Generation des langen Lebens“ der Gesellschaft als beratendes und anregendes Element zu erhalten.

## **Demographischer Wandel**

Auch in Niedersachsen werden zu wenige Kinder geboren. Folge: Die Bevölkerungszahl geht langfristig zurück. Gleichzeitig werden die Menschen erfreulicherweise immer älter. Das stellt uns vor große Herausforderungen. Die sozialen Sicherungssysteme drohen in eine Schieflage zu geraten, wenn immer weniger Berufstätige für immer mehr Menschen sorgen müssen, die nicht im Erwerbsleben stehen. Der Fachkräftemangel ist bereits heute spürbar. Allerdings ergeben sich auch große Chancen: Das Erfahrungswissen der Gesellschaft steigt. Die Teilhabe älterer Mitbürger am gesellschaftlichen Leben steigt. Das Herausdrängen Älterer aus dem Arbeitsleben muss abnehmen. Großeltern können sich endlich viel länger um ihre Kinder und Enkel kümmern. Und umgekehrt gilt das genauso. Dies hat es in der Menschheitsgeschichte noch nie gegeben. Denken in Altersgrenzen und damit die Ausgrenzung vieler Menschen allein aufgrund des Alters, muss der Vergangenheit angehören.

Die Entwicklung marktreifer, generationengemäßer Produkte und Dienstleistungen ist aufgrund des demographischen Wandels ein wichtiger Baustein für ein generationengerechtes Leben in Niedersachsen. Wir werden die Wirtschaft auffordern, ihre Produkte noch mehr als bisher auf die Ansprüche und Bedürfnisse einer älter werdenden Gesellschaft auszurichten. (z.B. größeres Display und Tastatur bei Handys). Damit unterstützen wir unser Netzwerk mit den vielen Aktiven und den Unternehmen und leisten einen Beitrag zur deutlichen Ausweitung des Angebots für generationengemäße Produkte und Dienstleistungen.

Deshalb werden wir auf der Grundlage des Berichts der Enquete-Kommission des Landtages „Demographischer Wandel in Niedersachsen – Herausforderung an ein zukunftsfähiges Niedersachsen“, die im Sommer 2007 ihren Abschlussbericht vorgelegt hat, ein Handlungskonzept „Chancen des demographischen Wandels für Niedersachsen“ erarbeiten und umsetzen.

Gemeinsam mit Kammern, Kommunen und Verbänden werden wir in einer Veranstaltungsreihe Wirtschaft und Gesellschaft für die Veränderungen durch den demographischen Wandel sensibilisieren. Dazu werden wir flächendeckend in Niedersachsen Veranstaltungen durchführen.

## Engagiert und freiwillig – für ein gutes Miteinander in Niedersachsen

Noch nie haben sich in Niedersachsen so viele Menschen ehrenamtlich engagiert wie heute. Über 2,4 Millionen Niedersachsen sind ehrenamtlich aktiv. Dieses Engagement und die Bereitschaft dazu sind für unser Land von großer Bedeutung, denn sie sichern den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Menschen, die die Gestaltung ihres Lebensumfeldes in die eigenen Hände nehmen, stellen fest: Freiwilliger Einsatz macht Spaß, schafft Kontakte und steigert die Lebensqualität. Daher stärken wir das Ehrenamt nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten.

### Gemeinsam haben wir in den vergangenen fünf Jahren viel erreicht:

- Beim freiwilligen Engagement liegt Niedersachsen im bundesweiten Vergleich auf einem hervorragenden dritten Platz.
- Wir haben den Versicherungsschutz für ehrenamtlich Engagierte verbessert und als zweites Bundesland bislang bestehende Lücken beim Versicherungsschutz geschlossen.
- Mit der Einführung einer Ehrenamts-Karte haben wir einen weiteren wichtigen Baustein zur Anerkennung und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements geleistet. Ziel ist, dass Inhaber der Ehrenamts-Karte flächendeckend in den Genuss weit reichender Vorteile und Ermäßigungen, unter anderem bei Großveranstaltungen, Musicals, kulturellen Angeboten, in Sportgeschäften und öffentlichen Einrichtungen kommen.
- Wir haben mit der Ausbildung von ehrenamtlichen Helfern im Rahmen des landesweiten Projekts Engagement-Lotsen (ELFEN) begonnen. Die ersten 60 Teilnehmer stärken in ihren Städten und Gemeinden die ehrenamtliche Arbeit. Die ELFEN geben in Niedersachsen wichtige Impulse für neues bürgerschaftliches Engagement, motivieren andere und helfen Ehrenamtliche zu gewinnen.
- Mit dem neu eingerichteten Freiwilligenserver können im Internet Informationen über 30.000 Vereine, Selbsthilfegruppen und Initiativen aufgerufen werden.
- Mit Niedersachsens Unterstützung hat der Bundesrat eine Änderung des Einkommenssteuergesetzes beschlossen, wonach die steuerfreie Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Betreuer zukünftig deutlich angehoben wird.

## **Gemeinsam werden wir auch in Zukunft unser Land bewegen:**

Wir starten eine Initiative unter dem Motto „Gutes tun bringt Gewinn“ mit der wir Unternehmen zur Förderung ehrenamtlichen Engagements motivieren wollen. Dabei geht es uns um die intensive Zusammenarbeit zwischen niedersächsischen Unternehmen und Trägern ehrenamtlicher Projekte. Wir möchten private Unternehmen und öffentliche Arbeitgeber für ein stärkeres Engagement für das Ehrenamt gewinnen, in dem wir ihnen auf ihre spezifischen Bedürfnisse abgestimmte Angebote und Vorschläge unterbreiten. Gleichzeitig können wir Erfahrungen mit verschiedenen sozialen Projektgruppen sammeln sowie Unternehmen in ihrem Engagement für das Ehrenamt beraten und unterstützen.

Für ehrenamtlich Tätige werden wir das Projekt Ehrenamtskarte weiter ausbauen. Die Ehrenamtskarte bringt engagierten Bürgerinnen und Bürger, ähnlich wie die etablierte Jugendleiter-Card (JuLeiCa) Anerkennung und Vergünstigungen. Wir bringen eine praxisbezogene „Ehrenamtsfibel“ auf den Weg. Sie soll Tipps für bürgerschaftliches Engagement auf der Grundlage guter und erfolgreicher Erfahrungen in Niedersachsen enthalten.

Die Landesveranstaltung „Tag der Ehrenamtlichen“ sowie die Preisverleihung zum „Niedersachsenpreis für Bürgerengagement“ ergänzen wir um eine landesweit angelegte Veranstaltungsreihe zum bürgerschaftlichen Engagement. Sie soll den Einsatz der Ehrenamtlichen befördern und ihr Engagement einer breiten Öffentlichkeit vorstellen. Am Ende der Veranstaltungsreihe soll die Verabschiedung einer „Niedersachsen-Erklärung zum Bürgerschaftlichen Engagement“ stehen.

Wichtig sind uns die Vernetzung von Anlauf- und Informationsstellen für bürgerschaftliches Engagement. Menschen können dann besser und gezielter für ein Engagement gewonnen werden. Wir ermuntern Kommunen, frühzeitig mit bürgerschaftlichen Vereinigungen über eine Zusammenarbeit zu sprechen. Das gestalterische Vermögen und die Mitwirkungsbereitschaft der Freiwilligen kann von Anfang an aufgegriffen werden. Mit der Förderung kommunaler Freiwilligenagenturen wollen wir die Unterstützung engagierter Bürgerinnen und Bürger und die Koordination ihres Engagements vor Ort verbessern.

Auch in Zukunft setzen wir auf eine enge Zusammenarbeit mit Trägerorganisationen, wie Vereinen, Verbänden, Initiativen und Selbsthilfegruppen, um noch mehr Niedersachsen für ein freiwilliges Engagement zu gewinnen. Bei der Entwicklung zielgruppengerechter Angebote in allen gesellschaftspolitischen Bereichen, die die Auswirkungen des demografischen Wandels berücksichtigen, haben diese Kooperationen eine besonders große Bedeutung.

## **Starker Staat – für ein sicheres Niedersachsen**

**Jede Bürgerin und jeder Bürger hat einen Anspruch auf Sicherheit. Sie ist eine wichtige Voraussetzung für Freiheit und Lebensqualität der Menschen. Die innere Sicherheit hat für uns daher den Charakter eines Grundrechts. Der Staat muss seine Bürgerinnen und Bürger schützen. Sicherheit und Freiheit bedingen einander.**

**Wir stehen für einen starken Staat, der frühzeitig und entschlossen gegen Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung vorgeht. Intensive Prävention ist für uns hierbei ein wichtiger Baustein zur Verhinderung von Kriminalität. Vorbeugung von Straftaten ist besser als Strafverfolgung und Strafvollzug. Wenn Menschen jedoch straffällig werden, müssen sie mit größtem Nachdruck verfolgt, gestellt und verurteilt werden. Nur wenn der Staat den Kriminellen von Anfang an klare Grenzen aufzeigt, wird er seiner Verantwortung für die Menschen gerecht. Mit uns wird es keine Bagatellisierung von sogenannter Kleinkriminalität geben. Für uns gilt Opferschutz vor Täterschutz. Die Rechte der Bürger und insbesondere der Opfer von Verbrechen haben Vorrang vor möglichen Erleichterungen für Verbrecher. Die innere Sicherheit hat eine globale Dimension. In unserem Sicherheitskonzept haben auch die Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität und des international operierenden Terrorismus einen großen Stellenwert. Unsere Bürger sollen auch in Zukunft sicher sein und sich sicher fühlen.**

### **Gemeinsam haben wir in den vergangenen fünf Jahren viel erreicht:**

- Wir haben die Polizei personell erheblich verstärkt. Mit derzeit etwa 19.800 Planstellen im Polizeivollzug gibt es heute so viel Polizei in Niedersachsen wie noch nie zuvor. Wir haben Wort gehalten und den Einsatz von zusätzlich 1000 Stellen bei der Polizei auf den Weg gebracht. Wir haben damit insbesondere auch die Präsenz der Polizei vor Ort und in der Fläche gestärkt.
- Die Personal- und Sachausgaben für die Polizei haben wir trotz Konsolidierung des Landshaushalts von rd. 898 Millionen Euro (2002) auf rund 933 Millionen Euro erhöht.
- Mit unserer Polizeireform haben wir die Polizei zukunftsfähig aufgestellt. Mit der Einrichtung von 33 effektiven Inspektionen in den Regionen haben wir die Kriminalitätsbekämpfung optimiert und die Aufgabenwahrnehmung spezialisiert. Mit der Reform haben wir die operativen Einheiten gestärkt sowie die Stabsstrukturen konsequent verschlankt.

- Mit der Wiederaufnahme des Schutzgutes der öffentlichen Ordnung, mit der gesetzlichen Regelung zum finalen Rettungsschuss und mit der Erweiterung des Unterbindungsgewahrsams bei angekündigten Straftaten haben wir nun eines der modernsten Polizeigesetze in Deutschland. Die Ausweitung der Möglichkeiten zur Videoüberwachung im öffentlichen Raum zur Abwehr schwerer Straftaten verbessert auch den Schutz der Bürger vor terroristischen Anschlägen.
- Die Aufklärungsquoten in Niedersachsen sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen und derzeit so hoch wie nie zuvor. 2006 wurde mit einer Aufklärungsquote von 55,5 Prozent nahezu der Rekordwert des Vorjahres (55,7 Prozent) erreicht – mehr als jede zweite Straftat konnte von der Polizei aufgeklärt werden.
- Wir verbinden seit kurzem die Ausbildung des polizeilichen Nachwuchses mit der Fortbildung der Polizeibeamtinnen und –beamten in der neugeschaffenen Polizeiakademie Niedersachsen.
- Angesichts der terroristischen Bedrohungslage haben wir unsere Anstrengungen bei der Terrorismusbekämpfung ausgeweitet. Den Verfassungsschutz haben wir personell verstärkt. Das neue Gemeinsame Informations- und Analysezentrum (GIAZ) von Polizei und Verfassungsschutz analysiert schnell und umfassend alle Informationen. Zusätzlich ist eine Koordinierungsgruppe Islamistischer Terrorismus (KGIT) eingerichtet worden. Eine weitere neu geschaffene Einheit führt anlassunabhängige Recherchen im Internet durch, die terroristische und extremistische Aktivitäten feststellt und auswertet.
- Die auf Bundesebene eingeführte Anti-Terror-Datei basiert auf einem Vorschlag Niedersachsens. Der von uns 2004 bereits eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung einer solchen Datei war der Impulsgeber für die heutige Rechtslage.
- Zahlreiche Maßnahmen des Verfassungsschutzes, insbesondere Aufklärungskampagnen, haben dem Rechts- und dem Linksextremismus in Niedersachsen entgegengewirkt. Mit den 2004 landesweit bei allen Polizeiinspektionen gebildeten Präventionsteams sowie mit den Präventionsräten, den Schulen und weiteren, ehrenamtlichen Einrichtungen haben wir die Aufklärung junger Menschen über politischen Extremismus intensiviert. Darüber hinaus sorgen wir mit einem beim Innenministerium eingesetzten Beauftragten für Immobiliengeschäfte mit rechtsextremistischem Hintergrund für eine mit den Kommunen bestmöglich abgestimmte Abwehr entsprechender rechtsextremistischer Bestrebungen.

- Im Bereich der Feuerwehr haben wir bereits Ende 2006 Reformen im Aufbau des Innenministeriums auf den Weg gebracht, die eine Stärkung der Position der Feuerwehrorganisation im Lande bedeuten. Mit der Schaffung der Stelle des Landesbranddirektors haben wir eine Institution geschaffen, die als Vertreter der mehr als 150.000 haupt- und ehrenamtlichen Helfer der Feuerwehren, aber auch der verschiedenen Organisationen des Katastrophenschutzes auf Landesebene fungiert.
- Mit dem neuen Justizvollzugsgesetz übernimmt Niedersachsen eine Vorreiterrolle in der bundesdeutschen Rechtsgeschichte. Erstmals hat ein Land ein Strafvollzugsgesetz vorgelegt, das neben dem Erwachsenen- auch den Jugendvollzug und die Untersuchungshaft regelt. Das Gesetz stellt die Sicherheit wieder in den Mittelpunkt des Strafvollzuges. In Zukunft werden Sicherheit und die soziale Integration der Straftäter gleichwertige Ziele des Strafvollzugs in Niedersachsen.
- Wir haben im Bereich des Justizvollzugs bereits im Jahr 2004 eine umfangreiche Bestandsaufnahme der Strukturen und Konzepte des Strafvollzugs in Niedersachsen durchgeführt und ein „Einheitliches Niedersächsisches Justizvollzugskonzept“ entwickelt. Unter anderem haben wir alle Anstalten entsprechend ihrer technischen Ausstattung in vier Sicherheitsstufen eingeteilt und besonders gefährliche Gefangene in die besonders gesicherten Haftanstalten Celle, Oldenburg, Sehnde und Rosdorf verlegt.
- Die Zahl der Beschäftigungsplätze für Strafgefangene in den niedersächsischen Vollzugsanstalten hat sich von 4.169 im Jahr 2002 auf 4.996 im Jahr 2006 erhöht. Die Zahl der Aus- und Fortbildungsplätze für Gefangene wurde in diesem Zeitraum von 1.159 auf 1.366 gesteigert.
- Auf maßgebliche Initiative Niedersachsens wurde auf Bundesebene das Gesetz zur Änderung des Überstellungsausführungsgesetzes und des Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen verabschiedet. Nach diesem Gesetz können in Zukunft verurteilte ausländische Straftäter auch ohne ihre Zustimmung zur Verbüßung der Strafe in ihr Heimatland überstellt werden.
- Wir bekämpfen nachhaltig und schlagkräftig Korruptionsdelikte, die eine ernsthafte Bedrohung für die Stabilität und Sicherheit unseres Staates darstellen. Wir haben 2007 ein flächendeckendes Netz von Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Korruptionsbekämpfung in Niedersachsen geschaffen.
- Wir haben die Justiz mit zusätzlichen Richtern und Staatsanwälten verstärkt. An den Verwaltungsgerichten gibt es mittlerweile acht und an

den Sozialgerichten 42 zusätzliche Richterstellen und 34 nichtrichterliche Stellen. Mit 15 neuen Stellen für Strafrichter haben wir deutlich gemacht: Straftaten werden in Niedersachsen konsequent verfolgt und zur Anklage gebracht.

## **Gemeinsam werden wir auch in Zukunft unser Land bewegen:**

### **Polizei**

Garanten der inneren Sicherheit sind Polizei und Verfassungsschutz. Wir sind auf motivierte Polizistinnen und Polizisten angewiesen, die ihre wichtige Arbeit im Dienst am Menschen leisten. Wir werden die Präsenz der Polizei auf der Straße weiter erhöhen. Bürgernähe und Prävention sind unsere Leitmotive. Wir streben die Einstellung weiterer Polizeibeamtinnen und -beamter an, um Anforderungen wie beispielsweise bei der Bekämpfung der Internetkriminalität gerecht zu werden. Dazu ist uns eine aufgaben- und verwendungsbezogene Aus- und Fortbildung wichtig. Wir werden gezielt Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund einstellen, um so auf geänderte Anforderungen zu reagieren. Wir werden auch mehr Bewerberinnen und Bewerber mit Realschulabschluss für die Polizei gewinnen.

Wir haben unser 1000er-Programm zur Personalverstärkung der Polizei mit 1000 zusätzlichen Polizei-Vollzugsbeamten konsequent umgesetzt; bis 2011 werden alle zusätzlich eingestellten Polizeianwärterinnen und -anwärter ihre Ausbildung abgeschlossen haben. Damit verfügt Niedersachsen schon heute über so viele Polizistinnen und Polizisten wie nie zuvor in der Geschichte des Landes. Wir werden auch zukünftig schnellere Beförderungen bei der Polizei ermöglichen und setzen ein kontinuierliches Stellenhebungsprogramm für Beamte und Beschäftigte um.

Neben einer angemessenen Personalausstattung gehört eine funktionsgerechte Ausrüstung zu den Erfolgsfaktoren guter Polizeiarbeit. Wir wollen, dass die Polizei in der Kriminalitätsbekämpfung technisch immer auf dem neuesten Stand ist. Wir legen ein Sonderprogramm zur Verbesserung der Ausrüstung der Polizei auf. Es dient auch dazu, den Ersatz von sicherheitsrelevanten Ausstattungen zum persönlichen Schutz der Beamtinnen und Beamten, wie z.B. Schutzwesten und Fahrzeuge, sicherzustellen. Dazu kommt ein Programm zur Bauunterhaltung und -sanierung von Polizeiliegenschaften. Zusammen mit der im Aufbau befindlichen Budgetierung des Polizeihaushaltes mit Entscheidungsverantwortung in den Polizeidirektionen soll so ein flexibler Mitteleinsatz, orientiert an den tatsächlichen Erfordernissen, sichergestellt werden.

Auf die Einführung des Digitalfunks für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) sind wir im Verbund mit Bund und Ländern

schon gut vorbereitet. Wir werden dafür sorgen, dass die Einführung des Digitalfunks so schnell wie möglich erfolgt und die Kommunen unterstützt werden. Dazu gehört auch eine wirksame Vernetzung aller Sicherheitsbehörden und -organisationen.

Die immer neuen Herausforderungen an die Arbeit der Sicherheitsbehörden erfordern eine fortwährende Anpassung der rechtlichen Instrumentarien der Sicherheitsbehörden. Daher sprechen wir uns für die Ausweitung der Telekommunikationsüberwachung auf den Bereich der Abwehr von schwersten Straftaten aus. Dazu gehört eine Ausweitung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum im Rahmen der rechtlichen Vorgaben.

Wir werden die Bekämpfung von Internetkriminalität ausbauen. Wir verstärken die „virtuellen Streifen“, bei denen das Landeskriminalamt zum Zwecke der Gefahrenabwehr Internetseiten und Online-Anbieter auf polizeilich relevante Inhalte durchsucht. So können schwere Straftaten, wie Terrorismus oder Kinderpornographie besser bekämpft werden. In einem ganzheitlichen Ansatz bilden wir eine Innovationspartnerschaft aus Forschung, Polizei, Medien und Providern, die die Missbrauchsgefahren des Internets analysiert und neueste Schutzmechanismen erarbeitet.

Wir bauen das Intensivtäterprogramm aus. Eine größere Anzahl schwerer Straftaten wird von Mehrfach- und Intensivtätern begangen. Wir werden deswegen täterorientiert und deliktübergreifend ermitteln lassen und die Erkenntnisse der Strafverfolgungsbehörden bündeln.

Polizei und Staatsanwaltschaft brauchen effektive Instrumentarien zur Strafverfolgung. Daher werden wir uns weiter für eine konsequente Nutzung der DNA-Analyse und deren bedarfsgerechte Ausweitung einsetzen. Wir wollen, dass der „genetische Fingerabdruck“ genauso wie der klassische Fingerabdruck zur Täterermittlung dokumentiert wird.

Wir erkennen die Bedeutung der Gerichtsmedizin und der Kriminalistik für die Aufklärung von Straftaten an. Wir unterstützen die Forschung in diesen Bereichen und halten es für erstrebenswert, dass kriminaltechnische Disziplinen an wenigstens einer deutschen Universität gelehrt werden. Aus diesem Grunde werden wir die Erwägungen der Georg-August-Universität in Göttingen unterstützen, einen zweisemestrigen Magisterstudiengang in Kriminalwissenschaften für Studierende einzuführen.

Innovationen bei der Verbrechensbekämpfung sind unverzichtbar. Wir werden Ideen für Forschungsprojekte aus allen Sicherheitsbehörden stärker bündeln. Unter dem Dach der neuen Polizeiakademie Niedersachsen werden wissenschaftliche Erkenntnisse dieser Forschung in einer international ausgerichteten Aus- und Fortbildung direkt in die Praxis umgesetzt.

Die ganzheitliche Bekämpfung der Jugendkriminalität wird für uns ein weiterer Schwerpunkt sein. Die zunehmende Gewalt von Jugendlichen und Heranwachsenden ist besorgniserregend. Wir werden deshalb die von der CDU-geführten Landesregierung eingerichteten Präventionsteams bei den Polizeiinspektionen weiter fördern. Denn in jungen Jahren werden die Grundlagen für rechtstreu Verhalten gelegt. PC- und Internetprojekte für gewaltfreie Konfliktlösung, die Information über Chancen und Risiken elektronischer Medien oder die Aufklärung über den überpolitischen Extremismus von Links wie Rechts sowie religiös motivierten Extremismus sollen wissenschaftlich fundiert fortentwickelt und ausgebaut werden. Besonders für unsere Schulen muss gelten: Null-Toleranz gegenüber Gewalt, Diskriminierung, Mobbing und Belästigung. Als Pilot-Projekt soll ein Anti-Aggressionstraining an niedersächsischen Schulen mit hohem Gewaltpotential durchgeführt werden.

Wir wollen gemeinsam mit den Sportvereinen der zunehmenden Gewalt in den Fußballstadien mit einer Initiative gegen Hooligans begegnen, damit der Stadionbesuch für alle Sportbegeisterten ein sicheres Sporterlebnis bleibt.

## **Verfassungsschutz und Terrorabwehr**

Der Verfassungsschutz leistet wichtige Arbeit insbesondere auf den Gebieten der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und bei der Bekämpfung des Rechts- und Linksextremismus. Er schützt die Bürgerrechte gegen Angriffe von Extremisten. Seine Handlungsfähigkeit muss daher weiter gestärkt werden. Wir setzen uns für eine europaweite Autonomendatei ein. Den personellen Anforderungen und den Entwicklungen bezüglich notwendiger und legitimer Ermittlungsinstrumentarien, die sich aus veränderten Bedrohungslagen ergeben, werden wir daher Rechnung tragen.

Wir setzen die Aufklärungs- und Präventionsarbeit des Verfassungsschutzes bei der Bekämpfung des politischen Extremismus fort und bauen sie aus. Insbesondere die Arbeit mit Jugendlichen und Multiplikatoren – vor allem Lehrkräften - ist ein Erfolgsmodell. Wir dehnen es auf Erzieher und Freie Träger der Jugendhilfe aus. Wir treten entschieden gegen jede Form von Extremismus ein und führen die erforderlichen Aufklärungskampagnen über politischen Extremismus weiter. Dazu werden wir Stiftungen in der politischen Bildung stärken - auch in finanzieller Hinsicht. Außerdem treten wir dafür ein, dass Themen wie „Staatsbürgerkunde“ oder „Politik“ einen besonderen Schwerpunkt im Unterricht einnehmen.

Für Sekten und Gruppierungen wie Scientology darf in Niedersachsen kein Platz sein.

Die vorbeugende Telekommunikationsüberwachung im Rahmen verfassungsrechtlicher Grenzen und mit richterlicher Genehmigung sehen wir als erforderliches Mittel zur Abwehr von Terrorismusgefahren.

Die neuen asymmetrischen Sicherheitsgefährdungen und die Transformation der Bundeswehr erfordern eine wirksame Vernetzung aller Sicherheitsbehörden einschließlich der Streitkräfte unter Wahrung der Zuständigkeiten des Landes.

## **Brand- und Katastrophenschutz**

Die Freiwilligen Feuerwehren sowie die Berufs- und Werksfeuerwehren leisten eine herausragende Arbeit für die Sicherheit der Menschen in Niedersachsen. Unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Gesundheit retten sie Menschenleben und sind in Katastrophenfällen wie Brand oder Hochwasser mit ihrer Kompetenz und Erfahrung zur Stelle. Ihre Arbeit werden wir auch in Zukunft unterstützen und anerkennen. Wir stehen auch zukünftig für eine bedarfsgerechte Förderung der Freiwilligen Feuerwehr. Wir bekennen und zu den bestehenden Feuerweherschulen in Celle und in Loy sowie zu den Verbandsstrukturen der Feuerwehren in Niedersachsen.

Der Katastrophenschutz wird von vielen engagierten, effektiven und einsatzbereiten Verbänden, Organisationen und Vereinen geleistet. Der Arbeiter-Samariter-Bund, das Deutsche Rote Kreuz, die Johanniter-Unfall-Hilfe, der Malteser Hilfsdienst, die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft sowie die Bundesanstalt des Technischen Hilfswerkes leisten einen wichtigen und unverzichtbaren Beitrag für eine rasche Hilfe in Krisen- und Katastrophenfällen. Zur Gewährleistung der Inneren Sicherheit gehört ebenso die Abwehr von Gefahren und Schäden durch Feuer und Naturkatastrophen. Deshalb setzen wir uns weiterhin für einen schlagkräftigen und effektiven Brand- und Katastrophenschutz ein.

Unverändert räumen wir dem Auf- und Ausbau des Zivil- und Katastrophenschutzes hohe Priorität ein. Wir sind gemeinsam mit dem Bund gefordert, neben der Bereitstellung finanzieller und sächlicher Mittel auch die Ausbildungsangebote für die Helferinnen und Helfer auszubauen. Die Rahmenbedingungen für ihre ehrenamtliche Tätigkeit werden wir grundlegend verbessern. Dabei ist ein hinreichender Versicherungsschutz der Helfer selbstverständlich.

Unverzichtbar bei der Bewältigung von Großschadenslagen und im Katastrophenfall ist aber auch der subsidiäre Einsatz von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr. Um in schweren inneren Notlagen einen möglichst verzugslosen Hilfeinsatz durch die Bundeswehr in Zukunft gewährleisten zu können, werden wir uns dafür einsetzen, dass es in Nie-

dersachsen zu keinen weiteren Standortauflösungen kommt. Damit tragen wir gleichzeitig zum Erhalt der regionalen Wirtschaftskraft bei.

Für Katastrophenfälle erstellen wir eine landesweite Gefährdungsanalyse zur Entwicklung eines allgemeinen und medizinischen Katastrophenschutzkonzepts.

## **Justiz- und Rechtspolitik**

Wir werden eine effiziente Rechtspflege und umfassenden Schutz vor Straftaten zu gewährleisten. Wir werden die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung stellen. Der Opferschutz hat dabei für uns Priorität. Wir werden die Justiz weiter stärken und fit für die neuen Herausforderungen machen. Ein konsequentes und verlässliches Rechtssystem ist untrennbar mit einer freien Gesellschaft verbunden. Es ist darüber hinaus ein bedeutender Standortfaktor für Unternehmen aus dem In- und Ausland.

Wir werden erstmals einen umfassenden Opferschutzbericht erstellen und zur Grundlage für die Entwicklung neuer Präventions- und Konfliktlösungsstrategien machen. Und wir werden die Rechte der Opfer in den Verfahren stärken. Der Bund soll den Opfern schwerer Körperverletzungen ermöglichen, sich gegebenenfalls einen Opferanwalt auf Landeskosten beordnen zu lassen und hierfür Prozesskostenhilfe zu erhalten.

Verhängte Strafen müssen spürbar sein. Insbesondere Jugendliche müssen die Strafe als unmittelbare Folge der Straftat erleben. Wir fordern daher, Richtern die Möglichkeiten zur Verhängung eines „Warnarrests“ zu geben. Jugendliche erfahren dann am eigenen Leib, was ihnen droht, wenn sie nochmals straffällig werden. Wir wollen wirksam erzieherisch auf Jugendliche einwirken. Sie sollen Strafen nicht abstrakt, sondern individuell erfahren. Wir setzen uns für die Verhängung von Fahrverboten als Strafe auch bei anderen Delikten als Verkehrsdelikten ein. Zudem werden wir darauf hinwirken, dass die Gerichtsverfahren jugendlicher Straftäter schneller abgeschlossen werden. Die Strafe soll der Tat auf den Fuß folgen.

Eigentümerrechte an Häusern und Wohnungen wollen wir vom Staat geschützt wissen. Es ist kein Kavaliersdelikt, wenn beispielsweise Sprayer die Hauswände beschmieren. Die Verletzung dieser Rechte muss mit aller Konsequenz verfolgt werden.

Jugendlichen Intensivtätern gilt ein besonderes Augenmerk. Wir wollen kriminelle Karrieren so früh wie möglich stoppen. Diesen Jugendlichen muss unser Rechtsstaat konsequent Grenzen setzen. Dabei unterstützen wir die verstärkte Zusammenarbeit von Schule, Polizei und Staatsanwaltschaften.

Wir werden Jugendlichen an niedersächsischen Schulen verstärkt Kompetenzen in Fragen von Recht, Sicherheit und Ordnung vermitteln. Sie sollen schon früh mit ihren Bürgerrechten und Bürgerpflichten vertraut gemacht werden.

Die Medienkompetenz von Eltern und Kindern werden wir fördern. Wo es der Schutz junger Menschen erfordert, werden wir deshalb das Schüren von Gewaltphantasien unterbinden. Brutale, Gewalt verherrlichende und pornographische, jugendgefährdende Darstellungen sind für uns kein Ausweis von Freiheit, sondern von Verantwortungslosigkeit. Wir verstärken unsere Anstrengungen für einen besseren und erweiterten Jugendschutz. Dazu gehört für uns auch der Schutz vor Gewalt darstellenden und verherrlichenden Video- und Computerspielen. Die bereits bestehenden Verbote solcher Spiele wenden sich nur gegen die extremsten Fälle, bei denen Gewaltanwendungen in der virtuellen Welt als besonders heldenhaft hervorgehoben werden. Aber nicht nur die Verherrlichung von angewandeter Gewalt, sondern auch die massive Gewaltanwendung in Computer – und Videospiele als solche kann die Aggressivität unserer Kinder fördern und ihnen schaden. Deshalb fordern wir, dass das strafrechtliche Verbot auch auf solche Video- und Computerspiele ausgedehnt wird. Wir werden außerdem darauf dringen, dass die gesetzlichen Vorschriften im Verfahren des Jugendmedienschutzes auf den Prüfstand kommen. Die Regelungen zur Indizierung und Altersfreigabe werden nicht immer zutreffend ausgelegt und mit der notwendigen Entschlossenheit und Konsequenz angewandt. Wir wollen, dass Bund und Länder gemeinsam nach Verbesserungsmöglichkeiten suchen.

Gefangene müssen im Strafvollzug auf ihr Leben in Freiheit vorbereitet werden, ohne dass dabei unkalkulierbare Sicherheitsrisiken entstehen. Wir werden Vollzugslockerungen nur dann zulassen, wenn die Straftäter lang genug beobachtet wurden und ihre Ungefährlichkeit verlässlich prognostiziert werden kann.

Kapazitäten in den Haftanstalten werden wir sinnvoll nutzen. Deshalb bauen wir das Programm „Schwitzen statt Sitzen“ aus. Wer zu einer Geldstrafe verurteilt wird, diese aber nicht zahlen kann, soll seine Strafe in Form gemeinnütziger Arbeit abarbeiten, anstatt sie kostenintensiv zu inhaftieren.

Wir bündeln die Kräfte von Bewährungshilfe, Führungsaufsicht und Gerichtshilfe und schaffen damit eine leistungsstarke Kontrollinstanz für entlassene Straftäter. Durch dieses Sicherheitsmanagement wollen wir Rückfälle und neue Opfer verhindern. Nach Haftverbüßung entlassene schwere Straftäter dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Wir werden

uns deshalb gemeinsam mit der Polizei für eine bundesweite Datei für besonders gefährliche Gewalt- und Sexualstraftäter einsetzen.

Besonders gefährliche Straftäter, bei denen die Gefahr eines Rückfalles groß ist, wollen wir nicht in die Freiheit entlassen müssen. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, die Gesetzeslücken bei der nachträglichen Sicherungsverwahrung zu schließen.

Ein sicherer Vollzug braucht gute und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Deshalb schaffen wir Leistungsanreize durch mehr Beförderungsmöglichkeiten im mittleren allgemeinen Vollzugsdienst. Wir wollen der großen Verantwortung der Vollzugsbeamtinnen und -beamten gerecht werden.

Wir wollen kurze Wege zu den Gerichten und bekennen uns zu einer bürgernahen Justiz in der Fläche. Außerdem setzen wir uns für straffe und effiziente Verfahren ein. Die Gerichte sollen Verhandlungen zügig durchführen können. Wir werden auf verständlichere und transparentere Verfahren hinwirken.

Wir werden den Gerichtsaufbau transparenter machen. Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten werden zurzeit von Verwaltungs-, Sozial, und Finanzgerichten entschieden. Wie auch in anderen europäischen Ländern wollen wir eine einheitliche öffentlich-rechtliche Gerichtsbarkeit schaffen.

Wir setzen unsere erfolgreichen Anstrengungen zur Korruptionsbekämpfung fort. Die vier bestehenden Schwerpunktstaatsanwaltschaften unterstützen und fördern wir in ihrer Arbeit.

Wir werden die Kommunikation der Recht suchenden Niedersachsen mit Gerichten durch den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien vereinfachen und beschleunigen. Den elektronischen Rechtsverkehr, d.h. das Einreichen von Anträgen und Klageschriften bei Gericht über das Internet sowie die elektronische Akteneinsicht, bauen wir weiter aus.

Wir setzen uns für eine gute, schnelle und verständliche Rechtsprechung ein, die Rechtssicherheit schafft und Konflikte beendet. Wir werden das Recht vereinfachen. Wir wollen der Regulierungswut Einhalt gebieten und setzen uns für schlanke Gesetze ein, die sich auf die notwendigen Regelungen beschränken. Durch außergerichtliche Schlichtung lassen sich oft frühzeitig und kostensparend Lösungen entwickeln, die beide Konfliktparteien zufrieden stellen und künftige Auseinandersetzungen vermeiden. Wir werden deshalb neben der Mediation auch die anderen Institutionen der außergerichtlichen Streitbeilegung, wie die Schiedsleute der

Städte und Gemeinden oder die verschiedenen Schlichtungsstellen, unterstützen.

Wir fordern die schnelle Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen. Das beste Urteil nützt nichts, wenn es nicht durchgesetzt werden kann, weil z.B. der Schuldner nicht zahlt. Wir wollen eine Modernisierung des Zwangsvollstreckungsrechts mit dem Ziel, Kosten zu sparen und Verfahren zu verkürzen. Das Gerichtsvollzieherwesen muss ebenfalls modernisiert werden. Gerichtsvollzieher sollen in Zukunft wie Notare als Beliehene im Wettbewerb miteinander tätig sein.

Die Justiz nimmt viele Aufgaben wahr, die nicht zur Rechtsprechung gehören, wie die Führung der Handelsregister. Wir werden die Justiz auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Wir unterstützen die Auslagerung von Verwaltungsaufgaben, die ohne Qualitätsverlust von Privaten wahrgenommen werden können.

## Wertebewusst und weltoffen – Integration in Niedersachsen

**Gelungene Integration zugewanderter Menschen ist eine wichtige Aufgabe. Sie ist Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Integrationspolitik ist mehr als Politik für und mit Zugewanderten. Sie wendet sich an die gesamte Gesellschaft und ist auf Teilhabe und Chancengleichheit ausgerichtet. Wir verstehen die Integration Zugewanderter vor allem als Chance und setzen uns für ein harmonisches Miteinander der Menschen in Niedersachsen ein.**

### Gemeinsam haben wir in den vergangenen fünf Jahren viel erreicht:

- Durch die Bestellung einer Integrationsbeauftragten haben wir in Niedersachsen heute eine zentrale Koordinatorin und Ansprechpartnerin für alle Maßnahmen zur Integration von Migrantinnen und Migranten.
- Bei der Integration setzen wir seit einigen Jahren erfolgreich auf den Erwerb deutscher Sprachkenntnisse. Die vorschulische Sprachstandsfeststellung, der islamische Religionsunterricht und die Einrichtung von Leitstellen für Integration in vielen Kommunen sind wichtige Beispiele für eine gelungene Integrationspolitik in Niedersachsen.
- Das Land fördert das Projekt Integrationslotsen und unterstützt damit die Ausbildung von 800 ehrenamtlichen Lotsen. Integrationslotsen helfen Neuzuwanderern bei der Orientierung in einer für sie fremden Umgebung und unterstützen hier lebende Migrantinnen und Migranten sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler bei der sprachlichen, schulischen, beruflichen und gesellschaftlichen Integration.
- Die Landesregierung hat - auch auf Bundesebene - eine bessere Integration von Ausländerinnen und Ausländern bewirkt wie z. B. durch zusätzliche Integrationskurse oder die Chance auf einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland, wenn die Migrantinnen und Migranten selbst nachhaltig für ihren Unterhalt sorgen können.
- In Niedersachsen wird seit dem Schuljahr 2003 / 2004 im Rahmen eines Schulversuchs „Islamischer Religionsunterricht“ angeboten. Die Beteiligung in den einzelnen Jahrgängen liegt bei oft 100 Prozent; die Akzeptanz des Schulversuchs ist bei Schülern, Lehrkräften und Eltern gleichermaßen hoch. Der Schulversuch fördert die Integration der muslimischen Schüler, wirkt identitätsstiftend und trägt zu einer wesentlichen Steigerung der Sprachkompetenz bei.

- Mit dem niedersächsischen Handlungsprogramm Integration stehen über 63 Millionen Euro für Integrationsmaßnahmen zur Verfügung.
- Wir haben die Kommunen bei der Integration von Zuwanderern gestärkt: Mit der Einrichtung von 15 „Leitstellen für Integration“ im ganzen Land unterstützt Landespersonal die kommunalen Einrichtungen vor Ort.
- Die Niedersächsische Landesregierung hat ihre Aktivitäten zur Integration ausgebaut und in einer neuen Abteilung für Integration im Innenministerium gebündelt.
- Wir haben das Grenzdurchgangslager Friedland für die nach Niedersachsen kommenden Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und jüdischen Zuwanderer zu einem Integrationszentrum fortentwickelt.

### **Gemeinsam werden wir auch in Zukunft unser Land bewegen:**

#### **Integration**

Nur mit dem klaren Bekenntnis zu uns selbst als einer durch unsere Geschichte und Kultur geprägten Gesellschaft kann Integration gelingen. Das Bekenntnis zu Grundwerten wie der Unantastbarkeit der Menschenwürde, der Einhaltung der Menschenrechte und das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und unserer Verfassung sind unabdingbare Voraussetzungen für das Zusammenleben in unserem Land. Wir bekennen uns insbesondere zu unserem christlich-abendländischen Erbe und den Werten der Aufklärung. Grundlage unserer Integrationspolitik ist das Bild einer deutschen Leitkultur, die ein Teil der europäischen Wertegemeinschaft ist. Wer dauerhaft in unserem Land leben will, muss sich zu diesen Grundwerten bekennen.

Die „Integrationsoffensive Niedersachsen - Pakt für Integration mit den Kommunen“ ist für uns ein Schwerpunkt systematischer Integrationsarbeit.

Wir begreifen Integration als einen fortschreitenden Prozess in der Verantwortung für alle und von allen Menschen. Dies kann nur auf der Grundlage eines wechselseitigen Verständnisses gelingen. Toleranz ist keine Einbahnstraße. Um dieses Verständnis zu fördern, werden wir eine Niedersächsische Integrationskonferenz durchführen. Sie soll den Dialog zwischen Kulturen, Religionen und gesellschaftlichen Vorstellungen weiter voran bringen. Relevante Gruppen in Staat und Gesellschaft werden die Möglichkeit zur Teilnahme bekommen. Die Ergebnisse von Arbeitsgruppen dieser Integrationskonferenz werden in die tägliche Arbeit der Verwaltung einfließen. In das Niedersächsische Handlungsprogramm In-

tegration, welches schon jetzt eine Vielzahl von Angeboten für Migrantinnen und Migranten enthält, werden wir die Vorschläge der Integrationskonferenz einbeziehen.

Uns ist der Austausch mit anerkannten muslimischen Organisationen wichtig. Auf diesem Weg wollen wir eine verbesserte Integration erreichen. Die Vereinbarung einer Selbstverpflichtung islamischer Verbände und Bildungseinrichtungen auf das Prinzip der Integration auf der Grundlage unserer Verfassung ist unser Ziel.

Wir sind verpflichtet, Flüchtlingen und politisch Verfolgten Schutz zu gewähren, bis die Bedrohungslage im Herkunftsland nachweisbar aufgehoben ist. Eine Zuwanderung in die Sozialsysteme lehnen wir dagegen ab. Ausländer, die die Gastfreundschaft durch die Begehung von Straftaten missbraucht haben, müssen unser Land sofort verlassen.

Notwendige Bedingung für gelungene Integration ist die Teilhabe an der Gesellschaft über das Erwerben deutscher Sprachkenntnisse. Die Sprachförderung nimmt bereits jetzt einen hohen Stellenwert in der Integrationsarbeit ein. Dies gilt insbesondere für die Sprachförderung bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Wir setzen uns für eine Fortsetzung und Ausweitung der Sprachförderung in Kindergärten und Schulen ein. Das Beherrschen der deutschen Sprache muss eine Selbstverständlichkeit werden, denn jedes Kind muss dem Unterricht auf Deutschen folgen können.

Wir halten am Grundprinzip des Forderns und Förderns fest. Grundgesetz und Landesverfassung sind das politische Fundament für alle Menschen in Niedersachsen. Integration erfordert von allen Menschen die ausdrückliche Bereitschaft zu lernen, sich einzugliedern, aber auch Offenheit und Verständnis. Eine Integrationsverweigerung werden wir nicht akzeptieren. Der Entwicklung von Parallelgesellschaften treten wir entschieden entgegen. Deswegen bekämpfen wir entschlossen islamistische und andere Bestrebungen im Bereich Ausländerextremismus, die Integration hintertreiben und der Bildung von Parallelgesellschaften den Boden bereiten.

Wir gehen den eingeschlagenen Weg des Ausbaus von Integrations- und Sprachkursen weiter. Integrationskurse werden neu in unser Land gekommene Zuwanderer auf ihr Leben in Deutschland vorbereiten. Sie vermitteln Kenntnisse, die das Zusammenleben erleichtern. Diese Kurse umfassen einen Sprachteil und einen landeskundlichen Teil, der helfen soll, sich im Alltag zu Recht zu finden. Wir werden keine passive Anwesenheit dulden, sondern auf eine erfolgreiche Teilnahme an diesen Kursen drängen.

Niedersachsen steht im Wettbewerb um die besten Köpfe. Wir wollen, dass sich die besten Köpfe für unser Land entscheiden. Wir müssen dafür sorgen, dass Jugendliche auf dem Markt international umworbener Fachkräfte nicht nur ins Ausland wie die USA, sondern auch nach Niedersachsen gehen. Wir wollen, dass Niedersachsen attraktiver wird für junge, gut ausgebildete Menschen, auch für solche, die nicht aus Deutschland stammen. Wir werden die Zuwanderungspolitik auch auf hoch qualifizierte ausländische Fachkräfte konzentrieren und uns in diesen Fällen dafür einsetzen, die Zuwanderungsbedingungen zu erleichtern. Gleichzeitig werden wir die Ausbildungs- und Arbeitsangebote für hier lebende Migranten ausbauen und verbessern. Wir begrüßen es, wenn insbesondere im öffentlichen Dienst vermehrt Migrantinnen und Migranten eingestellt werden.

Maßnahmen zur Anerkennung der Berufsqualifizierung von Migranten in Niedersachsen führen wir ebenso fort, wie die Einrichtung eines Ergänzungsstudienganges für Zuwanderer mit industrienahen Fächerkombinationen.

Wir planen eine „Gründungsoffensive Niedersachsen – Zuwanderer als Unternehmer“. Junge Unternehmer mit Migrationshintergrund, die den Sprung in die Selbstständigkeit wagen, begleiten und unterstützen wir bei der Gründung ihres Unternehmens.

Das Osnabrücker Modellprojekt Integrationslotsen, bei dem Migranten sich gegenseitig im täglichen Leben helfen, werden wir landesweit aufbauen. Für die Ausbildung von Ehrenamtlichen im Rahmen dieses Programms „Integrationslotsen“ stellen wir bis zum Jahr 2013 rund 1,5 Millionen Euro zur Verfügung.

Das „Netzwerk der Ideen“, das in 15 Kommunen mit Integrationsleitstellen begonnen wurde, führen wir fort. Landesweit werden wir es zu einer Plattform der Integrationsarbeit entwickeln, die herausragende Beispiele für erfolgreiche Integrationsarbeit aufzeigt. Weitere Integrationsleitstellen richten wir ein.

Wir gestalten das Ministerium für Inneres und Sport um zu einem Ministerium für Inneres, Integration und Sport. Wir koordinieren dort alle mit Integration zusammenhängenden Angelegenheiten. Personell machen wir diese Neuausrichtung fest an der bereits neu geschaffenen Position der Integrationsbeauftragten.

Die Bedeutung der Integration werden wir durch die Einrichtung eines Lehrstuhls für Migrations- und Kulturforschung an einer niedersächsischen Hochschule unterstreichen. Der Lehrstuhlinhaber und dessen Insti-

tut soll die Integrationsarbeit in Niedersachsen wissenschaftlich begleiten und evaluieren.

Seit dem Schuljahr 2003/2004 gibt es in Niedersachsen landesweit an 22 Grundschulen islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache. Mit der Einführung für derzeit 700 Schüler haben wir Pionierarbeit geleistet. Diese Arbeit setzen wir fort, indem wir das Modellprojekt zum „Regelfall“ ausbauen. Lehrinhalte des islamischen Religionsunterrichts werden wir ebenso wie beim christlichen Religionsunterricht in einem Curriculum zusammenfassen. An Qualität und Inhalte des islamischen Religionsunterrichts stellen wir die gleichen Anforderungen wie an jeden anderen Unterricht. Die Weiterbildungslehrgänge für Lehrer des islamischen Religionsunterrichts an der Universität Osnabrück bauen wir aus.

Wir werden ein Projekt „Integration durch Sport“ etwa zum Erwerb und zum Ausbau interkultureller Kompetenz von Übungsleitern initiieren. Wir wollen außerdem die Sportvereine bei Integrationsprojekten fördern.

### **Heimatvertriebene und Aussiedler**

Niedersachsen kann in seiner 60jährigen Geschichte und insbesondere in der Phase der Vertreibung von Deutschen eine erfolgreiche Integrationsbilanz vorzuweisen. Niedersachsen ist für viele Heimatvertriebene und Aussiedler ein neues Zuhause geworden. Unser Land hat damit seine Integrationskraft bewiesen.

Auch in Zukunft haben die Angelegenheiten der deutschen Heimatvertriebenen und Spätaussiedler einen hohen Stellenwert. Sie finden in der CDU weiterhin einen verlässlichen Partner. Wir wollen die gesellschaftspolitisch wichtigen Projekte der Vertriebenen und ihrer Verbände weiter angemessen fördern. Spätaussiedler und ihre Familien sollen im Rahmen der Möglichkeiten spezielle Hilfe und Förderung erhalten. Hier werden wir zielgruppengerechte Lösungen entwickeln und umsetzen.

Die Erfahrung der Vertreibung, die jeder fünfte Deutsche verarbeiten musste, und das Erlebnis der Integration von Millionen von Flüchtlingen im zerstörten Nachkriegsdeutschland, gehören zu den prägenden Ereignissen unserer Gesellschaft. Das kulturelle Erbe der Vertriebenen gehört zur deutschen Nationalkultur. Wir wollen es weiter pflegen. Wir setzen uns für eine Gedenkkultur für Flucht und Vertreibungen ein. Wir unterstützen die Bestrebungen, ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin zu gründen. Wir stiften einen niedersächsischen Förderpreis für Integration und gewährleisten die durch uns eingeführte Behandlung des Themas Flucht und Vertreibung im Schulunterricht, sowohl bei der Entwicklung der Curricula für den Schulunterricht als auch bei der Lehrerausbil-

derung. Zudem unterstützen wir die Einführung eines nationalen Gedenktages für die Opfer von Vertreibung, Deportation und Zwangsarbeit.

Die sinkende Zahl von Spätaussiedlern und jüdischen Zuwanderern gibt die Chance, weite Teile der Integrationsphase im Grenzdurchgangslager Friedland zu konzentrieren. Wir setzen uns für ein „Gesamtkonzept Friedland“ ein, das die Durchführung von Integrations- und Sprachkursen weitgehend in die Phase unmittelbar nach Einreise mit ihrem Aufenthalt in Friedland nutzt. Damit wird gleichzeitig der Bestand der Einrichtung gewährleistet. Wir stehen für die Bündelung zu Beginn des Aufenthaltes im Bundesgebiet, um so die Integration zu verbessern. Wir setzen uns für die Errichtung einer nationalen Gedenkstätte und eines multimedialen Dokumentationszentrums in Friedland ein, bei dem auch die Heimatvertriebenen besonders berücksichtigt werden.

Die Arbeit des Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler hat sich bewährt und wird auch in Zukunft fortgesetzt.

Niedersachsen, das Patenland der Schlesier, wird auch in Zukunft dem großen Schlesiertreffen gerne ein guter Gastgeber sein.

Wir werden unsere erfolgreichen Partnerschaften des Landes Niedersachsen mit unseren Partnerregionen Niederschlesien und Großpolen vertiefen und die Freundschaften pflegen.

# Der Staat als Dienstleister

Alle reden vom Bürokratieabbau – wir handeln. Die Verwaltung von morgen muss schlank und ortsnah sein. Verwaltung ist kein Selbstzweck. Sie ist für die Menschen da. Wenn Menschen Staat und Verwaltung begegnen, müssen Behörden stärker als Dienstleister mit klarer Serviceorientierung auftreten. In unserer subsidiär aufgebauten Verwaltungsordnung kommt der kommunalen Ebene eine zentrale Funktion zu. Unsere Landkreise, Städte und Gemeinden müssen daher in ihrer Leistungsfähigkeit und ihren Kompetenzen gestärkt werden. Gerade auf der kommunalen Ebene ist der Gedanke der Bürgernähe besonders ausgeprägt. Hier werden wir gemeinsam mit den Kommunen noch intensiver schlanke und unbürokratische Dienstleistungsstrukturen etablieren. Wir wollen ein partnerschaftliches und vertrauensvolles Verhältnis zwischen Bürgern und Staat.

## Gemeinsam haben wir in den vergangenen fünf Jahren viel erreicht:

- Mit der Einführung des strikten Konnexitätsprinzips in die Niedersächsische Verfassung garantieren wir den Kommunen des Landes erstmals eine vollständige Erstattung von finanziellen Mehrbelastungen, die aus der Übertragung neuer oder aus der Veränderung von Anforderungen an bereits bestehende Aufgaben resultieren.
- Wir sorgen für verlässliche Einnahmen der Kommunen. Niedersachsen verfügt im Jahr 2007 über den höchsten kommunalen Finanzausgleich aller Zeiten (2007: 3,1 Mrd. Euro; im Vergleich: 2002: 2,7 Mrd. Euro). Die Wiedereinführung des Flächenfaktors stärkt den ländlichen Raum. Zugleich wird mit dem demographischen Faktor der Bevölkerungsrückgang in hiervon besonders betroffenen Kommunen finanziell abgefedert.
- Wir haben das Verfahren der sog. Bedarfszuweisungen für überschuldete Kommunen neu geordnet. In einer individuellen Zielvereinbarung legen Land und Kommune gemeinsam fest, welche Konsolidierungsmaßnahmen vor Ort zu treffen sind.
- Durch das Modellkommunen-Gesetz haben wir seit 2005 einigen Modellkommunen gestattet, bestimmte landesrechtliche Regelungen auszusetzen bzw. modifiziert anzuwenden. Und auch mit dem Gesetz zur Neuordnung des allgemeinen Rechts zur kommunalen Selbstverwaltung haben wir den Kommunen neue Spielräume zum Gestalten – insbesondere auch bei der interkommunalen Zusammenarbeit - gegeben und die Voraussetzungen für zukunftsfähige Kommunen in Niedersachsen geschaffen.

- Durch die niedersächsische Initiative im Bundesrat zur Absenkung der Gewerbesteuerumlage ist eine deutliche Kostenentlastung unserer Kommunen von jährlich fast 300 Millionen Euro erreicht worden.
- Die Gewerbeaufsicht ist zum Partner der Wirtschaft geworden, indem sie mit kurzen Entscheidungswegen vor Ort unmittelbarer Ansprechpartner für die kleinen und mittleren Betriebe sowie Industrieunternehmen ist.
- Niedersachsen hat mittlerweile mit Abstand die sparsamste öffentliche Verwaltung unter allen Bundesländern: Auf 1.000 Einwohner kommen nur 27,8 Beschäftigte im Öffentlichen Dienst - so wenige wie in keinem anderen Bundesland (Bundesdurchschnitt: 32,6).
- 2.500 Unternehmen haben Niedersachsen laut einer Befragung des Instituts der deutschen Wirtschaft im Juni 2007 auf dem ersten Platz als „bürokratiearmes Land“ gesetzt. Niedersachsen zeichnet sich durch wirtschaftsnahe Politik und flexible Verwaltungen aus.
- Wir haben den Vorschriftenbestand in Niedersachsen um fast 50 Prozent abgebaut. Im Mai 2003 gab es in Niedersachsen noch 4.135 Vorschriften, im Juli 2007 nur noch 2.167 Vorschriften. Das aufwändige Widerspruchsverfahren im Verwaltungsrecht ist weitgehend abgeschafft.
- Wir haben 70 Prozent der Landesverwaltung neu gestaltet. Die Zahl der Behörden und Dienststellen wurde um mehr als 120 verkleinert. Außerdem ist uns sehr erfolgreich der Übergang von einem drei- in ein zweigliedriges Verwaltungssystem gelungen. Mit der Auflösung der früheren vier Bezirksregierungen haben wir einen flacheren, transparenteren und effizienteren Verwaltungsaufbau geschaffen als je zuvor. Dabei konnten wir unnötige Doppelstrukturen beseitigen und Vereinfachungen des Verwaltungsablaufes ermöglichen. Die Einsparerfolge unserer Verwaltungsreform werden bis 2010 auf insgesamt 2 Mrd. Euro ansteigen.
- Die Bertelsmann Stiftung hat den Bürokratieabbau und die Reform der Verwaltungsstrukturen in Niedersachsen als vorbildlich bewertet: „Mut und Konsequenz der Verwaltungsmodernisierung sind lobenswert und in Deutschland vorbildlich“, stellt die Studie fest.
- Die niedersächsischen Beamtinnen und Beamten haben einen beachtlichen Beitrag zur notwendigen Haushaltskonsolidierung geleistet. Wir wissen, dass die von uns 2004 beschlossenen Sparmaßnahmen für die Beamtinnen und Beamten mit spürbaren Härten verbunden waren. Allerdings war die Finanzlage des Landes beim Regierungswechsel drama-

tisch. Langfristig bietet nur eine solide Haushaltspolitik dem Land und seinen Beschäftigten wieder Sicherheit und Perspektive.

- Alle Landesbeamten erhalten im Dezember 2007 eine Einmalzahlung in Höhe von 800 Euro. Ab Januar 2008 werden ihre Bezüge entsprechend den Tarifbeschlüssen für die Angestellten um 3 Prozent angehoben.
- Mit der Einrichtung der Polizeiakademie Niedersachsen in Nienburg, der Norddeutschen Fachhochschule für Rechtspflege in Hildesheim und der Öffnung der Ausbildung im Bereich des allgemeinen gehobenen Verwaltungsdienstes für vorhandene Studiengänge zum öffentlichen Management halten wir international Anschluss bei den Ausbildungsgängen für den gehobenen Dienst und erfüllen die europäischen Anforderungen der Bologna-Erklärung.

### **Gemeinsam werden wir auch in Zukunft unser Land bewegen:**

#### **Kommunen**

Wir setzen auf die Zusammenarbeit der Kommunalverwaltungen. Sie eröffnet den Kommunen neue Chancen. Daher kämpfen wir, gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden, gegen Hemmnisse durch die Europäische Union und eine steuerliche Benachteiligung. Kooperationen nach dem Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit müssen steuerlich so behandelt werden, dass daraus kein Wettbewerbsnachteil entsteht. Wir gehen davon aus, dass Kommunen auch künftig kommunale Anstalten und Zweckverbände gründen sowie Zweckvereinbarungen abschließen können. Wir werden Hindernisse für interkommunale Kooperationen ausräumen. Wir setzen uns für eine deutliche Vereinfachung der Vergabeverfahren im Zusammenhang mit rechtssicheren Regelungen zur Vergabe seitens der Kommunen ein. Wir begleiten freiwillige Zusammenschlüsse ebenso positiv wie die enge Zusammenarbeit von Kommunen. Wir sind aber gegen eine kommunale Gebietsreform.

Gemeinsam mit den Kommunen werden wir uns weiterhin für eine konsequente Umsetzung der Subsidiarität einsetzen. Nachdem wir das Konnexitätsprinzip („Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen“) in der Landesverfassung verankert haben, wollen wir einvernehmlich Aufgaben mit den notwendigen Finanzmitteln auf die kommunale Ebene übertragen. Unser Ziel ist eine weitere Steigerung der kommunalen Kompetenzen.

Wir wollen, dass auch die Kommunen im Rahmen einer längerfristig angelegten straffen und umfangreichen Haushaltskonsolidierungsplanung kontinuierlich ihre Schulden - vorrangig ihre Kassenkredite - aus eigener Kraft abbauen und ihre Finanzkraft stärken.

Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten leisten wir mit Landesmitteln unseren Beitrag zur Konsolidierung der Kommunalhaushalte.

Unsere Kommunen benötigen eine verlässliche Finanzausstattung. Nur so können Kommunen langfristig planen. Wir prüfen, ob der Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen (Steuerverbundquote) angehoben werden kann.

Wir rütteln nicht an der Aufsichtsverpflichtung des Landes gegenüber den Kommunen. Wir werden sie zu einer Beratungs- und Unterstützungsaufgabe weiter entwickeln. Wir pflegen das positive Klima zwischen Kommunen und Land.

Konstruktive Vorschläge der Kommunen zum Abbau bürokratischer und hemmender Vorschriften greifen wir gerne auf. Sie sollen einfließen in die Beratungen mit den kommunalen Spitzenverbänden über ein neues und erweitertes Modellkommunengesetz zum Bürokratieabbau, das wir landesweit umsetzen werden.

Wir wollen die Mandate durch eine Optimierung der Kommunalverfassung, z. B. Stärkung der Entscheidungsgremien auf kommunaler Ebene, attraktiver machen, um noch mehr Persönlichkeiten für diese Ämter zu interessieren und so eine stärkere Rückkoppelung in die Gesellschaft zu verwirklichen.

So werden wir für eine noch stärkere Bürgernähe sorgen.

## **Verwaltungsmodernisierung und Bürokratieabbau**

Wir halten an unserem erfolgreichen Weg fest, mit weniger Vorschriften und weniger Bürokratie das Land zukunftsfähig zu machen. Wir müssen die Menschen, Unternehmen, Einrichtungen, Organisationen, Verbände und auch den Staat selbst – also alle, die dieses Land mit Initiative, Ideenreichtum, Risikobereitschaft und Tatkraft voranbringen wollen, von bürokratischen Fesseln befreien. Nur wo eine Vorschrift zwingend nötig ist, darf es sie geben. Wir überprüfen weiterhin intensiv, ob bestehende Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften, insbesondere auch im Vergaberecht, notwendig sind, zusammengefasst oder abgeschafft werden können.

Wir werden den Bürokratieabbau auch in der Landesregierung weiter vorantreiben. Wir prüfen, ob in den Ministerien Potenziale zur Verschlan-  
kung und Effizienzsteigerung noch vorhanden sind und wo sie sinnvoll umgesetzt werden können. Die Zahl der Minister haben wir erfolgreich reduziert. Wir werden die Strukturen der Landesregierung auch weiterhin den jeweils aktuellen Bedürfnissen anpassen.

Wir setzen uns für ein Standardkostenprinzip ein. Gesetze werden auf ihre finanziellen Folgen für die Wirtschaft überprüft. Ineffiziente und für die Wirtschaft teure Regelungen können wir so identifizieren und nach Bedarf ändern.

Wir wollen eine noch modernere, schnellere und damit bürgerfreundlichere Verwaltung. Deswegen bauen wir das E-Government durch Infrastruktur- und Querschnittsprojekte systematisch aus. Dazu gehören beispielsweise Service-Portal, virtuelle Poststelle, Integrationsplattform, elektronische Aktenführung, zentraler Formulare Service, elektronische Beschaffung, Personalmanagementverfahren, elektronisches Reisemanagement und Geodaten-Infrastruktur. Das Informatikzentrum Niedersachsen (IZN) als IT-Dienstleister wird mit dem Landesamt für Statistik zum Landesbetrieb für Kommunikationstechnologie und Statistik zusammen geführt.

Wir werden das Kompetenzzentrum E-Learning-Niedersachsen (KEN) weiterentwickeln. E-Learning wird als innovatives Zukunftsthema ressortübergreifend in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung aufgebaut. Wir werden E-Learning in der gesamten Landesverwaltung auf breiter Basis einführen.

## **Öffentlicher Dienst**

Wir bekennen uns ausdrücklich zum verfassungsrechtlich verankerten Berufsbeamtentum. Nur durch einen funktionierenden öffentlichen Dienst kann der Staat seine Aufgaben in optimaler Weise wahrnehmen.

Die niedersächsische Landesverwaltung hat in den vergangenen Jahren die umfänglichste Aufgabenkritik in ihrer Geschichte und die Neuordnung fast aller Verwaltungszweige erlebt. Dass dies möglich war, ist ein Verdienst aller Beschäftigten der Landesverwaltung, die daran beteiligt waren. Gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes wollen wir auch in Zukunft eine dienstleistungs- und serviceorientierte Verwaltung gestalten.

Wir werden die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsqualität durch den Abbau unnötiger Vorschriften, bürokratischer Hemmnisse und unwirtschaftlicher Verfahren sowie durch die Förderung von Eigenverantwortung und Eigeninitiative nachhaltig verbessern.

Wir müssen die öffentliche Verwaltung in die Lage versetzen auf die immer schneller werdenden gesellschaftlichen Veränderungsprozesse zeitnah zu reagieren. Dazu müssen wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter intensiv aus- und fortbilden.

Die Beamtinnen und Beamten des Landes haben einen Anspruch auf Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung. Die Beamtinnen und Beamten des Landes haben zur Sanierung des Landeshaushalts beigetragen und damit ihre Verantwortung für das Gemeinwohl dokumentiert. Wir wollen, dass in wirtschaftlich besseren Zeiten die dadurch entstehenden finanziellen Freiräume im Landeshaushalt genutzt werden, um die Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes daran zu beteiligen.

Wir sind für ein flexibles Dienstrecht. Nach der Föderalismusreform haben wir nun endlich selbst die Zuständigkeit, die Anzahl der bislang über 100 verschiedenen Laufbahnen deutlich zu reduzieren. Wir wollen nur zwei Einstiegsmöglichkeiten – mit und ohne Hochschulabschluss – und etwa zehn Fachrichtungen vorsehen. Außerdem sollen die Entwicklungsmöglichkeiten nicht allein vom Ausbildungsstand beim Berufseinstieg abhängig sein. Uns kommt es mehr auf Leistungen und Qualifizierung während des beruflichen Werdegangs an, die wir berücksichtigen und belohnen werden. Wichtig ist uns darüber hinaus eine höhere Durchlässigkeit – auch zwischen öffentlicher Verwaltung und privater Wirtschaft.

Aus Gründen der Familienfreundlichkeit werden wir neue Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten in der Landesverwaltung entwickeln und modellhaft auch unterhältige Teilzeitbeschäftigung ermöglichen. Teilzeitbeschäftigungen sind dann auch nach Ablauf der Elternzeit mit weniger als der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit möglich.

## **Vielfältig und liebenswert – unser schönes Niedersachsen**

**Niedersachsen ist schön und vielfältig. Vom Harz bis zur Nordsee bietet Niedersachsen jede Menge Abwechslung. Wir sind uns der Attraktivität unseres Landes bewusst und wollen sie erhalten und fördern. Niedersachsen ist ein Wohlfühl-land und bietet vielfältige Chancen. Die Menschen, die hier leben, identifizieren sich mit ihrem Land. Ob in der Kunst, in der Kultur, beim Sport, bei der Schönheit des ländlichen Raumes oder bei den Reizen der Großstädte – Niedersachsen ist ein besonderes Land im Herzen Europas.**

### **Gemeinsam haben wir in den vergangenen fünf Jahren viel erreicht:**

- Mit der Novelle des Niedersächsischen Raumordnungsgesetzes und der Verordnung zum Landes-Raumordnungsprogramm haben wir durch De-regulierung und Entbürokratisierung ein schlankes und schlagkräftiges Planungsinstrument geschaffen. Wir haben insbesondere die kommunale Planungshoheit gestärkt, in dem wir den Kommunen mehr Verantwortung bei der Aufstellung Regionaler Raumordnungsprogramme übertragen haben.
- Niedersachsen hat mehr als 20.000 Projekte mit dem Programm PRO-LAND gefördert. In der Förderperiode 2000 bis 2006 wurden EU-Mittel in Höhe von 652 Millionen Euro eingesetzt. 102 Millionen Euro hiervon konnten zusätzlich abgerufen werden, weil diese Mittel wegen der erforderlichen Kofinanzierung von anderen Ländern nicht in Anspruch genommen wurden. Einschließlich der nationalen Kofinanzierung standen somit insgesamt 1,37 Milliarden Euro zur Verfügung. Damit wurden Investitionen von insgesamt 2,59 Milliarden Euro in Niedersachsen ausgelöst und zahlreiche Arbeitsplätze im ländlichen Raum gesichert.
- Wir haben mit über 200 Millionen Euro die Dorferneuerung in Niedersachsen vorangetrieben. Traditionelle Ortsbilder und damit charakteristische Gesichter des Landes Niedersachsen bleiben so erhalten. Über 500 Dörfer im ganzen Land sind daran beteiligt. Zudem unterstützen wir Projekte zur Stärkung der Grundversorgung durch Dorfläden, zur Verbesserung der Infrastruktur, zur Erhaltung des Orts- und Landschaftsbildes und zur Erhaltung des ländlichen Erbes.
- Neben der Förderung haben die Dorfentwicklungsplanung und die Einbeziehung der Bevölkerung in den Planungsprozess maßgeblich zum Erfolg beigetragen. Die intensive Einbeziehung der Bürger entspricht den Zielen, dem Bürger durch „weniger Staat“ wieder mehr Freiräume und

Gestaltungsmöglichkeiten zu verschaffen und das bürgerschaftliche Engagement zu stärken.

- Der auf Initiative Niedersachsens novellierte NDR-Staatsvertrag betont noch stärker als bisher die regionale Vielfalt im Programm. Dazu zählt die zusätzliche TV-Sendeleiste 18.15 – 18.45 Uhr im NDR-Fernsehen aus den Landesfunkhäusern, „Hallo Niedersachsen“ mit Aktuellem aus dem Land sowie das Magazin „Niedersachsen 19.30“. Das Hörfunkprogramm NDR 1 Niedersachsen sendet noch mehr aktuelle Informationen aus den Regionen, und NDR 2 sowie NDR Info berichten häufiger als früher aus Niedersachsen als größtem Staatsvertragsland des NDR.
- Der Medienstandort Niedersachsen ist attraktiv wie nie zuvor. So ist zum Beispiel „RTL-Shop“ von Köln nach Hannover umgezogen, mit „X-Filme International“ siedelte sich in Wolfsburg eine der bekanntesten deutschen Produktionsfirmen an, in Lüneburg entsteht die bislang einzige und bundesweit erfolgreiche norddeutsche Telenovela „Rote Rosen“. Gleichzeitig ist die niedersächsische Film- und Medienförderung auf Erfolgskurs. 50 nordmedia-geförderte Film- und Fernsehproduktionen haben bereits über 150 Preise gewonnen.
- Niedersachsen liegt vorn beim digitalen Antennenfernsehen. Ende 2007 schließt der NDR den DVB-T-Ausbau ab. Damit ist das digitale Fernsehen fast überall im Land zu empfangen.
- Mit der Neuordnung der Sportförderung haben wir die Eigenverantwortlichkeit des Sports gestärkt. Wir haben Doppelzuständigkeiten abgeschafft. Die Verteilung der Landesmittel erfolgt schlank und zielgerichtet durch den Landessportbund.
- Mit den Mitteln für den Leistungssport stärken wir die Schwerpunktsportarten in Niedersachsen. Wir ermöglichen Spitzensportlern eine berufliche Perspektive in der niedersächsischen Polizei durch die Einrichtung einer besonderen Sportfördergruppe.
- Wir haben die Kulturförderung neu geordnet. Das Drei-Säulen-Modell der Verbandsförderung mit den Bereichen Kultur und Bildung, Kulturelles Erbe und Musikland Niedersachsen ist vorbildlich in Deutschland.
- Wir haben für unser Land die Dachmarke „Musikland Niedersachsen“ entworfen und etabliert. Damit verfolgen wir die Vernetzung, Bündelung, Kooperation und das Marketing samt Öffentlichkeitsarbeit im Niedersächsischen Musikbereich. In diesem Zusammenhang haben wir auch ganz konkret die Musikförderung im Land durch die Novelle des Mediengesetzes erreicht. Zudem haben wir die Errichtung der Landesmusikakademie in Wolfenbüttel gefördert.

- Wir haben das Programm zur Förderung der Kooperation von Musikschulen mit Schulen und Kindergärten gestartet, die niedersächsische Festivallandschaft gestärkt und die Nachwuchsförderung für Klassik und Pop vorangetrieben.
- Die Förderung der Staatsorchester, der kommunalen Theater, der Landesbühnen und des Göttinger Symphonie Orchesters haben wir neu geregelt. Die Kreativitätsförderung bei Kindern und Jugendlichen ist ein wichtiger Schwerpunkt ihrer Arbeit.
- Bei der Neuordnung der Denkmalpflege haben wir die Kommunen im Zuge der Abschaffung der Bezirksregierungen zu unteren Denkmalschutzbehörden und das Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur zur obersten Denkmalschutzbehörde gemacht. Das Landesamt für Denkmalpflege haben wir als beratende Service-Einrichtung ausgebaut.
- Mit dem Gesetz zur Förderung und Bewahrung der kulturellen und historischen Belange des ehemaligen Landes Braunschweig, haben wir die Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz zum 01.01.2005 errichtet.
- Wir haben erstmals 2007 das Qualitätssiegel für niedersächsische Museen für fünf Jahre auf der Grundlage ihres einzelnen Leitbildes und ihrer eigenen Sammlungskonzeption verliehen. Außerdem haben wir gemeinsam mit der Niedersächsischen Sparkassenstiftung begonnen, im Rahmen eines Pilotprojekts das Niedersächsische Museumsregister aufzubauen.
- Im Tourismus setzen wir in Niedersachsen ganz auf Qualität. Zweieinhalb Jahre nach dem Start der Landesinitiative „ServiceQualität Niedersachsen“ tragen bereits etwa 160 Betriebe und Einrichtungen im Tourismusbereich das entsprechende Gütesiegel. Über 1.000 Trainer und Qualitäts-Coaches haben die Qualitätsoffensive zur Weiterbildung genutzt.
- Wir haben die Initiative „Pferdeland Niedersachsen“ weiterentwickelt und den „Masterplan Harz“ und den „Masterplan Lüneburger Heide“ auf den Weg gebracht. Sie bringen die touristischen Potenziale besser zur Entfaltung und machen Niedersachsen für in- und ausländische Besucher attraktiver.
- Niedersachsen hat in der Regional- und Strukturpolitik der Europäischen Union für den Zeitraum 2007 - 2013 viel erreicht. Das Land erhält von der EU in der Förderperiode 2007 - 2013 für die Zielgebiete 1 und 2 Fördermittel in Höhe von 2,5 Mrd. Euro. Dazu kommen Mittel für die territoriale Zusammenarbeit mit anderen europäischen Regionen. Da-

mit ist das EU-Mittelvolumen um rd. 800 Millionen Euro deutlich höher als in dem abgelaufenen Förderzeitraum.

- Die Landesregierung hat sich für die Einbeziehung privater Mittel bei der Gegenfinanzierung von EU-Projekten erfolgreich eingesetzt und die Fortsetzung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit den niederländischen Grenzregionen erreicht.
- Niedersachsen konnte vor dem Europäischen Gerichtshof Zwangsgelder in Millionenhöhe verhindern. Der von der SPD-Landesregierung zu verantwortende EU-rechtswidrige Abfallentsorgungsvertrag zwischen Braunschweig und der BKB konnte einvernehmlich aufgelöst werden. Der neu geschlossene Vertrag bescherte den Bürgern nicht nur niedrigere Müllgebühren, sondern vermied auch Zwangsgelder in Höhe von 126.000 Euro täglich für das Land.

### **Gemeinsam werden wir auch in Zukunft unser Land bewegen:**

#### **Ländlicher Raum**

Wir setzen einen wichtigen Schwerpunkt unserer Politik auf den ländlichen Raum. Die Bevölkerung in ländlichen Regionen muss eine genauso gute Perspektive haben, wie die in den Städten. Hierfür müssen wir die ländlichen Räume gerade auch als Wirtschaftsstandorte stärken.

Niedersachsen profitiert insbesondere bei der Regionalentwicklung von den Förderinstrumenten der Europäischen Union. Bis 2013 erhalten wir rund 2,4 Milliarden Euro Wirtschafts- und Sozialfördermittel aus Brüssel. Diese Mittel kommen vor allem dem ländlichen Raum zugute. Wir sorgen für eine koordinierte sowie maßnahmen- und aufgabengerechte Verteilung der Gelder und deren effizienten Einsatz. Damit können Investitionen von bis zu 4 Milliarden Euro ausgelöst werden.

Mit den integrierten ländlichen Entwicklungsstrategien LEADER (frz. Liaison entre actions de développement de l'économie rurale, dt. Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft) und ILEK (Integrierte Ländliche Entwicklungskonzepte) geben wir ländlichen Gebieten im Rahmen des Förderprogramms PROFIL die Chance, eine eigenständige Schwerpunktsetzung vorzunehmen. So können sie im Wettbewerb besser bestehen. Wir werden diese Strategien intensiv für die Gestaltung unserer ländlichen Räume nutzen.

Wir wollen eine breite und bedarfsgerechte Versorgung des ländlichen Raums mit wohnortnahen Schulen, weiterführenden Bildungseinrichtungen, Post- und Finanzdienstleistungen, ÖPNV, medizinischer Versorgung, Einzelhandel, Gastronomie und sozialen Einrichtungen, ambulanter und

stationärer Pflege sowie mit Sportstätten, Kultureinrichtungen und Zentren des menschlichen Miteinanders in Vereinen und Gemeinschaftseinrichtungen. Eine immer größere Bedeutung als Standortfaktor hat heute die Telekommunikation. Deshalb werden wir uns nachdrücklich für eine flächendeckende Breitbandversorgung einsetzen. Wir wollen DSL-Verbindungen schrittweise in allen Gemeinden unseres Landes, damit der ländliche Raum nicht vom technischen Fortschritt abgehängt wird.

Durch die Förderung der Flurbereinigung werden wir auch künftig die ländliche Infrastruktur den wirtschaftlichen Erfordernissen anpassen. Gleichzeitig wird mit uns durch eine bürgernahe Begleitung dieses Prozesses ein gerechter Interessenausgleich gewährleistet.

Wir werden die Kommunen bei der Dorfentwicklung unterstützen, um auch in den Ortskernen attraktive Voraussetzungen für Wohnen und Arbeiten zu schaffen. Mit der Dorferneuerung bieten wir ein umfassendes Spektrum an Maßnahmen, um z.B. ländliche Bausubstanz zu erhalten und zu gestalten, Dörfer als Wohn-, Sozial- und Kulturräume zu bewahren und das Gemeinschaftsleben zu stärken.

Die Einzigartigkeit und Vielfältigkeit der Landschaft schützen und bewahren wir als Lebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen in Verantwortung für kommende Generationen. Wir fördern das ehrenamtliche Engagement im Natur- und Landschaftsschutz. Mit einer breiten Informationsoffensive werden wir die Öffentlichkeit für die Belange des Landschaftsschutzes sensibilisieren. Unsere Landschaftsschutzgebiete und Biosphärenreservate sind Juwelen der Niedersächsischen Landschaft, die wir stärker ins Bewusstsein der Menschen rücken wollen.

Die Jägerinnen und Jäger sind kompetente Partner im Natur- und Umweltschutz. Im Rahmen der Hege leisten sie wertvolle Beiträge zur Erhaltung, Pflege und Wiederherstellung von Biotopen. Sie helfen mit beim Artenschutz und sind wichtige Partner bei der Bekämpfung gefährlicher Tierseuchen, wie Tollwut oder Schweinepest. Wir binden die Jäger weiterhin in unsere Natur- und Umweltschutzpolitik ein. Wir stehen für ein Jagdrecht, das die Interessen Niedersachsens angemessen berücksichtigt. Es darf nicht auf EU-Ebene harmonisiert werden. Wichtige Grundlagen für die Jagd bleiben auch in Zukunft das Reviersystem, die Hegegemeinschaften und die Jagdgenossenschaften.

## **Städte und Metropolregionen**

Unsere Städte sind wirtschaftliche und kulturelle Zentren. Sie sind attraktiver Lebensraum für viele Menschen und Aushängeschilder Niedersachsens. Wir werden der Entwicklung der Städte weiterhin große Aufmerksamkeit widmen. Auch die städtischen Bereiche sollen dabei von den positiven Möglichkeiten der EU-Förderinstrumente profitieren.

Wir wollen die Innenstadtlagen für Familien mit Kindern attraktiver machen und das Wohnumfeld kinder- und familienfreundlich gestalten. Wir werden aber auch auf die steigende Zahl von Ein-Personen-Haushalten reagieren und attraktive Wohnmöglichkeiten bieten, Angebote für bezahlbares Wohneigentum schaffen und für eine älter werdenden Bevölkerung neue Wohnformen entwickeln. Wir werden uns auch für eine altersgerechte und barrierefreie Umgebung einsetzen. Wir wünschen uns ein „generationen-gemischtes“ Wohnen und Leben.

Gerade hoch verdichtete Großwohnsiedlungen entwickeln sich immer stärker zu sozialen Brennpunkten. Unser Ziel ist es, diese verstärkt rückzubauen und zu modernisieren.

Wir brauchen integrierte Ansätze bei der Stadterneuerung und der Wohnraumförderung, um dabei den Belangen des Stadtumbaus gerecht zu werden. Wir wollen integrative Ansätze als Antwort auf den Bevölkerungsrückgang in den Städten geben. Wir haben erkannt, dass der Neubaubedarf nicht mehr allein den Charakter eines Wachstumsbedarfs hat, sondern auch Anpassungsbedarf ist. Notwendig sind milieugerechte und zielgruppenorientierte Wohnungsangebote, die unterschiedlichen Anforderungen von Menschen an Qualität, Ausstattung und Lage entsprechen, statt des bisher häufig praktizierten Massenmietwohnungsbaus. Immobilien und Standortgemeinschaften sind ein Erfolg.

Wir arbeiten daran, dass die großen Städte ihre traditionell hohe Integrationsfähigkeit wiedererlangen. Der Tendenz zu ethnischer Entmischung und Bildung von Parallelgesellschaften steuern wir durch die Unterstützung stadtplanerischer Maßnahmen und entschiedene Integrationsanforderungen entgegen.

Wir werden die Kriminalität in den Städten wirksam bekämpfen. Dazu brauchen wir eine solide Sicherheitsarchitektur, in die alle Träger von Sicherheitsverantwortung eingebunden sind. Hierzu gehören Polizei und Justiz ebenso, wie kommunale Behörden, gesellschaftliche Institutionen und die Menschen selbst. Unser Leitbild ist die offene Stadt als sichere Stadt. Unsere Städte sollen Orte sein, an denen sich die Menschen jeder Zeit sicher, friedlich und frei bewegen und austauschen können.

Die großen Städte strahlen als Oberzentren weit in den ländlichen Raum hinein und werden gleichzeitig ganz wesentlich von ihrem Umland geprägt. Für eine nachhaltige wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zukunftsgestaltung kommt regionalen Kooperationen eine zunehmende Bedeutung zu. Die voranschreitende Globalisierung und die gemeinsame europäische Integrations- und Wachstumspolitik unterstützen diese Entwicklung.

Wir wollen Regionen, die gemeinsam Strategien erfolgreich umsetzen. Intensive Verflechtungen auf regionaler Ebene bieten die Chance, besondere Projekte umzusetzen.

Unsere Landesregierung setzt auf die Zukunfts- und Standortsicherung aller ländlichen städtischen Regionen. Für uns sind Investitionen in moderne Infrastruktur und zukunftsträchtige Wirtschaftszweige Investitionen in die Zukunft. Die Organisationsform der Metropolregionen bietet einen geeigneten Rahmen für eine Intensivierung gezielter Zusammenarbeit in größeren räumlichen Bezügen. In den Metropolregionen wollen wir die Ressourcen und Kompetenzen auf der Basis gemeinsamer Entwicklungsstrategien ausbauen.

Die Förderung von Kooperationen und innovativen Ansätzen in den ländlichen Räumen Niedersachsens werden wir genauso unterstützen wie die Clusterbildung der Metropolregionen. Wir sind für eine nachhaltige Beteiligung der ländlichen Räume in der neuen EU-Förderperiode und werden uns auf nationaler wie europäischer Ebene entsprechend einsetzen.

## **Medien**

Die Medien sind wichtige Botschafter und gleichzeitig zentraler Bestandteil unseres Bundeslandes. Sie tragen zur Identität des Landes und zur Heimatverbundenheit der Menschen bei. Gleichzeitig sind sie Garanten für Information und Kommunikation in unserem Land und prägen so das Lebensgefühl der Niedersachsen ganz wesentlich mit.

Der NDR ist in unserem Land das Leitmedium. Der öffentlich-rechtliche Sender wirkt identitätsstiftend und ist zudem ein wichtiger Faktor der niedersächsischen Medienwirtschaft. Wir stehen zur Aufgabe des Landes Niedersachsen als ein Träger des NDR. Wir wollen die Landesfunkhäuser und die regionalen Studios in Niedersachsen gegenüber der Hamburger Zentrale stärken.

Die Regionalberichterstattung im NDR-Fernsehen und Radio kann weiter intensiviert werden. Der NDR ist - wie die privaten Hörfunkanbieter auch - gefordert, die regionale Berichterstattung aus Niedersachsen auszubauen.

Wir brauchen eine Konkretisierung des Auftrages für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Dies führt zu gebotenen Klarstellungen und zu einem geordneteren Nebeneinander von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk.

Wir wollen den NDR als Vier-Länder-Anstalt gemeinsam mit den anderen drei Bundesländern erhalten sowie die Staatsferne und Unabhängigkeit des NDR stärken. Deshalb halten wir an dem Ziel aller norddeutschen Länder fest, die Gremienarbeit effizienter zu gestalten.

Gemeinsam mit dem NDR werden wir die Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in den Bereichen Bildung, Schulfunk und Wertevermittlung thematisieren. Wir meinen, die Chancen zur Bildung und Information in den Hörfunkprogrammen können noch besser genutzt werden. Hierzu gehört für uns auch eine verstärkte Übertragung von Landtagssitzungen im NDR nach dem Vorbild anderer dritter Programme.

Das bisherige Modell der gerätebezogenen Rundfunkgebühren steht auf dem Prüfstand. Alternative Lösungen müssen die Bestands- und Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beachten und dürfen gleichzeitig zu keiner Mehrbelastung für die Rundfunkteilnehmer führen. Wir plädieren für eine größere Rundfunkgebührengerechtigkeit und für eine Verwaltungsvereinfachung.

Die Einführung neuer Technologien prägt die Medienbranche wie kaum eine zweite. Eine der großen Herausforderungen der nächsten Jahre ist die Digitalisierung des Hörfunks. Dabei gilt es, aus den nationalen und internationalen Erfahrungen der letzten Jahre zu lernen und mit einem national abgestimmten Vorgehen zwischen den öffentlich-rechtlichen Sendern, den privaten Hörfunkunternehmen, den Netzbetreibern und der Medienpolitik die Digitalisierung des Hörfunks nun auch in Deutschland zügig voranzutreiben. Wir treten dafür ein, dass die neuen Frequenzressourcen für digitales Radio nach der internationalen Wellenkonferenz RRC 06 schnell nutzbar gemacht werden. So sichern wir den Medienstandort Niedersachsen und forcieren seinen weiteren Ausbau. Wir gewährleisten bis zum erfolgreichen Abschluss der Digitalisierung des Hörfunks die parallele Versorgung mit lokalen und landesweiten Hörfunkprogrammen über UKW, die sich bundesweit auf geschätzt 250 Millionen vorhandene Empfangsgeräte stützen.

Es muss unser Ziel sein, dass private wie öffentlich-rechtliche Rundfunkanbieter in der neuen digitalen Welt einen sicheren diskriminierungsfreien Zugang zu den unterschiedlichen neuen Verbreitungswegen und Plattformen haben. Die Zahl der genutzten Frequenzen muss dem Prinzip der Ausgewogenheit des dualen Systems entsprechen.

Wir setzen uns für ein Pilotprojekt mit je einem kommerziellen lokalen Hörfunkprojekt und einem kommerziellen lokalen Fernsehprojekt in einem zusammenhängenden Kommunikations-, Kultur- und Wirtschaftsraum mit mindestens 300.000 Menschen ein. Um wirtschaftlich leistungsfähige Lokalsender zu installieren, wollen wir bei Beteiligungen keine Einschränkungen machen.

Die Anforderungen an die Medienkompetenz der - häufig jugendlichen - Nutzer steigen ständig. Wir widmen diesem Aspekt bereits große Aufmerksamkeit und werden alle Maßnahmen zur Erhöhung der Medienkompetenz koordinieren. Wir werden gerade Kinder und Jugendliche besser auf Möglichkeiten und Gefahren der Informationsgesellschaft vorbereiten. Wir haben vor, allen Schülern bis Klassenstufe 7 in mindestens einem Printmedium-Projekt, in einem Hörfunk-/Fernsehprojekt sowie in einem Computer-/Internetprojekt Medienerfahrung zu vermitteln. Im Rahmen eines Kurses Medienkunde sollen sie an die Nutzung der Medien herangeführt werden.

Wir bekennen uns zur großen Vielfalt in der Zeitungslandschaft in Niedersachsen. Die Zeitungsverlage leisten mit ihren Publikationen einen wichtigen Beitrag zur politischen und kulturellen und gesellschaftlichen Meinungsbildung. Im digitalen Zeitalter kommt den Zeitungsverlagen eine Orientierungsfunktion zu. Zeitungen sollen den Menschen einen Anhalt für den Weg durch den „digitalen Alltag“ geben. Zudem stellen sie einen wichtigen Wirtschaftsfaktor in den Regionen Niedersachsens dar. Deshalb setzen wir uns für eine zukunftsfähige, wirtschaftlich Erfolg versprechende Zeitschriften- und Zeitungslandschaft in Niedersachsen ein.

## **Sport**

Sport trägt zur positiven Entwicklung der Menschen und der sozialen Gemeinschaft bei. Über 2,8 Millionen Niedersachsen sind in den mehr als 9.500 Sportvereinen des Landes aktiv. Die breite Gestaltungsvielfalt des Sports prägt unsere Gesellschaft. Deshalb ist die Förderung des Sports für uns eine gesamtstaatliche Aufgabe.

Wir werden das Sportstättenanierungsprogramm über das Jahr 2011 hinaus verlängern. Wir stellen zunächst bis zum Jahre 2011 für eine Sanierung von Sportstätten insgesamt 25 Millionen Euro zur Verfügung. Der Schul- und Vereinssport verdient unsere besondere Unterstützung.

Um das gemeinnützige Engagement zu stärken, machen wir uns für den Erhalt des Steuerprivilegs für gemeinnützige Vereine und für ehrenamtlich engagierte Menschen stark. Dies gilt insbesondere für die steuerliche Privilegierung von Sportvereinen.

Der Sport leistet einen unverzichtbaren Beitrag für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft und die Integration. Sport ist außerdem ein wichtiges Mittel, um Gewalt vorzubeugen. Deshalb werden wir die Förderung des Ehrenamtes beibehalten und den Sport in Problembereichen verstärkt in die Dorf- und Stadtentwicklung einbinden.

Immer wieder ertrinken Kinder und Jugendliche, weil sie nicht schwimmen können. Aus Gründen der Sicherheit wollen wir, dass möglichst alle Kinder die Gelegenheit bekommen, schwimmen zu lernen. Die jahrelange erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem niedersächsischen Schwimmverband sowie der DLRG und seinen Ortsgruppen soll noch weiter intensiviert werden. Daher wird das Erlernen des Schwimmens künftig einer der Schwerpunkte unserer Sportförderung bilden.

Wir unterstützen die Freie und Hansestadt Hamburg bei ihrer erneuten Bewerbung als Austragungsort für die Olympischen Spiele. Wir wollen dabei sein. Schließlich eignet sich Niedersachsen beispielsweise als Austragungsort für Mannschaftsportarten oder Segelwettbewerbe.

Wir stehen für die Verbesserung der Infrastruktur für den niedersächsischen Spitzensport. Wir unterstützen die „Niedersächsische Sportstiftung“ aus Sport, Politik und Wirtschaft auch im Bereich „Spitzensport“. Zudem treten wir für einen weiteren Ausbau des Sportinternates im Zusammenwirken mit dem Landessportbund in Hannover ein.

Wir wollen eine nachhaltige Bekämpfung von Doping. Zusammen mit dem organisierten Sport setzen wir uns für einen sauberen, fairen und glaubwürdigen Sport ein. Wir werden gemeinsam mit dem Bund ausreichende Mittel für Dopingkontrollen bereitstellen. Im Sportunterricht und in den Vereinen werden wir verstärkt Kenntnisse über Doping und die davon ausgehenden Gefahren vermitteln. Wir wollen, dass Fördermittel nur an Sportverbände fließen, die die Vorgaben eines Anti-Doping-Regelwerks beachten.

Um die Bedürfnisse der Sportlerinnen und Sportler auf eine gemeinsame gesetzliche Grundlage stellen zu können, werden wir ein Sportgesetz verabschieden. Es soll die Grundlagen für die Unterstützung und Förderung sportlicher Aktivitäten der Bevölkerung aller Alterstufen sein. Wir werden besondere Schwerpunkte auf die Gesundheitsförderung, die Persönlichkeitsbildung der Jugend und die soziale Integration legen.

## **Kunst und Kultur**

Die Förderung von Kunst und Kultur ist staatliche Pflicht und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das große Potenzial der Ehrenamtlichen wollen wir für die Kultur unseres Landes nutzen. Wir werden uns weiter für die

Stärkung des ehrenamtlichen Engagements durch Verbesserung der Rahmenbedingungen im Gemeinnützigkeitsrecht einsetzen. Wir setzen uns für eine stärkere Koppelung des bürgerschaftlichen Engagements mit dem Stiftungswesen ein. Die Bildung von Stiftungskapital werden wir verbessern. In diesem Zusammenhang setzen wir uns für ein größeres Engagement von Privaten und Unternehmen ein und stärken das Mäzenatentum.

Der in der Verfassung verankerten Förderung der Staatstheater in Hannover, Braunschweig und Oldenburg werden wir auch weiterhin gerecht. Wir stehen für eine langfristige Zukunftssicherung der kommunalen Theater, der Landesbühnen und des Göttinger Symphonieorchesters und sichern diese auch nach 2011 finanziell ab. Die Einbindung der jungen Generation, die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und die Erweiterung der Kooperationsmöglichkeiten von Theater, Bühnen und Orchester bleiben für uns wichtige Bestandteile von Zielvereinbarungen.

Wir führen den begonnenen Aufbau des Niedersächsischen Museumsregisters und die Einführung eines Qualitätssiegels für Museen fort. Da der Begriff „Museum“ in Deutschland nicht geschützt ist, werden wir - auf Wunsch vieler öffentlicher und privater Förderer und als Museumsträger selbst - Kriterien für eine qualitätvolle Museumsarbeit einführen.

Wir treiben die Vernetzung der vielfältigen musikalischen Infrastruktur unseres Landes und dessen kulturelle Identität unter dem Dach „Musikland Niedersachsen“ voran. Es bleibt ein Schwerpunkt unserer Arbeit, jedem Kind unabhängig von seiner sozialen Herkunft, den Zugang zur musikalischen Bildung zu eröffnen. Uns ist neben Rechnen, Schreiben und Lesen die musikalische Bildung von Kindern wichtig.

Wir schaffen überdies eine Plattform, die das Musikland Niedersachsen deutschlandweit vermarkten und eine Service- und Dienstleistungsfunktion für Musikschaffende übernehmen wird.

Eine große Rolle spielen für uns der Schutz und die aktive Förderung der niederdeutschen Sprache und des Saterfriesischen. Wir fördern die Einrichtung eines Forschungsschwerpunktes Niederdeutsch mit einer eigenen Professur an der Universität Oldenburg. Außerdem unterstützen wir die in Gründung befindliche Plattdüütsch Stiftung Neddersassen.

Wir werden den Zugang für Kinder zu Kunst und Kultur als wichtige Elemente einer umfassenden Bildung besonders fördern. Das kann schon altersgerecht in Kindertagesstätten und Grundschulen beginnen. Museen und andere kulturelle Einrichtungen sollen unbürokratisch und unkonventionell mit ihnen zusammenarbeiten können.

Wir wollen das Interesse von Kindern und Jugendlichen an Kultur im Allgemeinen stärken. Deshalb werden wir Besuche von Kindern und Jugendlichen von Konzerten, aber auch Theateraufführungen und Museumsausstellungen beispielsweise mit „Kinder entdecken Kultur-Karten“ fördern. Sie sehen neben den üblichen Ermäßigungen ein „Bonussystem“ vor. Ein besonderes Augenmerk richten wir auf Kinder mit Migrationshintergrund.

Wir wollen Kinder und Jugendliche verstärkt für Musik sowie altes wie neues Liedgut interessieren. In den Schulen soll wieder mehr gesungen werden. Wir starten die Initiative „Singendes Klassenzimmer“.

Um die Identität der Niedersachsen mit ihrem Land zu stärken, werden wir jährlich den Preis „Unsere besten Niedersachsen“ in den Bereichen Geschichte und Politik, Wissenschaft und Technik sowie Kunst und Unterhaltung vergeben. Alle Niedersachsen sollen sich an diesem Wettbewerb beteiligen können.

Die Digitalisierung von Kulturgut ist unerlässlich in einer sich weiterentwickelnden Informationsgesellschaft. Wir stellen uns dieser Herausforderung und legen ein Konzept mit strategischen Aktionen zur Digitalisierung des Kulturguts für Niedersachsen vor.

Wir steigern die Nutzung des kulturwirtschaftlichen Potenzials im Städte-tourismus und wollen das baulich-kulturelle Erbe zu touristischen Anziehungspunkten entwickeln, um an regionaler Attraktivität zu gewinnen. Daneben wollen wir die Kulturwirtschaft als Motor für Wachstum und Beschäftigung weiter stärken und fördern, um die großen Chancen der Potentiale dieses bedeutenden Wirtschaftszweiges noch besser zu nutzen.

In den weiten, ländlich geprägten Räumen Niedersachsens bewahren und schützen wir unser vielfältiges Kulturgut, indem wir das Online-Kulturportal zur Vernetzung von Kulturaktivitäten weiter ausbauen.

Museen des Landes sind Schaufenster der Kultur. In ihnen spiegeln sich Wertvorstellungen und Weltanschauungen, Geschichte und Selbstbewusstsein der Menschen wider. Wir wollen Museen nutzen und ein Besuchsprogramm zur Integration auflegen. Neubürger einer Stadt oder eines Landkreises werden in Museen der Region eingeladen. Wir bringen ihnen so die regionale Kultur näher und leisten gleichzeitig Integrationsarbeit.

Um junge Künstlerinnen und Künstler verstärkt zu fördern und ihnen Möglichkeiten der künstlerischen Selbstpräsentation zu geben, bieten wir vermehrt die landeseigenen Räume für Ausstellungen an.

Wir werden die Vergabe unserer Literaturpreise neu gestalten. So wird ab 2007 der Nicolas-Born-Preis wieder getrennt vom Niedersächsischen

Kunstpries vergeben. Er soll im Rahmen einer neuen Sparte Literatur wechselweise von den fünf niedersächsischen Literaturbüros vergeben werden. Eingebettet wird dieser Preis jährlich in eine Literaturwoche im Frühling („Niedersächsischer Bücherfrühling“).

Gemeinsam mit der Büchereizentrale Lüneburg, die bald „Büchereizentrale Niedersachsen“ heißen wird, installieren wir ein Qualitätssiegel für öffentliche Bibliotheken. Durch die Vergabe dieses Zertifikats für besonders gute öffentliche Bibliotheken machen wir die Qualität der ausgezeichneten Bibliotheken sichtbar.

Niedersachsen verfügt über eine reiche Baukultur. Viele Epochen der europäischen Geschichte lassen sich im Original nachverfolgen. Dieses einzigartige Kulturgut gilt es zu erhalten und zu bewahren. Dies gilt auch für die Bewahrung der historischen Altstädte. Sie sind lebendiger Teil der europäischen Stadtkultur und einzigartig in der Welt. Die Denkmalpflege hat deshalb in Niedersachsen einen hohen Rang.

Im christlichen Glauben liegen unsere Wurzeln. Wir unterstützen die Kirchen beim Erhalt kirchlicher Bausubstanz. Dazu zählen kulturhistorisch bedeutende Sakralbauten sowie viele Kleinode historischer Kirchen auf dem Lande.

Um die Vielfalt der Filmkultur zu fördern, stellen wir künftig mindestens 10 Prozent der Mittel aus dem Vorwegabzug der Rundfunkgebühren für freie Produktionen zur Verfügung. So fördern wir einen optimalen Mix aus experimentellen und massenattraktiven Filmwerken. Künftig werden wir kleine und mittlere Medienunternehmen in Niedersachsen und Bremen noch stärker in die staatlich geförderten Filmproduktionen einbinden.

Wir werden in unserer Filmförderung einen größeren Freiraum für eine freie Kulturszene schaffen. Als kreatives Land brauchen wir eine freie Kulturszene. Diese kann der Staat nicht schaffen, er kann sie aber fördern, in dem er ihr Freiräume lässt. Kontakte zu jungen Künstlerinnen und Künstlern und nicht-kommerziellen Kreativen sowie zur Musikwirtschaft in der vielfältigen Clubszene in Niedersachsen pflegen und fördern wir. Das EX-PO-Gelände in Hannover bietet sich als Szeneviertel an.

## **Tourismus**

Der Tourismus ist in unserem Land ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, weil landschaftliche Vielfalt und Schönheit einzigartig sind. Mehr als 300.000 Arbeits- und weitere 10.000 Ausbildungsplätze sichert der Tourismus als zukunftsorientierter Dienstleistungssektor in unserem Land.

Wir setzen auf die Qualitätsverbesserung. Wir halten ein stetiges investieren in die touristische Infrastruktur für erforderlich, um Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Tourismusgebiete zu erhöhen. Davon sind auch die Ausstattung von Pensionen und Hotels umfasst. Wir werden ein 100 Millionen- Darlehen- Programm auflegen. Gerade kleine und mittlere Herbergsbetriebe der Mittelklasse sollen vereinfachte und zinsgünstige Kredite erhalten, um ihre Betriebe zu modernisieren.

Wir werden die Potenziale Niedersachsens als attraktives Urlaubsland durch eine stärkere Vernetzung aller touristischen Angebote besser nutzen. Daher stärken wir das Tourismusmarketing für Niedersachsen über Regionen hinweg. Auch international haben wir vor, verstärkt für Niedersachsen als Urlaubsland zu werben. Dabei vergessen wir nicht die verschiedenen Stärken der Regionen, mit denen sie ihr eigenes Profil bewerben können.

Der Tourismus in den Bereichen Gesundheit und Wellness nimmt immer weiter zu. Unsere zahlreichen Kurorte und Heilbäder sind dabei ein riesiges Kapital für Niedersachsen. In enger Abstimmung mit den Kommunen vor Ort wollen wir ihre Attraktivität und Wirtschaftlichkeit weiter verbessern.

Niedersachsen ist für viele internationale Gäste ein beliebtes Reiseziel. Gerade aufgrund seines vielfältigen kulturellen Erbes, wegen seiner historischen Städte und seiner zahlreiche Kunst- und Kulturschätze zieht es immer mehr Touristen aus der ganzen Welt nach Niedersachsen. Wir werden den Städte- und Kulturtourismus verstärkt vermarkten und unsere kulturellen Reichtümer und städtischen Attraktionen vermehrt in den touristischen Mittelpunkt stellen.

Niedersachsen soll *das* Reiseziel für Urlaub mit Kindern werden. Hier öffnet sich ein großer Markt. Unser Land bietet für Urlaubsreisen mit Kindern vielfältige Erholungsmöglichkeiten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass über innovative Vertriebswege verstärkt günstige Angebote auch vor und nach der Hauptsaison verfügbar gemacht werden. Erlebnisurlaub auf dem Bauernhof werden wir dabei besonders in den Blick nehmen, da Kinder und Jugendliche spielerisch Natur, Land und Tiere aktiv erfahren können.

Niedersachsen als Radfahrerland werden wir weiter vermarkten. Dazu gehört für uns, das Radwegenetz zu verbessern und neue Radwege in touristisch interessanten Gebieten des Landes auszubauen und bekannt zu machen. Damit machen wir den Umstieg des Urlaubers vom Auto aufs Fahrrad noch attraktiver.

Niedersachsen ist Pferdeland. Das Image Niedersachsens als Ferien- und Pferdeland wollen wir stärken, denn unser Wappentier ist aus vielen Bereichen des Landes nicht wegzudenken. Wir wollen Gleichstellung von Pferdehaltern mit Landwirten bei Bauvorhaben im Außenbereich, die Anerkennung des therapeutischen Reitens als Rehabilitationssport, die Ausweisung von mehr bereiten Wegen in Abstimmung mit den Straßenbaulastträgern und die verstärkte Einführung des Reitens und Voltigierens im Schulsport. Außerdem werden wir eine Intensivierung der Forschung am Pferd bis hin zur Aufklärung des Pferdegenoms unterstützen. Wir werden das Pferd als Sympathieträger im Rahmen der Innovations- und Imagekampagne der Landesregierung weiter einsetzen.

Wir werden den Wassertourismus in Niedersachsen fördern. Wir werden im Rahmen der bestehenden Fördermöglichkeiten die Entwicklung vernetzter, durchgängig befahrbarer Gewässersysteme in der Förderperiode 2007 bis 2013 aus Mitteln der EU-Strukturfonds unterstützen. Niedersachsen soll sich als Paradies für Paddler und Kanufahrer, aber auch für Wanderer und Spaziergänger profilieren.

Nach den guten Erfahrungen mit dem „Masterplan Harz“ und dem „Masterplan Lüneburger Heide“ werden wir mit dem „Masterplan Nordsee“ jetzt die touristischen Potenziale der Küstenregion als Urlaubs- und Erholungsgebiet stärken. Wir setzen uns dafür ein, den Masterplan zügig umzusetzen und die regionale, touristische Vermarktung der Nordsee zu unterstützen.

## **Niedersachsen im Zentrum Europas**

Niedersachsen ist Heimat in Europa. Wir werden die EU als Gemeinschaft von Freunden weiter vertiefen und uns für eine Stärkung Europas einsetzen. Wir als CDU und führende deutsche Europapartei verstehen die Stärke Europas als Chance für Niedersachsen.

Neben den zahlreichen Perspektiven, die die EU-Förderprogramme für Landwirtschaft, regionale Entwicklung, Wachstum und Beschäftigung mit rund 2,5 Milliarden Euro bis 2013 bieten, sehen wir unseren Auftrag in der konstruktiven Begleitung der europäischen Einigung. Über den Bundesrat werden wir für Verstärkung und Festigung der Europäischen Integration eintreten. Dazu zählt, dass wir für einen neuen Grundlagenvertrag eintreten, mit dem die europäischen Grundrechte verbindlich werden. Zum Geist und zu den Werten der Europäischen Union gehören die Verwirklichung der Menschenrechte, des Selbstbestimmungsrechtes und des Rechtes auf die angestammte Heimat. Wir setzen auf den Ausbau einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, um Sicherheit in Europa, Deutschland und Niedersachsen zu garantieren.

Wir wollen ein starkes und handlungsfähiges Europa. Die Europäische Union muss sich daher gemäß dem Subsidiaritätsprinzip auf jene Aufgaben konzentrieren, die die europäische Ebene besser als die Nationalstaaten mit ihren Regionen und Kommunen erfüllen können. Wir fordern eine europäische Entbürokratisierungsoffensive. Die Europäische Union muss handlungsfähig, demokratisch, transparent, unbürokratisch und bürger-nah gestaltet sein.

Die Verantwortung der Länder im europäischen Prozess muss gestärkt werden. Eine Aushöhlung des deutschen Föderalismus ist damit entgegenzuwirken. Wir wollen eine Unterrichtung der Landesparlamente vor Ratsinitiativen der Bundesregierung und vor der Umsetzung von Entscheidungen des Europäischen Rates erreichen.

Europa ist auch eine wichtige Sicherheitsgemeinschaft. Wir wollen, dass die Nachbarschaftspolitik weiterentwickelt wird, damit die EU ihre internationale Verantwortung erkennbar wahrnehmen kann. Wir wollen, dass Europa die Bewältigung internationaler Krisen nicht allein den USA und Russland überlässt, sondern selbst aktiv eine friedensstiftende Rolle einnimmt.

Zur internationalen Verantwortung Europas zählt für uns auch das Engagement der Europäischen Union für die Entwicklungshilfe. Wir engagieren uns für eine bessere Koordination des Mitteleinsatz der EU in der Entwicklungshilfe. Nur eine Verbesserung des Wohlstandes in Afrika wird die Zuwanderung mindern. Deshalb soll sich die Hilfe auf Programme, die die Wirtschaft fördern und Arbeitsplätze schaffen, konzentrieren. Wir wollen dabei auch den Aufbau funktionierender Demokratien und leistungsfähiger öffentlicher Verwaltungen unterstützen.

Da wir der Überzeugung sind, dass Europa nur mit den Menschen gelingen kann, werden wir unsere Bemühungen um mehr europapolitische Bildungs- und Informationsarbeit intensivieren. Die Arbeit des Europäischen Informationszentrums in Niedersachsen (EIZ) setzen wir fort. Europa soll für die Menschen transparenter und verständlicher werden.

## **Programmkommission für die Erstellung des Regierungsprogramms 2008-2013**

Vorsitzender:

Ulf Thiele, MdL

Generalsekretär CDU in Niedersachsen

Dorothea Dannehl

Oliver Dix

Claudia Dunschen

Patrick Engel

Manfred Gallwitz

Fritz Güntzler MdL

Johannes Habekost

Reinhard Hegewald MdL

Reinhold Hilbers MdL

Wilhelm Hogrefe MdL

Sabine Kleinke

Dr. Max Matthiesen MdL

Gudrun Pieper

Bernhard Schlossarek

Wittich Schobert MdL

Kristian Tangermann

Barbara Woltmann

Anneliese Zachow MdL

Frauen Union

Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung

Ring Christlich-demokratischer Studenten

Schüler Union

Senioren Union

Bezirksverband Hildesheim

Evangelischer Arbeitskreis

Bezirksverband Ostfriesland

Bezirksverband Osnabrück-Emsland

Bezirksverband Elbe-Weser

Mittelstandsvereinigung

Christlich Demokratische  
Arbeitnehmerschaft

Bezirksverband Nordostniedersachsen

Bezirksverband Hannover

Landesverband Braunschweig

Junge Union

Landesverband Oldenburg

Kommunalpolitische Vereinigung



## Stichwortverzeichnis Regierungsprogramm CDU

Agrarpolitik: 21, 27, 34-37, 49  
Arbeit: 7, 24-42, 45, 49, 54, 58, 59, 66, 68, 71, 88, 95, 97, 109, 112  
Arbeitnehmer: 7, 22-24, 30, 38, 39  
Arbeitsmarkt: 21, 24, 25, 38, 40, 45, 58, 68  
Ausbildung: 8, 10, 13, 15-21, 24-26, 28, 30, 54, 56, 62, 65, 68, 75, 93, 109  
Aussiedler/Heimatvertriebene: 85, 87, 89  
Auto: 33, 42, 44, 55, 110  
Bausubstanz: 101, 109  
Beamte: 7, 75, 77, 83, 92, 95  
Behinderung: 58, 59, 67, 68, 70  
Bildung: 8-23, 30, 67, 79, 95, 104  
Bürokratie: 16, 32, 48, 91, 92, 94  
Chancengleichheit/Chancengerechtigkeit: 8, 12, 18, 62, 68, 85  
Demografie: 60, 71  
Ehrenamt: 5, 69, 70, 72, 73, 75, 76, 80, 85, 88, 101, 105-107  
Eigentümerrechte: 81  
Energie: 2, 4, 22, 26, 29, 32-34, 37, 38, 48, 49, 52-55  
Entwicklung: 10, 14, 17, 21, 22, 24-26, 28-31, 33, 35, 36, 38, 39, 42, 46, 49, 51, 52, 59, 64, 65, 68, 71, 73, 79, 81, 87, 89, 96, 100, 102, 103, 105, 111  
Ernährung: 2, 24, 29, 34, 36, 37, 64  
Erwerbsleben: 39, 62, 66, 70, 71  
Erziehung: 14, 61-63, 68, 69  
Europa: 3, 5, 9, 13, 15, 26, 32, 34, 35, 44, 49, 83, 97, 100, 103, 109, 111, 112  
Extremismus: 75, 79, 87  
Fachkräfte: 9, 28, 30, 39, 70, 71, 88  
Familie: 5, 8, 11, 12, 14, 30, 58, 60-64, 68, 69, 89, 96, 102  
Finanzausgleich: 91, 93, 94

Forschung: 4, 10, 21, 22, 24, 26, 28-9, 31, 33, 36, 37, 43, 46, 49, 52, 54, 56, 57, 70, 78, 88, 107, 111

Fortschritt: 4, 24, 101

Frauen: 20, 39, 40, 58, 62-64

Freiheit: 5, 12, 36, 42, 58-60, 74, 82, 83, 86

Gesundheit: 34, 36, 37, 40, 64-66, 80, 106, 110

Gerichte: 53, 76, 77, 81-84, 100

Globalisierung: 15, 22, 24, 45, 73, 103

Industrie: 24, 25, 28, 31, 33, 34, 54, 55, 88, 92

Infrastruktur: 6, 22, 28-33, 35, 42, 44-46, 51, 95, 97, 101, 103, 106, 107, 111

Innovation: 4, 24, 26, 28, 30, 31, 33, 49, 54, 55, 78, 111

Integration: 63, 67, 68, 76, 85-90, 102, 106, 108

internationale Märkte: 10, 22, 28, 30, 32, 33, 42, 45, 88

Internet: 18, 31, 32, 37, 64, 72, 75, 77-79, 83, 105

Kirchen: 5, 89, 109

Kriminalität: 74, 77-79, 102

Islam: 75, 85, 87, 89

Jugend: 8, 11, 18-19, 25, 26, 37, 38, 62-64, 66, 68, 69, 73, 76, 79, 81, 82, 87, 88, 99, 105, 106, 108, 110

Justiz: 76, 81, 83, 84, 102

Kinder: 6, 8, 12-5, 17, 27, 28, 37, 48, 58-66, 68-70, 78, 82, 87, 99, 102, 105-108, 110

Klima/Umweltschutz: 4, 8, 22, 24, 29, 35, 37, 38, 46, 48-56, 69, 101

Kommunen: 12, 18, 27-28, 31-33, 38-41, 43-45, 50-54, 56, 61, 63, 66, 67, 69-71, 73, 75, 78, 85, 86, 91-94, 97, 99, 101, 102, 107, 110, 112

Kultur: 4, 5, 15, 18, 21, 39, 64, 69, 72, 86, 88, 89, 97-99, 101-103, 105-110

Kommunikation: 27, 32, 53, 78, 80, 83, 95, 101, 103, 105

Menschenwürde: 5, 65, 67, 86

Mittelstand: 12, 24, 25, 28, 30-32

Öffentlicher Dienst: 55, 61, 73, 88, 92, 95, 96, 107, 109, 112

Opferschutz: 74, 81  
Perspektive: 24, 34, 38, 40, 93, 98, 100, 111  
Pflege: 2, 19, 51, 61, 62, 65, 67, 99, 101  
Polizei: 3, 63, 74, 75, 77-79, 81, 83, 93, 98, 102  
Schulden: 6, 93  
Schule: 2, 8, 9, 10-23, 26, 28, 30, 31, 37, 39, 50, 53, 61, 64, 66, 68, 69, 75, 79-82, 85, 87-89, 93, 99, 101, 107, 108  
Senioren: 23, 60, 69, 70  
Sicherheit: 4, 5, 10, 26, 27, 29, 37, 43, 45-47, 50, 52, 53, 56, 63, 67, 74, 76-78, 80, 82, 83, 93, 102, 106, 111, 112  
Solidarität: 5, 58  
Sport: 3, 14, 18, 64, 79, 88, 89, 97, 98, 101, 105, 106, 111  
Sprache: 4, 13, 15, 19, 87, 89, 108  
Studium: 11, 15, 21, 22, 62  
Subsidiaritätsprinzip: 48, 112  
Technologie: 4, 11, 22, 28, 29, 36, 37, 47-49, 52-55, 83, 95, 104  
Teilhabe: 5, 58, 59, 63, 64, 66-68, 70, 85, 87, 96  
Terrorismus: 74, 75, 78-80  
Toleranz: 79, 86  
Tourismus: 3, 34, 35, 51, 99, 108-12  
Universitäten/ Hochschulen: 10, 11, 16, 17, 19-23, 26, 28, 30-33, 37, 39, 53  
Wirtschaft: 2, 4, 5, 7, 11, 13-15, 19, 20-22, 24, 26, 28, 30-35, 37, 38, 42, 44, 45, 48, 49, 51, 52, 54, 56, 68, 69, 71, 81, 92, 95, 96, 100-102, 105, 106, 109, 112  
Wissenschaft: 11, 19-22, 24, 28, 29, 31, 33, 53, 64, 78, 79, 89, 95, 99, 108  
Wohnformen: 67, 70, 102  
Verbraucher: 29, 34, 54  
Verwaltung: 7, 27, 61, 91-95

## Notizen

## Notizen

## Notizen